

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion
Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat
Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse

12 1994
41. Jahrgang

Inhalt

1059 Editorial

Aktuelles

- 1061 RALF SOTSCHKEK
Frieden in Nordirland?
- 1068 EDGAR GÖLL
Die Zwischenwahlen in den USA
- 1072 BJÖRN LISKER
Mexiko nach der
Präsidentchaftswahl
- 1075 ANDREAS SCHWORCK
Das Ende der Dritten Welt

Thema: Kerneuropa

- 1080 GESPRÄCH
MIT KARL LAMERS
»Die Kernländer bestimmen
die Richtung«
- 1086 GERHARD SCHMID
Gebrauchsanweisung
für Kerneuropa
- 1090 PETER GLOTZ
Die Festigung des Kerns
- 1096 KLAUS BLOEMER
Grundstein fürs
Europäische Haus
- 1101 GILBERT ZIEBURA
Anfang vom Ende
der Europäischen Union?
- 1109 CLEMENS FUEST
Ökonomisch abwegig
- 1113 MICHEL KORINMAN
Die Achse Paris–Bonn
- 1120 ROLF UESSELER
Italien in die Zweite Liga
- 1124 JÜRGEN KRÖNIG
Großbritannien und Europa –
ein Trauerspiel
- 1129 IGNACIO LEON
Spanien will die
Europäische Währungsunion

Kultur

- 1133 HANS DIETER ZIMMERMANN
Die Literaten und der
Erste Weltkrieg
- 1138 THOMAS ROTHSCILD
Roth, Babel und Pilnjak
- 1143 GYÖRGY KONRAD
Der Wellenschlag der Zeit

Kritik

- 1146 ROLF WIGGERSHAUS
Péter Nádas und Richard Swartz
im Dialog
- 1148 UDO SCHEER
Gespräche mit Reiner Kunze
- 1149 HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
Arbeitslos in Deutschland
- 1151 URSULA VOGEL
Das Haus der Puppen
- 1152 Zu den Autorinnen und Autoren
- 1152 Impressum

Titelfoto: Erich Lessing

Helmut Kohl wieder Kanzler, zum fünften Mal, gewählt mit 338 gegen 333 Stimmen. Drei Leute aus der eigenen Koalition haben ihm die Stimme verweigert, und das, obwohl viele entscheidende Fragen im Koalitions пакт ausgeklammert wurden, ausgeklammert, um Konflikte (und abweichende Voten) gar nicht erst aufkommen zu lassen. Eine ungemütliche Situation: Ein Land, das jährlich 100 Milliarden für Zins und Tilgung aufbringen muß, wird von einer Regierung geführt werden, die sich kaum bewegen kann. Die F.D.P., fast nur noch als Bundespartei existent, geht bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Hessen in Entscheidungen auf Leben und Tod. Fällt sie auch in diesen Ländern aus den Parlamenten, dürfte sie kaum überlebensfähig sein. Wie lange dauert es dann, bis die ersten liberalen Abgeordneten zuerst in tiefes Nachdenken verfallen und dann ins Laufen kommen?

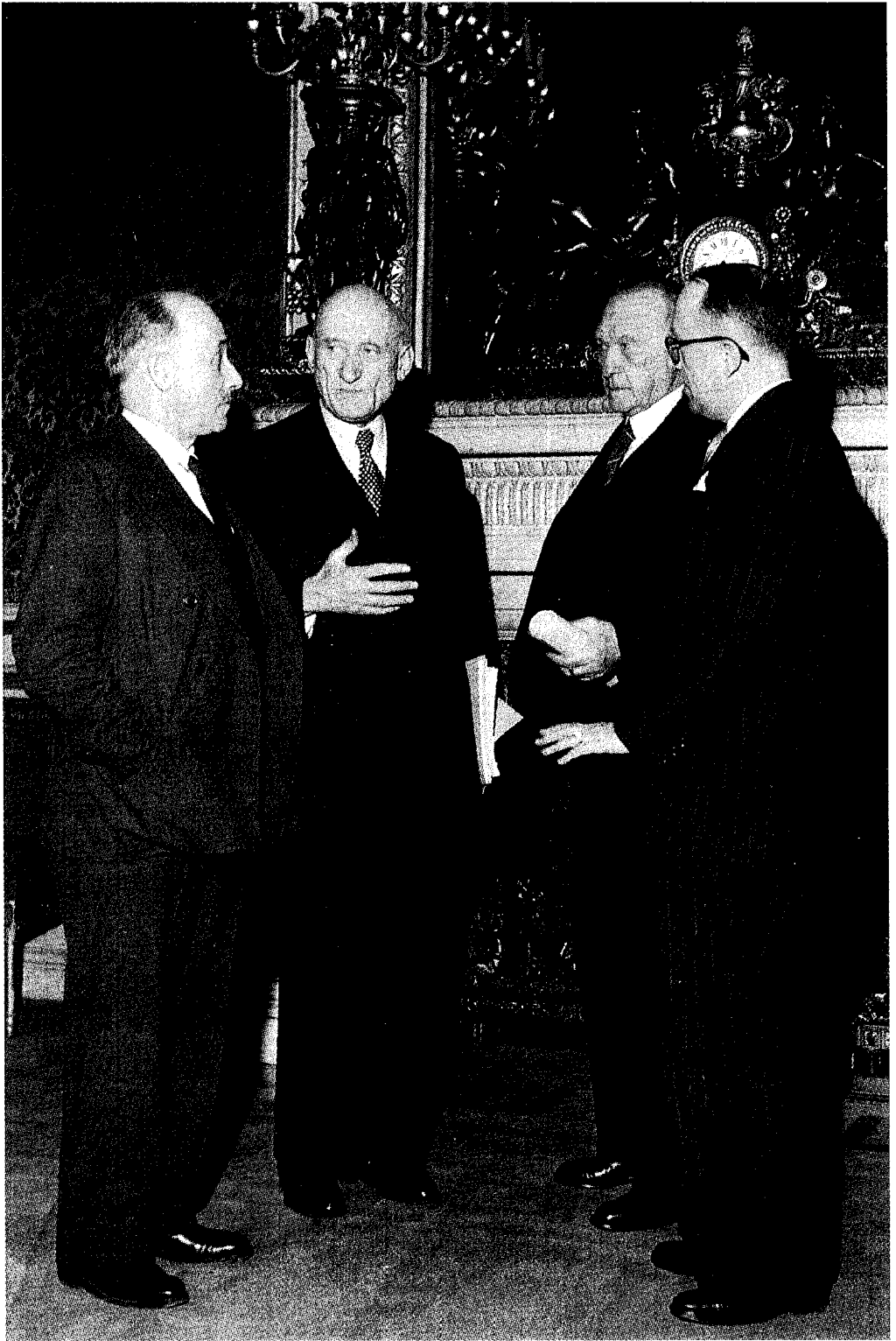
Die Struktur der neuen Regierung ist ein wenig intelligenter als die der alten. Der Vorschlag der SPD, Bildung und Forschung zu einem Schwerpunkt der Politik zu machen und die bisherigen Mini-Ministerien zu vereinen, wurde aufgegriffen; mit Jürgen Rüttgers wurde zwar kein erfahrener Bildungs-, Forschungs- und Industriepolitiker, wohl aber ein enger Vertrauter von Helmut Kohl zum Ressortchef gemacht. Er dürfte stark genug sein, den Etat dieses Ministeriums vorsichtig aufzustooken. Ein kleiner Lichtblick in dunkler Zeit. Auch die Berufung der wendigen, frischen, allerdings tief konservativen (und 28 Jahre jungen) Claudia Nolte ins Kabinett ist eine mutige Idee. Der Rest ist Routine. Europas größter Staat hat erneut für einige Zeit eine schwache Regierung ohne neuen Elan, ohne zukunftsweisende Projekte.

Das wird sich vor allem in der weiteren Entwicklung in der Europäischen Union zeigen. Das wichtigste Thema unseres Dezemberheftes ist deshalb *Kerneuropa*; die Debatte also, die die Parteien während des Bundestagswahlkampfes ausgespart haben. Unsere Zeitschrift läßt beide Seiten zu Wort kommen: Befürworter einer »Festigung des Kerns« sowie Gegner. Wir beginnen die Artikelserie zu diesem Thema mit einem Interview mit Karl La-

mers, dem Verfasser des angeblichen *Schäuble-Papiers* zu Kerneuropa. Gerhard Schmid, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, und Gilbert Ziebura widersprechen ihm. Auch andere Arbeiten (Bloemer, Glotz) erhellen, daß die Debatte quer durch alle Fronten geht. Im Januarheft soll Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Europapolitikerin des Präsidiums der SPD, die Gelegenheit zu einer resümierenden Zwischenbilanz bekommen. Für die deutsche Außenpolitik steht das Thema *Kerneuropa* derzeit an Nummer eins der Agenda. Französische Umfragen zeigen, daß Jacques Delors keine schlechten Chancen hat, französischer Präsident zu werden. Ob die Politik der variablen Geographie (die nur uninformierte Zeitgenossen mit Wolfgang Schäuble in Verbindung bringen; sie stammt von Delors) dann doch noch eine Chance bekommt? Nichts wäre dringlicher zu wünschen.

Im November hatte einer der – gramscianisch gesprochen – »großen Intellektuellen« unseres Landes einen wichtigen Lebensabschnitt erreicht: Hans Magnus Enzensberger wurde 65. Der bewegliche Scharfschütze ist in den letzten Monaten gelegentlich von der Linken zur Rechten transferiert worden; das ist Bosheit oder Unkenntnis. Enzensberger, das ist wahr, ist nicht »treu«; aber seit wann gehört Treue zum Anforderungsprofil für freie Schriftsteller? Man kann auch nicht mit allen Ansichten dieses vielseitigen Mannes übereinstimmen. Das Gesamtwerk des Lyrikers, Essayisten, Herausgebers, Hörspielautors und großen Anregers aber schlägt eindeutig auf der aufklärerischen Seite zu Buch. Ein paar seiner Gedichtbände sind (gemeinsam mit *Katz und Maus* von Grass, den *Mutmaßungen über Jacob* von Johnson und dem *Fliehenden Pferd* von Walser) Schlüsseltexte der modernen deutschen Literatur. Und seine großen Interventionen, zumeist im SPIEGEL veröffentlicht, haben das Zeitgespräch der Bundesrepublik Deutschland stärker geprägt als die Arbeit irgendeines anderen Essayisten. Der Mann organisiert keine Kongresse, empfiehlt keine Kanzlerkandidaten und schreibt keine politischen Leitartikel; aber er ist eine Macht, eine ungreifbare, sich entwindende, sich wendende, aber eben doch ein Kombattant der immer komplizierter werdenden deutschen und europäischen Linken.

Peter Glotz



Paris 1951: Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Walter Hallstein

Foto: Erich Lessing

RALF SOTSCHKEK

Frieden in Nordirland?

An der nordirischen Grenze beginnt die »Kontrollzone«. Für die nächsten fünf Kilometer darf kein Auto auf der Hauptstraße nach Belfast anhalten. Zu oft hat die Irisch-Republikanische Armee auf diesem Abschnitt Autobomben ferngezündet, und der IRA-Waffenstillstand von Ende August hat an den Vorsichtsmaßnahmen bisher nichts geändert. Kurz vor der Hafenstadt Newry stößt man plötzlich auf einen Kontrollpunkt der britischen Armee, der an die frühere DDR-Grenze erinnert: Pfeiler, die auf Knopfdruck aus dem Boden hochschnellen; Krallen, die die Reifen zerfetzen, wenn man in die falsche Richtung darüberfährt; Kameras, die die heranfahrenden Autos erfassen, bevor eine Ampel die Richtung anzeigt: nach rechts zur Weiterfahrt, geradeaus in die Halle zum Filzen.

Von den Soldaten ist jedoch nichts zu sehen, kein einziges Auto wird angehalten – eine erste »Friedensdividende«, nachdem neben der IRA auch die loyalistischen Organisationen, die für den Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich kämpfen, Mitte Oktober die Waffen niedergelegt haben? Irrtum: Die schmale Landstraße, die sich östlich von Newry durch die Hügellandschaft zieht, ist durch zwei Armeejeeeps versperrt. Die Soldaten, die seit drei Wochen ihre Regimentsmützen statt der bis dahin üblichen Helme tragen, stoppen alle Wagen, kontrollieren die Papiere und fragen, wohin man unterwegs sei.

Loughinisland ist auf den meisten Landkarten nicht verzeichnet. »Früher mußte ich den Ortsnamen immer buchstabieren, wenn mich jemand gefragt hat, wo ich wohne«, sagt Bobby, ein Bauarbeiter, »heute zucken die Leute zusammen, wenn der Name fällt. Das Dorf ist aus den falschen Gründen weltbekannt geworden.« Am 18. Juni 1994 stürmte eine loyalistische Einheit in O'Tooles Bar, die einzige Kneipe im Dorf, und erschoss sechs Männer, die sich gerade die Übertragung des Fußballspiels zwischen Irland und Italien ansahen. Einer von ihnen, Barney Green, war 87, als er starb – das älteste Opfer des nordirischen Krieges. Die Loyalisten behaupteten in ihrem Bekennerschreiben, die IRA habe wieder einmal in O'Tooles Bar getagt.

»Bis zu jenem Tag hat der Konflikt in Loughinisland nicht stattgefunden«, sagt Pfarrer Bernard Magee. »Belfast war für die Leute weit weg, Derry noch viel weiter.« In der Sakristei der modernen katholischen Kirche am Ortseingang hängen Weihrauchschwaden in der Luft, die Abendmesse ist gerade vorbei. 80 Prozent der 200 Einwohner sind katholisch. »Es hat nie Probleme zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gegeben«, sagt Magee, »und die abscheuliche Tat hat daran nichts geändert.« Der Pfarrer, ein grauhaariger Mann Ende 60, hatte mit den »Troubles« schon früher Bekanntschaft gemacht. »Als ich noch in Belfast arbeitete, versuchten die Loyalisten, mich umzubringen«, sagt er und klopft sich auf den Kopf. »Das ist eine Stahlplatte. Die Kugel sitzt noch im Gehirn, weil die Ärzte sie nicht herausoperieren konnten.«

Magee glaubt, daß der Waffenstillstand halten wird. »Die Loyalisten haben ihr Plazet zu Gesprächen zwischen Sinn Fein und der britischen Regierung gegeben«, sagt er, »und wer redet, schießt nicht. Natürlich ist das ein schwieriger Prozeß, der wohl zehn Jahre dauern wird, aber das ist es wert.« Ende Oktober hat auch die britische Regierung grünes Licht für Gespräche mit Sinn Fein gegeben, das Einreiseverbot nach Großbritannien für den Sinn-Fein-Präsidenten Gerry Adams und seinen Stellvertreter Martin McGuinness aufgehoben und die »schrittweise Öffnung der 88 noch geschlossenen Grenzstraßen« zwischen Nordirland und der Republik angekündigt. Bobby, der Bauarbeiter aus Loughinisland, meint jedoch, daß verschiedene andere Punkte rasch geklärt werden müssen – zum Beispiel die Frage der Gefangenen, die bei der Niederlegung der Waffen auf beiden Seiten eine entscheidende Rolle gespielt haben. »Sie sind ein Produkt des Konflikts«, sagt er, »und wenn er vorbei ist, müssen alle Gefangenen freigelassen werden.«

Long Kesh

25 Kilometer von Loughinisland entfernt kann man in der Ebene südlich von Belfast sechs H-förmige Gebäude erkennen, die von einem hohen Maschendrahtzaun umgeben sind – das

Gefangenenlager *Long Kesh*. Es gibt wohl kein Bauwerk, das in dem an Sinnbildern gewiß nicht armen Nordirland-Konflikt eine größere Symbolkraft besitzt als *The Maze Prison*, wie es offiziell heißt. Der Gebäudekomplex beherbergt mehr als 500 Gefangene, die allesamt wegen terroristischer Vergehen verurteilt und fein säuberlich nach Organisationszugehörigkeit segregiert sind. Der Unterhalt des Gefängnisses kostet 42 Millionen Pfund im Jahr, das sind umgerechnet rund 100 Millionen Mark. Seit dem Hungerstreik von IRA und INLA, einer kleinen Abspaltung, im Jahr 1981, bei dem zehn Gefangene starben, sind die Haftbedingungen stark verbessert worden. Jeder H-Block hat einen Billardtisch, einen Mikrowellenherd und einen Fitneßraum, die Gefangenen dürfen ihre eigene Kleidung tragen und organisieren den Tagesablauf und Fortbildungskurse weitgehend selbst. Kritiker haben das Gefängnis deshalb als »Universität des Terrorismus« bezeichnet.

Viele aus der heutigen Führungsspitze Sinn Feins, des politischen Flügels der IRA, haben früher hier ihre Zeit abgesessen und irische Gedichte, Sprache und Kultur »studiert« – darunter auch Gerry Adams. Die IRA-Gefangenen genießen – ebenso wie die loyalistischen Häftlinge – im eigenen Lager hohes Ansehen. Bei wichtigen Entscheidungen führt kein Weg an ihnen vorbei. Der britische Geheimdienst hat bereits vor einem Jahr aus abgefangenen Briefen die Erkenntnis gezogen, daß die IRA-Gefangenen auf ein Geschäft mit der britischen Regierung gedrängt haben – zur Not auf Kosten des bewaffneten Kampfes, der vor gut einem Vierteljahrhundert wieder entflammt war.

Die Wiedergeburt der IRA, die seit den 50er Jahren nur noch sporadisch aktiv war, vollzog sich im Herbst 1968, als die katholischen Viertel fast jede Nacht von loyalistischen Banden überfallen wurden. Innerhalb eines Vierteljahres wurden mehr als 1500 Familien aus ihren Häusern vertrieben. Auf den Mauern in den katholischen Vierteln erschienen spöttische Parolen: »IRA – I Run Away.« Binnen weniger Monate gelang es der IRA jedoch, sich vor allem mit Hilfe der irischstämmigen Bevölkerungsgruppe in der nordamerikanischen Diaspora zu reorganisieren.

Mitte der 70er Jahre stand die IRA trotz des Zulaufs, den sie in den Arbeitslosenvierteln der nordirischen Städte noch immer hatte, dicht vor der Niederlage. Schuld daran war die Tatsache, daß die IRA-Mitglieder bei Polizeiverhören, die oft sieben Tage dauerten, reihenweise zusammenbrachen und auspackten. Zudem waren Polizei und britische Armee genauestens über die

IRA-Strukturen mit ihren Brigaden, Bataillonen und Kompanien informiert und konnten sie leicht infiltrieren. So leitete die IRA Ende 1976 eine Reform ein, wie aus einem Papier hervorgeht, das der südirischen Polizei damals bei der Verhaftung des IRA-Stabschefs Seamus Twomey in die Hände fiel. Die neue Struktur basierte auf Zellen, die aus drei oder vier Mann bestanden, von denen aber nur jeweils einer Kontakt zu einer anderen Zelle hatte. In der Praxis scheiterte die klandestine Theorie freilich meist an der Natur der Arbeiterviertel, wo jeder über die Belange des anderen Bescheid weiß.

Dennoch war die Neustrukturierung weitgehend erfolgreich, wie die britische Regierung feststellte. In einem Bericht des Brigadiers J.M. Glover vom militärischen Geheimdienst heißt es: »Nach unseren Erkenntnissen handelt es sich bei den Terroristen nicht um geistlose Rowdys, die aus der Schicht der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen kommen. Die Ausbildung und der Einsatz der Mitglieder durch die IRA geschieht mit Bedacht. Die Bewegung hat genügend Unterstützung, um auch in Zukunft über sichere Basen in den traditionellen republikanischen Vierteln zu verfügen.«

Zwar stimmte Glovers Einschätzung, daß die IRA militärisch nicht zu besiegen war, umgekehrt konnte sie den Konflikt aber auch nicht für sich entscheiden, zumal sich selbst in ihren Hochburgen eine Kriegsmüdigkeit breitmachte. Vor diesem Hintergrund unternahm Sinn Fein bereits seit Ende der 80er Jahre Vorstöße, die auf eine politische Lösung des Konflikts abzielten. Der wichtigste Trumpf, den die Partei dabei im Ärmel hatte, war der IRA-Waffenstillstand. Um ihn durchzusetzen, mußte er von einer IRA-Generalkonvention abgesegnet werden. Die IRA verfügt über 200 bis 300 Mitglieder in Nordirland und rund 60 in der Republik. Die Hälfte ist unter 21, nur etwa 10 % sind mehr als 30 Jahre alt. Es ist durchgesickert, daß sich knapp ein Drittel der IRA-Mitglieder gegen eine Waffenruhe ausgesprochen hat. Solange die IRA ihre Waffenlager und Kommandostrukturen behält, könnte sie ihre Gewaltkampagne auch nach Jahren innerhalb kürzester Zeit wieder aufnehmen, davon sind die Regierungen in London und Dublin überzeugt.

Geheimkontakte

Der Prozeß, der zu dem IRA-Waffenstillstand führte, begann bereits vor acht Jahren. Damals beschloß Sinn Fein, den Boykott des Dubliner Parlaments aufzugeben. Die Partei gewann in Nordirland zwar regelmäßig elf bis zwölf Pro-

zent der Stimmen, war damit jedoch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen. Wenn sie ihren Einfluß vergrößern wollte, so konnte das nur über einen Zuwachs im Süden funktionieren. Diese Taktik blieb freilich in den Startlöchern stecken: 1987 war ein katastrophales Jahr für Sinn Fein und IRA. Die französische Marine beschlagnahmte ein Schiff mit libyischen Waffen und Munition, die für die IRA bestimmt waren, und in der Republik Irland hob die Polizei ein Waffenlager nach dem anderen aus. In Nordirland geriet eine IRA-Einheit in einen Hinterhalt, acht Mitglieder wurden von der Sondereinsatztruppe SAS erschossen. Die weitreichendsten Konsequenzen hatte jedoch der rücksichtslose IRA-Bombenanschlag auf eine Gedenkfeier für die Weltkriegstoten in Enniskillen, bei dem elf Protestanten getötet wurden. Sinn Fein wurde danach von sämtlichen Parteien in Großbritannien und Irland geächtet, die Friedensinitiative, die Sinn Fein sechs Monate zuvor eingeläutet hatte, ging völlig unter. Dabei enthielt sie erste Anzeichen für Kompromißbereitschaft: Sinn Fein forderte darin eine gesamtirische Verfassungskonferenz, die politische Lösungsvorschläge ausarbeiten sollte.

Trotz des Bannes über Sinn Fein nahm John Hume, der Vorsitzende der gemäßigten nordirischen Sozialdemokratischen und Arbeiterpartei (SDLP), zwei Monate nach dem Anschlag von Enniskillen Gespräche mit Gerry Adams auf. Zwar wurde der Kontakt später abgebrochen, doch der Grundstein für die Wiederaufnahme im vergangenen Jahr, die schließlich zu einem gemeinsamen Positionspapier führte und die Regierungen in London und Dublin in Zugzwang brachte, war gelegt. Gleichzeitig intensivierte die IRA 1988 ihre Bombenkampagne auf dem europäischen Festland und in England. Die britische Regierung strich daraufhin das Recht auf Aussageverweigerung und verbannte Sinn Fein aus Radio und Fernsehen – eine Maßnahme, die seit dem Waffenstillstand aufgehoben wurde, sich aber ohnehin als Farce entpuppt hatte: Sinn-Fein-Mitglieder wurden danach von Schauspielern synchronisiert. Die Londoner Regierung legte auch einen Köder aus. Der damalige Nordirland-Minister Peter Brooke räumte ein, daß die IRA militärisch nicht zu besiegen sei und versprach eine »ideenreiche und flexible Antwort« auf eine eventuelle IRA-Waffenruhe.

Während Sinn Fein 1990 mit der britischen Regierung öffentlich um die Vorbedingungen für direkte Gespräche stritt, fanden diese hinter den Kulissen längst statt. Als Brooke in einem Interview erklärte, Großbritannien habe kein »strategisches oder wirtschaftliches Interesse«

an Nordirland, verkündete die IRA über Weihnachten zum ersten Mal seit 15 Jahren einen dreitägigen Waffenstillstand. Und Sinn Fein gab sich im folgenden Jahr noch kompromißbereiter: Führende Parteimitglieder betonten, daß Sinn Fein Gewalt nicht unterstütze und nicht mehr länger für die IRA spreche. Darüber hinaus räumte man zum ersten Mal ein, daß die Zustimmung der Unionisten – sie treten wie die Loyalisten für die Union mit Großbritannien ein, jedoch nicht mit gewaltsamen Methoden – für eine Lösung in Nordirland unerlässlich sei.

Unterdessen gingen die Geheimkontakte zwischen Sinn Fein und der britischen Regierung weiter. Durch diese Kanäle versicherte London der IRA, daß man es »im Gegensatz zu 1975, als der Waffenstillstand scheiterte, diesmal ernst« meine. Die britische Regierung bot direkte Gespräche im Gegenzug für einen befristeten IRA-Waffenstillstand an. Gleichzeitig forderte sie die Verhandlungen mit der Dubliner Regierung, die im vergangenen Dezember in der »Downing-Street-Erklärung« resultierten. Darin erkannten beide Regierungen das »Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung« an, schränkten jedoch ein, daß am Status quo nur gerüttelt werden könne, wenn eine Mehrheit in Nordirland dies wünsche.

Die Erklärung stürzte Sinn Fein in ein Dilemma: Einerseits wies die überwältigende Mehrheit der Parteibasis das Dokument als völlig unzureichend zurück, andererseits riskierte man bei einer Ablehnung die erneute politische Isolation und eine konzertierte Aktion der britischen und irischen »Sicherheitskräfte« gegen die IRA. So spielte Sinn Fein zunächst auf Zeit und verlangte nähere Erläuterungen zu dem Dokument, fällte aber auch danach kein endgültiges Urteil. Als sich alle bereits mit einer Pattsituation abgefunden hatten, kam mit dem Besuch einer inoffiziellen US-Delegation Ende August eine neue Dynamik in den Friedensprozeß, der schließlich in dem IRA-Waffenstillstand gipfelte.

Keine Kapitulation

»Die unionistischen Parteien behaupten, die IRA habe aufgegeben«, sagt der 26jährige Mark Bingham, »aber die IRA wird für die Aufgabe ihrer mörderischen Kampagne doch belohnt. Sie darf an Verhandlungen teilnehmen, wo sie versuchen wird, die irische Vereinigung mit anderen Mitteln durchzusetzen.« Mark lebt in Hillsborough, einem kleinen Ort südlich von Belfast. Er fühlt sich – wie fast alle Einwohner Hillsboroughs – als britischer Bürger. »Aber seit dem Hillsborough-Abkommen ist die Union mit

Großbritannien stark gefährdet«, befürchtet Mark.

1985 wurde im Schloß von Hillsborough das anglo-irische Abkommen unterzeichnet. Zwar hat es keine konkreten Veränderungen bewirkt, doch allein das theoretische Mitspracherecht Dublins in nordirischen Angelegenheiten war genug, um bei den Protestanten eine Radikalisierung auszulösen. Die Belagerungsmentalität stammt aus Zeiten, als die Protestanten eine Minderheit in einem feindlichen Land waren. Doch auch nachdem sie mit der Teilung Irlands zur Mehrheit wurden, hat sich daran nichts geändert. Als die künstliche Grenze 1921 gezogen wurde, umfaßte sie das größtmögliche Gebiet, in dem die Protestanten eine sicher scheinende 2:1-Mehrheit stellten. Die letzte Volkszählung vor zwei Jahren hat jedoch ergeben, daß der Anteil an Katholiken auf 42 oder 43 % gestiegen ist. Im Westen der Provinz sind die Katholiken schon heute in der Mehrheit, die Hauptstadt Belfast wird Ende des Jahrhunderts katholisch dominiert sein. Grund dafür ist nicht nur der größere Kindersegen bei katholischen Familien, sondern auch die Auswanderung protestantischer Akademiker, die mit dem

Anwachsen der Arbeitslosigkeit in protestantischen Vierteln zugenommen hat.

Die Arbeitslosigkeit, die landesweit über 20 % beträgt und in den katholischen Ghettos Belfasts zum Teil bei 80 % liegt, ist in Hillsborough deutlich niedriger. Der protestantische Ort, der von den »Troubles« weitgehend verschont geblieben ist, strahlt Wohlstand aus: Die georgianischen Häuser sind gut in Schuß, die Straßen blitzsauber, und in den Schaufenstern liegen teure Handarbeiten und Antiquitäten aus. Kleine Schilder, die an den Laternen angebracht sind, drohen Hundebesitzern mit 100 Pfund Strafe, falls der Vierbeiner »Hillsborough verschmutzt«. Die gleiche Strafe steht auf den Konsum von alkoholischen Getränken auf offener Straße, wie ein zweites Schild verkündet.

»Ich arbeite in einer Bank in der Kreisstadt Lisburn«, sagt Mark. »Aber viele meiner Freunde haben in den letzten Monaten ihre Jobs verloren.« Für die Protestanten ist das eine völlig neue Erfahrung. »Sie sind jetzt mit einem Ausmaß an Arbeitslosigkeit konfrontiert, wie nie zuvor«, sagt der protestantische Pfarrer Hillsboroughs.

IRA verzichtet nach 25 Jahren auf Gewalt

Foto: dpa



Am Subventionstropf

Zwischen 1973 und 1990 ist ein Viertel aller Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet worden, die multinationalen Konzerne haben sich praktisch völlig aus Nordirland zurückgezogen, doch gleichzeitig stieg die Zahl der Beamten: Arbeitete 1971 noch ein Viertel aller Beschäftigten für den Staat, so waren es 1993 bereits 36 %, die Mehrheit davon Protestanten – vor allem in den oberen Etagen. Die Regierung in London hat sich ihre »Teile-und-herrsche-Politik« schon immer etwas kosten lassen. Der Beamtenapparat verschlingt pro Kopf der Bevölkerung etwa 40 % mehr als im landesweiten Durchschnitt – und dabei sind Polizei und Armee noch nicht einmal eingerechnet.

Die nordirische Mittelschicht hat von einer Normalisierung der Situation denn auch am meisten zu verlieren. Polizisten gehören zu den größten Kriegsgewinnern. Beamte mit zehn Jahren Berufserfahrung kommen mit Überstunden und Gefahrenzulage leicht auf 30 000 Pfund (rund 75 000 Mark) im Jahr. Das ist weit mehr als ihre KollegInnen in Großbritannien verdienen. So sehen sie den IRA-Waffenstillstand mit gemischten Gefühlen. »Ich kann mich bei der IRA für meinen Sportwagen bedanken«, sagte einer von ihnen, »wenn es Frieden geben sollte, muß ich den Gürtel enger schnallen.« Sollte die Zahl der Polizisten auf den britischen Durchschnitt heruntergeschraubt werden, müßten bis zu 6 000 Beamte ihren Hut nehmen.

Neben dem staatlichen Sektor blühte auch die private Sicherheitsindustrie in Konfliktzeiten auf: Alarmanlagen, Überwachungskameras, Panzerglas, Fenstergitter und gepanzerte Türen – diese Bereiche hatten die größten Wachstumsraten in Nordirland zu verzeichnen. Im Sicherheitsbereich arbeiteten 1994 ebenso viele Menschen wie in der Industrie. Hinzu kommen die Berufssparten, die indirekt vom Konflikt profitierten: Glasereien, Bauunternehmen, Rechtsanwälte. Sie hatten bereits seit Ende 1993 den Rückgang der Gewalt am Geldbeutel zu spüren bekommen. »Vor zwei Jahren hatte ich ausschließlich Fälle, die mit der politischen Situation zusammenhingen«, sagte der Anwalt Barra McGrory nach Verkündung des Waffenstillstands, »heute ist es nur noch die Hälfte.«

Graham Gudgin, der Direktor des Nordirischen Wirtschaftsinstituts, rechnet damit, daß etwa 20 000 Jobs verloren gehen werden. »Langfristig sind zwar 20 000 bis 25 000 neue Arbeitsplätze zu erwarten, die Hälfte davon jedoch im Tourismus«, sagt er. »Diese Jobs sind traditionell schlecht bezahlt und keineswegs ein

direkter Ersatz beispielsweise für Stellen bei der Polizei.« Während die Tourismusindustrie in der Republik Irland 6 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt, sind es in Nordirland lediglich 2 %. Von 60 000 BesucherInnen, die 1993 mit dem staatlichen südирischen Busunternehmen CIE Tours nach Irland kamen, haben nur 2 500 den Sprung über die Grenze gewagt.

1978 mußte der damalige Direktor des nordirischen Fremdenverkehrsamtes, Robert C. Hall, zugeben: »Bei dem Titel für das unbeliebteste Reiseland der Welt liegen wir mit Uganda gleichauf an letzter Stelle.« Sein Nachfolger Hugh O'Neill ist seit dem Waffenstillstand optimistisch. Er prophezeit, daß die Zahl der Touristen innerhalb von drei bis fünf Jahren um 40 % steigen könnte, falls sich der Frieden als dauerhaft erweist. Hilton International hat am selben Tag, an dem der Waffenstillstand verkündet wurde, bekanntgegeben, daß in Belfast ein Luxushotel mit 187 Zimmern und Arbeitsplätzen für 200 Menschen entstehen solle. Geschätzte Baukosten: 17 Millionen Pfund (etwa 42,5 Millionen Mark). Das derzeit einzige Luxushotel im Zentrum der nordirischen Hauptstadt, das Europa-Hotel, hält einen traurigen Rekord: Es ist das Gebäude, das die meisten Bombenanschläge der Welt über sich ergehen lassen mußte – nämlich mehr als 30.

Auch Michael Smyth, Wirtschaftsdozent an der New University of Ulster, sieht hoffnungsvoll in die Zukunft. Er ist davon überzeugt, daß die britische Regierung das Geld, das sie im Sicherheitsbereich einspart, anderweitig in die nordirische Wirtschaft stecken wird. Hinzu kommen Privatinvestitionen sowie Mittel, die von der Europäischen Union und der US-Regierung bereits zugesagt worden sind, so daß die Zahl der Arbeitslosen nach Smyths Einschätzung um 60 000 gesenkt werden kann. Den Einwand, daß das Verteidigungsministerium wegen der Haushaltskürzungen ohnehin 40 000 Soldaten zu Zivilisten machen muß und ausländische Investoren in Großbritannien immer noch mit einer größeren Rendite als in einem friedlichen Nordirland rechnen können, läßt Smyth nicht gelten. »Es werden sehr schwierige Anpassungen nötig sein«, räumt er ein, »aber am Ende muß die Friedensdividende einfach größer sein als der Multiplikationseffekt der Subventionen.«

Die britische Krisenprovinz hängt wirtschaftlich am Subventionstropf, vier Milliarden Pfund (rund zehn Milliarden Mark) werden jedes Jahr aus London überwiesen. Das ist fast ein Drittel des nordirischen Bruttosozialprodukts. Innerhalb von 25 Jahren ist Nordirland von relativer wirtschaftlicher Selbständigkeit

zu einer »zutiefst wettbewerbsunfähigen Regionalwirtschaft« verkommen, wie das Dubliner Wirtschaftsinstitut ESRI im Herbst 1994 feststellte. Die Wirtschaftsexperten warnen, daß dadurch eine »Kultur der Abhängigkeit« entstanden ist, die Innovationen und Eigeninitiative behindert.

Loyalistische Organisationen

Ob es mit der Eigeninitiative nun bergauf gehen wird, nachdem auch die Loyalisten die Waffen niedergelegt haben, bleibt abzuwarten. Die loyalistischen Organisationen – das sind vor allem die Ulster Defence Association (UDA) und die Ulster Volunteer Force (UVF). Bei der Wahl ihrer Mittel waren sie nie zimperlich: Beide Organisationen haben in den vergangenen drei Jahren mehr Menschen getötet als die IRA. Die UDA wurde 1972 gegründet und hatte schon ein Jahr später 25 000 Mitglieder. Obwohl sie von Anfang an unter ihrem Tarnnamen Ulster Freedom Fighters (UFF) mordete, wurde sie erst im August 1992 verboten und operierte seitdem im Untergrund. Mit der Ulster Democratic Party (UDP) und der Progressive Ulster Party (PUP) haben sich UDA und UVF »politische Flügel« zugelegt, die auch den Waffenstillstand verkündeten.

Bereits Ende der 80er Jahre hatte sich die UDA neu strukturiert. Die alte Führungsriege war ins Gefängnis gewandert, weil die Organisation von Agenten der britischen Armee durchsetzt war. Der Nachwuchs ging bald mit brutaleren Aktionsformen zur Sache: Wer von der alten Garde dem Gefängnis entgangen war, wurde von den eigenen Leuten umgebracht. Die Begründung: Die alte Führung hätte nur noch an ihren eigenen Vorteil gedacht und die Sache der Protestanten verraten.

Die UVF blickt auf eine weit längere Tradition als die UDA zurück. Als die britische Regierung 1912 eine beschränkte Souveränität für Irland ankündigte, mobilisierte Sir Edward Carson, ein brillanter Redner und überzeugter Tory, den protestantischen Bevölkerungsteil. Im Januar des folgenden Jahres gründete er die UVF und begann mit der militärischen Ausbildung der Mitglieder. Der Erste Weltkrieg machte einen Strich durch die Selbstbestimmungspläne für Irland. Tausende von Iren meldeten sich als Kriegsfreiwillige, aus der UVF wurde die 36. Division der britischen Armee. Am 1. Juli 1916 rannte sie in ihr Verderben: In der Schlacht an der Somme wurde die UVF praktisch aufgerieben und hatte mehr Gefallene zu verzeichnen als jede andere britische Division. Darauf sind Nordirlands Protestanten

noch heute stolz, wie die Wandmalereien in protestantischen Vierteln demonstrieren.

1966 wurde die UVF von Gusty Spence und anderen neugegründet, um Nordirland – die Insel war 1922 geteilt worden – vor dem Putschismus zu retten. Den ideologischen Unterbau dafür lieferte der junge Prediger Ian Paisley, der damals durch die Arbeiterviertel Belfasts zog und die Ängste und Vorurteile der Protestanten schürte. Ihre Vorfahren – die protestantischen Siedler, die im 17. Jahrhundert von der britischen Krone nach Irland geschickt worden waren, um die rebellischen Iren unter Kontrolle zu halten – hatten schon damals eine Lagermentalität entwickelt, die sich über 300 Jahre gehalten hat. Paisley machte sich das geschickt zunutze. Er ist das typische Beispiel für einen Schreibtischtäter, der seine Leute durch Hetzreden zu Gewalttaten anstachelt, ohne sich dabei die Hände schmutzig zu machen. 1971 spaltete Paisley die alte unionistische Einheitspartei und gründete die Democratic Unionist Party (DUP) sowie seine eigene Kirche, die Free Presbyterian Church. Paisleys Demagogie kommt vor allem in den Arbeitervierteln an: Kein Politiker erhält bei Wahlen so viele Stimmen wie er, auch nicht die Spitzenpolitiker der Ulster Unionist Party (UUP), der größten nordirischen Partei und Nachfolgerin der unionistischen Einheitspartei.

Der UVF-Gründer Gusty Spence, der 18 Jahre lang wegen Mord an einem Katholiken im Gefängnis gesessen und die Waffenstillstandserklärung der Loyalisten verlesen hat, sagte über den nunmehr Sinn-Fein-Präsidenten: »Ich glaube, wir können miteinander ins Geschäft kommen.« Und Gary McMichael, dessen Vater John – ein ehemaliger Chef der loyalistischen Ulster Defence Association – 1987 von der IRA getötet worden war, sprach von der »Einheit der Arbeiterklasse«, die es jetzt zu schaffen gelte. »Während Paisley bisher jeden Kontakt mit Sinn Fein und IRA ablehnt«, so ein anderer Kenner der Szene, »bietet ein ehemaliger UVF-Mann ein Gespräch mit Adams an. Möglicherweise geschehen noch Zeichen und Wunder. Mir soll es recht sein – solange Nordirland Teil des Vereinigten Königreiches bleibt.«

Neu. BfG Card & Phone Konto.



Mit BfG Visa Card und Telebanking.

Mit dem neuen BfG Card & Phone Konto schenken wir Ihnen die Freiheit. Frei von Öffnungszeiten, unabhängig von Bargeld. Durch BfG Visa Card und Telebanking.

So können Sie Ihre finanziellen Angelegenheiten souverän erledigen.

► BfG Telebanking – Per Telefon überweisen, Daueraufträge einrichten, ändern oder löschen, Kontostand abfragen, eurocheques bestellen.

► BfG Visa Card – Bargeldlos bezahlen

bei weltweit mehr als 10 Millionen Geschäften, Hotels, Restaurants, Autovermietungen, Tankstellen.

► BfG Kontoführung – Alle anfallenden Buchungen, Kontoauszüge am Kontoauszugsdrucker, eurocheque-Karte, eurocheques.

Das alles gibt es für 12 Mark im Monat. Neugierig? Sie möchten jetzt mehr über das neue BfG Card & Phone Konto wissen? Rufen Sie uns kostenlos an.

01 30/62 26

BfG-Bank AG

GRUPPE CREDIT LYONNAIS

Noch mehr »Change«

Die Zwischenwahlen in den USA

In den USA wurde »for another change« votiert und dem »neuen Demokraten« Clinton eine Ohrfeige verabreicht. Vor zwei Jahren gewann Clinton mit dem Motto *It's the economy, stupid* und mit *We want change* knapp die Präsidentschaftswahlen. Obgleich die neuesten Wirtschaftsdaten der USA überaus positiv und sogar leichte Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar sind, ist nicht nur sein, sondern auch das Image des Kongresses seit längerer Zeit im Keller. Die angekündigte Wende ging vielen wohl nicht weit genug. Zwei Images: die Inkompetenz der Demokraten und die Obstruktion der Republikaner führten für die US-Bürger zu dem Eindruck eines inzwischen intolerablen Ungenügens des politischen Establishments im fernen Washington. Schließlich ist die Befindlichkeit der US-Amerikaner äußerst gereizt angesichts der zunehmenden Schere zwischen dem alltäglichen Problemdruck einerseits und der Lösungskompetenz der politischen Institutionen und Akteure andererseits. Die Existenzunsicherheit, Zukunftsangst und Orientierungslosigkeit finden sich dort nicht wieder. Die für Zwischenwahlen übliche Abfuhr für die Kandidaten der Partei des jeweiligen Präsidenten ist diesmal extremer ausgefallen als erwartet. Die Demokraten erlitten eine erdrutschartige Niederlage.

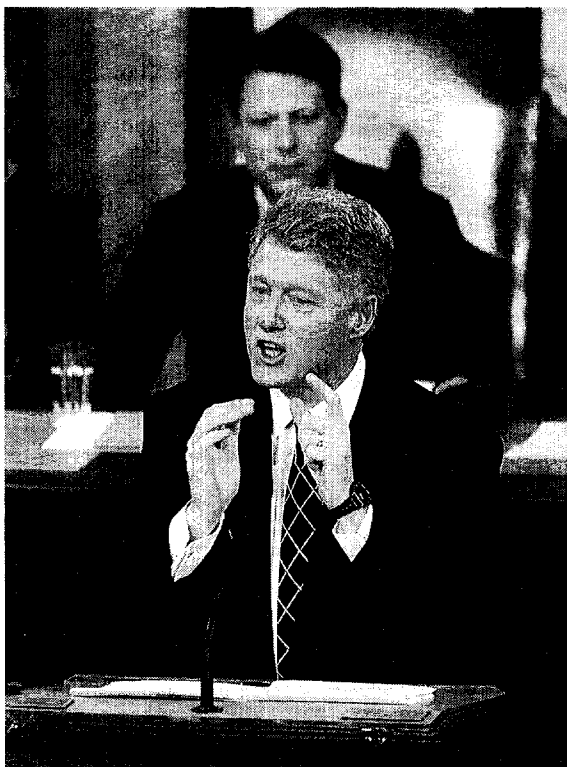
Die Wählerschaft ist als »wütender Vulkan« (Kevin Phillips) zur verhaltenen Eruption gekommen. Bei den Zwischenwahlen am 8. November haben so wenig Wählerinnen und Wähler wie nie zuvor ihre Kreuze gemacht. Die »Partei der Indifferenten« hat mangels wirklicher Alternativen nicht gewählt und damit die größten Gewinne erzielt. Der zähe Rest hat über Kandidaten für das Repräsentantenhaus, ein Drittel des Senats, 36 der 50 Gouverneure, lokale Ämter und diverse Gesetzesinitiativen abgestimmt. Die Quittung erhielten diesmal zahlreiche alteingesessene Abgeordnete der demokratischen Partei. Aus dem Kongreß gewählt wurde beispielsweise der angesehene Sprecher des Repräsentantenhauses, Tom Foley – das letzte Mal wurde der Inhaber dieses hohen Amtes vor 130 Jahren abgewählt. Andererseits schaffte es Senator Ted Kennedy trotz 32jähriger Kongreßtätigkeit noch einmal, gewählt zu werden. Nur knapp verpaßte der reaktionäre Oberst Oliver North, eine zentrale Figur des *Iran-Contra*-Skandals während der Ära

Reagan, den Einzug in just jene Institution, die er öffentlich belogen und herabgewürdigt hatte.

Eine wichtige Ursache für die Unzufriedenheit ist der weitverbreitete Eindruck, es herrsche das sogenannte *Gridlock*, die wechselseitige Blockierung zwischen Kongreß und Weißem Haus. Den Bürgern wichtig erscheinende Probleme sind demnach nicht angepackt worden. Der *dark prince of gridlock* heißt Bob Dole, war bis dato Führer der oppositionellen Republikaner im Kongreß und wird 1996 erneut versuchen, Präsidentschaftskandidat zu werden. Daher wollte er vor den Wahlen den gegnerischen Demokraten keine politischen Erfolge ermöglichen. Auf der anderen Seite hat aber auch die demokratische Kongreßführung durch ihren Reformunwillen diverse Gesetzesvorlagen von Clinton und eine längst überfällige Effektivierung des überkomplexen Kongresses behindert. Vergeblich hatten viele Bürger und manche Experten gehofft, daß die Herrschaft von Demokraten im Kongreß und im Weißen Haus zu effizienter politischer Arbeit führen würde.

Ein Großteil der demokratischen Sitzverluste resultiert aus dem schlechten Image des demokratischen Präsidenten Clinton. Er ist als Präsident das Aushängeschild und Sprachrohr seiner Partei. Nach zwei Jahren Amtszeit gilt nun dieser politische Schwerstarbeiter paradoxerweise als einer der erfolgreichsten und zugleich unpopulärsten Präsidenten der Nachkriegszeit. So wurden unter Clinton – gegen enorme Widerstände – umfangreiche Maßnahmen eingeleitet: das Haushaltsdefizit reduziert, das Steuersystem gerechter, die Unterstützung für Arme erhöht, ein freiwilliger Sozialdienst geschaffen (Americorps), ein Verbrechenbekämpfungsgesetz durchgesetzt, eine Reform der Administration (Reinventing Government) auf den Weg gebracht und eine Gesundheitsreform entworfen. Die dafür notwendigen zähen Auseinandersetzungen waren in der Außenpolitik einfacher zu führen. Trotz der komplexer gewordenen Weltlage konnte Clinton auf dem internationalen Parkett Erfolge erzielen: Naher Osten, Nordirland, Nordkorea und Haiti.

Mit seiner Philosophie des »economic nationalism« versucht er das nationale Interesse durch geringere Mittel und durch eine wechselseitige Verknüpfung von Freihandel und Wirt-



Präsident Clinton wirbt vor beiden Häusern des Kongresses für eine »amerikanische Erneuerung«

Foto: dpa

schaftswachstum, von Stabilität und Sicherheit zu befriedigen. Doch selbst für seinen größten Erfolg, die Ratifizierung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, hatte er zuhause gegen enorme Widerstände zu kämpfen. Viele seiner Erfolge wurden nur nach schwierigen Kompromissen und mit republikanischen Stimmen möglich, denn zahlreiche konservative Demokraten stimmten gegen seine Vorhaben. Inzwischen liegt gar die Implementierung von GATT/WTO auf Eis: etlichen Politikern paßt die Abgabe von Souveränität an ein internationales Gremium nicht – *primus inter pares* – zu sein ist ihnen ungewohnt und scheint ihnen (noch?) unzumutbar.

Sehr häufig wurde Clinton Wankelmütigkeit angekreidet. Doch einerseits ist das undifferenzierte Schwarz-Weiß früherer US-Außenpolitik längst obsolet geworden und eine neue kohärente Gesamtstrategie noch nicht entworfen bzw. feststellbar. Andererseits scheint er damit nur die Uneinigkeit und Ambivalenz der US-Bürger hinsichtlich vieler Themen widerzuspiegeln: viele Bürger wollen soziale Verhältnisse – aber weniger Staat, gute Infrastruktur

– aber weniger Steuern zahlen, bessere Ausbildung und Gesundheit – aber weniger Regulierung, mehr Arbeitsplätze – aber mehr Unternehmermacht, eine saubere Umwelt – aber weniger Gesetze.

Allem Anschein nach hängen solche Widersprüche zumindest teilweise mit der Infantilisierung und Emotionalisierung durch die Medien zusammen, in denen privater Konsum, schnelle Bedürfnisbefriedigung, individuelles Glück versprochen, und politisch-kollektive Naivität gezüchtet werden. Problemanalysen und Ursachenerklärungen werden selten bemüht, die »Reduktion von Komplexität« hat oft schon fahrlässige Ausmaße erreicht. Hinzu kommt die Kommerzialisierung und der negativ-destruktive Stil der Wahlkämpfe. Und die Konkurrenten wecken gezwungenermaßen hohe und unerfüllbare Erwartungen und programmieren somit die Frustration.

Darüber hinaus muß in Erinnerung gerufen werden, daß Clinton heute die giftigen Früchte der Reagan-Bush-Ära erntet. Problemstau und Haushaltskrise führten zu einer steigenden Diskrepanz zwischen hohem Aktionsbedarf einerseits und geringen Ressourcen andererseits. Das böse Erwachen trifft nun mit den Demokraten gerade eine Partei, für die staatliche Aktivitäten die wichtigste Strategie darstellten. Doch wegen des exorbitanten Haushaltsdefizits unter Reagan und Bush ist simple Verteilungspolitik kaum mehr möglich.

An dem Schauspieler Reagan, dem »Teflon-Präsidenten« prallte all dies ab, denn er schwebte über allem und erfüllte eine politische lebenswichtige Funktion: Reagan »repräsentierte als Präsident sein Amt und die Rollenvielfalt der amerikanischen Gesellschaft« (G. Wills). Und Bill Clinton ist eben kein solcher König, er ist nicht der große Integrator und Communicator, er spielt dies nur. Und als Laienschauspieler leidet er deshalb an mangelnder Glaubwürdigkeit. Trotz seiner Anstrengungen, es allen recht zu machen, wirkt er als polarisierende Figur. Seine Auftritte mit Saxophon und in Shorts beim Joggen und bei Burger King, seine »Frauengeschichten« und »Whitewatergate« sind für TV-Serien-erprobte Durchschnittsamerikaner besser zu begreifen und zu verwerfen als komplizierte politische Zusammenhänge und Entscheidungen. Zusammen mit seiner engagierten und selbstbewußten Gattin Hillary (»she is not a lady«) hat er in gewisser Weise das hochangesehene, unnahbare Präsidentenamt gemäß dem Durchschnittsgeschmack zu sehr säkularisiert. Aufkleber wie »Impeach President Clinton (and her husband too)« sind daher durchaus populär. Die Medien

sind Sprachrohr derartiger Ressentiments. Die Hetztiraden des faschistoiden TV-Alleinunterhalters Rush Limbaugh sind nur die Spitze des zynischen Eisbergs. Ein US-Medieninstitut fand kürzlich heraus, daß Clinton in den Medien tatsächlich in rekordverdächtigter Weise negativ abgehandelt wird: pro Abend zählen sie etwa fünf negative Fernsehberichte über Clinton, insgesamt waren dreiviertel aller Berichte über ihn und seine Politik negativ.

Dies wiederum hängt mit einer enormen Mobilisierung der reaktionären Kräfte zusammen, was spätestens auf der Wahlkonferenz mit Bush von 1992 deutlich wurde, als die religiöse Rechte lautstark auftrat. Das neue republikanische Programm, der »Kontrakt mit Amerika«, beinhaltet eine Rückkehr zur Reagan-Politik der 80er Jahre. Dieser konservative Rollback und politisch-moralische Fundamentalismus ist oft fanatisch und gewalttätig. Er scheint eher unterentwickelten Charakteren zu helfen als den immensen Problemen der Menschen. Nach Einschätzung von Reed Stillwater steht »der Haß auf Clinton für das Unbehagen an der Moderne, zu deren Anwalt sich der Präsident gemacht hat.«

Neben den nationalen Ämtern wurden im Lande auch weitere wichtige Positionen besetzt. In New York ist nun statt dem angesehenen Demokraten Mario Cuomo ein unerfahrener Republikaner Gouverneur geworden. Ohne Überraschung hingegen wurde Mario Barry, der wegen Drogenkonsum früher sein Amt verloren hatte, erneut zum Bürgermeister der gebeutelten Bundeshauptstadt Washington DC gewählt. Das wichtigste Wahlpflaster war aber wieder einmal der größte Bundesstaat Kalifornien. Dort ging es nicht nur um Dutzende von Kongreßsitzen, sondern auch um den Gouverneursposten, einen wichtigen Senatssitz und um wichtige Gesetzesvorlagen. In Kalifornien wurden generell sich abzeichnende Rechtstrends besonders deutlich an dem zum Teil rassistischen Wahlkampf des republikanischen Gouverneurs Pete Wilson gegen Kathleen Brown. Das war der inzwischen zehnte Wahlkampf der Ex-Marinesoldaten, dem damit gute Chancen für eine republikanische Präsidentschaftskandidatur für 1996 zugesprochen werden.

Ebenfalls in Kalifornien ist über eine Gesetzesvorlage (»Proposition 187«) abgestimmt worden, mit der den dortigen 2 Mio. illegalen Einwanderern der bislang erlaubte Zugang zu ärztlicher Versorgung, Schulbildung und Sozialleistungen verweigert wird. Diese Vorlage wurde von der rechtskonservativen Initiative »Save our State« (SOS) initiiert und von Pete

Wilson unterstützt. Sie erklärt die meist latein-amerikanischen Einwanderer zur Wurzel aller möglichen ökonomischen und sozialen Übel.

Ein weiteres wichtiges Thema war und ist die Gewaltkriminalität, die enorm zugenommen hat. Dabei wird deutlich, wie simplizistisch und letztlich asozial die mittlerweile akzeptierten »Lösungsansätze« sind; Wilson brachte das Gesetz mit dem Slogan *three strikes and you are out* ein. Jeder »Wiederholungstäter« kommt nach drei Straftaten automatisch lebenslang hinter Gitter. Die demokratische Senatorin Feinstein hatte sichtlich Mühe mit diesem erbitterten Zweikampf. Freihandelsabkommen NAFTA hin oder her, die Grenze zu Mexiko wurde auf Betreiben der demokratischen Senatorin Feinstein durch zusätzliche 1300 Grenzpolizisten und neues Material noch unüberwindlicher gemacht. Durch die *Operation Gatekeeper* ging die Zahl der illegalen Grenzüberwinder um 60 % zurück. Manchen Betrachtern der umfangreichen Grenzanlagen zwischen den USA und Mexiko kommen makabre Vergleiche zur Berliner Mauer.

Kalifornien hat desweiteren einen US-Rekord eingestellt: Die Kampagne Dianne Feinstein (knapp 10 Mio. Dollar) gegen den Multimillionär Huffington (28 Mio. Dollar) setzt neue pekuniäre Maßstäbe. Demokratische Prinzipien kommen dadurch wohl nicht zur Geltung. Der Frust der Wähler scheint nach jedem Wahlkampf erneut befriedigt und gesteigert zu werden. Für Ablenkung sorgen aber immerhin solch »wichtige« Ereignisse wie der Doppelmordvorwurf gegen Super-Star O. J. Simpson, der Skandal um Eiskunstläuferin Nancy Kerrigan oder die unzähligen Fälle von kaltblütigen und brutalen Massenmördern. Die Zeiten werden also angesichts der sozio-ökonomischen Probleme kälter, sogar im warmen und sonnigen Kalifornien.

Das wohl größte strategische Manko Clintons während der letzten beiden Jahre ist die weitgehende Distanzierung von linken Akteuren und Bewegungen inklusive der Gewerkschaften. Hier liegt eine auffallende Parallele zur Strategie der Scharpingschen SPD vor: zu Gewerkschaften und progressiven Bewegungen werden keine neuen und intensiveren Netzwerke geknüpft – als ließe sich Reformpolitik ohne die Menschen durchführen. Zwar wurden von Clinton einige kritische Geister in seinen Regierungsapparat integriert, was gegenüber der Reagan-Bush-Ära einen unübersehbaren Fortschritt darstellt. Doch für die Durchsetzung wirklicher Reformprojekte wäre der weiträumige Aufbau einer hegemonialen Bewegung notwendig gewesen.

Die Demokraten versäumten außerdem, wie der Politikwissenschaftler E. J. Dionne immer wieder konstatiert, sich öffentliche Unterstützung für staatliches Engagement zu verschaffen. Clinton selbst konterkarierte dies durch sein Eingehen auf den konservativen Diskurs («small government») und seinen Plan der Verkleinerung staatlicher Verwaltung – zugleich allerdings wird der Polizeiapparat vergrößert.

Struktureller Hintergrund all dieser Probleme ist der tiefgehende Wandel des bislang relativ erfolgreichen fordistischen Wirtschaftsmodells, das durch innere Widersprüche und die zunehmende globale Konkurrenz unter fundamentalem Veränderungsdruck geriet. Damit verbunden ist selbst in den reichen Metropolen eine Relativierung oder Herausforderung der bisher gültigen und effektiven Werte und Politiken. Widerstände von bisher privilegierten Schichten («Sozialgeiz») stehen auf der Tagesordnung und nicht zuletzt rufen der Abbau des Militärapparates und die damit verbundenen Arbeitsplatz- und Sinnverluste Existenzängste hervor. Der »relative decline« knabbert somit auch am Selbstbewußtsein. Zahlreiche vergleichbare Probleme (Einfluß- und Funktionsverlust der Parteien und anderer traditioneller Institutionen, egoistische Individualisierung, aggressive Rechtstrends und »rollback«) sind auch in anderen westlichen Demokratien sichtbar – von Italien bis Japan.

In den USA schlug sich der konservative Trend jetzt institutionell nieder. Die Folgen des Wahlergebnisses werden nicht rosig, sondern eher dornig sein. Der republikanisch beherrschte Kongreß wird Clinton vielleicht noch im nächsten Jahr etwas entgegenkommen, um nicht als zu destruktiv zu gelten. Doch spätestens zum Präsidentschaftswahljahr 1996 wird dann wohl kaum noch sinnvolle Politik möglich sein, dann werden die Kampfanzüge angelegt. Bob Dole als Senatsführer und Newt Gingrich als Speaker des Repräsentantenhauses werden mit ihren konservativen Ausschußvorsitzenden konservative Akzente setzen und versuchen, die Zeit zurückzudrehen und Punkte für 1996 zu sammeln. Gingrich ist zwar zu einer Kooperation mit Clinton bereit, aber nur »so lange wie dieser bereit ist, seine unnütze linke Parteilichkeit beiseite zu packen und uns hilft, den fehlgeschlagenen liberalen Wohlfahrtsstaat zu demonstrieren.« Selbst in der Außenpolitik wird der Rechtsruck spürbar werden, denn kein geringerer als der erzreaktionäre Senator Jesse Helms ist nun Vorsitzender des mächtigen Ausschusses für Außenpolitik und kann damit internationale Abkommen und Nominierungen des Präsidenten blockieren und beeinflussen.

Für Clinton werden die nächsten (letzten?) Jahre als Präsident noch schwieriger werden als mit dem demokratisch dominierten Kongreß. Ohne einschneidende Kompromisse wird nichts möglich sein. Zweifelhaft ist dann aber, ob mit solch verwässertem Output reale Probleme gelöst werden können und ob der »wütende Vulkan« der frustrierten Bürgerschaft nicht in neue Richtungen ausbricht. Clinton selbst könnte sich vielleicht öfter auf die erfolgversprechendere außenpolitische Bühne begeben.

Eine weitere, nicht minder wichtige Konsequenz des Wahlergebnisses vom November könnte in der völligen Neugestaltung des politischen Prozesses oder einem Realignment liegen: beide Parteien sind starken Veränderungskräften ausgesetzt. Zugleich wünschen sich fast 60 % der US-Bürger eine dritte Partei oder mehr unabhängige Kandidaten. Ross Perot dürfte dieser Ruf des Volkes nicht entgangen sein. Vermutlich macht er gerade seinen Sparstrumpf auf, um eine erneute Präsidentschaftswahlkampagne zu starten. Die Kampagne für 1996 hat bereits begonnen. Ein kleiner Trost für die Demokraten wird ihnen vielleicht serviert werden: Begrenzungen der Amtszeiten, *term limits*, wurden in weiteren Bundesstaaten durchgesetzt. Möglicherweise dürften sie bald auch auf die Bundesebene übertragen werden – doch welcher republikanische Amtsinhaber möchte das schon. So oder so, die politische Landschaft in den USA hat sich stark verändert. Doch das war eventuell erst der Anfang, denn: *It's the system, stupid.*

ZU SCHÖN, UM WAHR ZU SEIN!

Könnten wir Naturkatastrophen voraussehen, wäre viel Leid vermeidbar. Aber: Wir können es nicht. Auch dieses indische Mädchen konnte nicht ahnen, was das verheerende Erdbeben mit sich bringen würde. Caritas und Diakonie leisten gezielte Hilfe, vor Ort, sofort und solange es nötig ist. Helfen Sie mit. Danke.



Postbank
Karlsruhe
202-753



Postbank
Stuttgart
502-707

Bei Banken u. Sparkassen liegen vorgedruckte Zaltscheine aus.



Mexiko nach der Präsidentschaftswahl

Kommt nach 65 Jahren die
Demokratie?

Die mexikanische Überraschung ist ausgeblieben, auch in den nächsten sechs Jahren wird die *Partido Revolucionario Institucional* (Partei der institutionellen Revolution, kurz: PRI) in Mexiko das Sagen haben. Zu Beginn dieses Monats beginnt die Amtszeit des neuen Präsidenten Ernesto Zedillo. Mit 50 Prozent hatte er sich im August in den Präsidentschaftswahlen durchgesetzt und seiner Partei damit das 65 Jahre währende Machtmonopol gesichert. Damit hat die PRI das Erbe der KPSU angetreten und ist heute die weltweit am längsten regierende Partei.

Doch die Partei mit dem widersprüchlichen Namen steht trotz ihres Sieges am Scheideweg. In ihrem Innern stehen sich konservative Kräfte und Modernisierer gegenüber. Mit dem amtierenden Präsidenten Carlos Salinas de Gortari ist 1988 eine Gruppe junger Politiker an die Macht gelangt, die in Mexiko als »die Technokraten« gelten: In US-amerikanischen Elite-Universitäten geschulte Wirtschaftsfachleute, die nur das Ziel kennen, Mexiko in den Kreis der Industrienationen aufschließen zu lassen.

Die Traditionalisten, im Volksmund »Dinosaurier« genannt, beklagen, daß die Technokraten zwar bei den »Gringos« fleißig Ökonomie gepaukt hätten, von der mexikanischen Realität aber nichts verstünden. Der wahre Grund für ihren Widerstand indes liegt wohl eher darin begründet, daß sie ihre Pfründe bedroht sehen. Der »Jurassic-Park« mit Männern wie dem mächtigen 94jährigen Gewerkschaftsboß Fidel Velázquez paßt nicht mehr in das Bild, das die »Salinistas« vom modernen Mexiko haben.

Salinas ist es in seiner Amtszeit gelungen, den Einfluß der Dinosaurier in der Partei zu beschneiden, ohne es dabei zu einer Demokratisierung der PRI kommen zu lassen. Seit den 30er Jahren hatten die der PRI eingegliederten Sektoren Arbeiter, Campesinos und Mittelstand die Partei geprägt: Der Fabrikarbeiter etwa mußte in die Gewerkschaft eintreten und war damit automatisch Parteigänger. Handelte er nicht parteikonform, war sein Arbeitsplatz in Gefahr.

Velázquez konnte so zu jeder Wahl ankündigen, sein Dachverband CTM allein garantiere dem PRI-Kandidaten mehr als fünf Millionen Stimmen. Doch Ende der 80er Jahre baute der

von Salinas eingesetzte PRI-Vorsitzende Luis Donaldo Colosio eine parallele Struktur zu den Sektoren auf. Ziel war es, in Orts- und Kreisverbänden individuell Mitglieder zu gewinnen, während die Sektoren allmählich an Macht verlieren sollten. Was anfänglich von der Presse als Demokratisierung der PRI gefeiert wurde, erwies sich jedoch rasch als halbherzig. Es fand lediglich eine Umverteilung der Macht statt. Velázquez' Ankündigungen klangen nun immer hohler, während die Technokraten das Machtvakuum der alten Kräfte längst ausgefüllt haben.

Entgegen aller Forderungen nach Demokratie in der Öffentlichkeit hat Salinas so die Autorität des Präsidenten restauriert, dessen Ansehen in den Amtszeiten seiner Vorgänger López Portillo und De la Madrid gelitten hatte. Heute verfügt er über eine ungeheure Machtfülle und diktiert unumstritten die Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Parteipolitik. An dem seit der Parteigründung gültigen Gesetz, daß der Präsident immer auch der oberste Prieta war, hat sich auch unter dem Technokraten nichts geändert. Keine Kandidatenaufstellung, die nicht das Okay aus dem Präsidentenpalast benötigte. Nicht die durchaus demokratischen Parteistatuten, sondern die *leyes no escritas*, die ungeschriebenen Gesetze, bestimmen die Parteipraxis.

Diese Praxis freilich charakterisiert die PRI-Geschichte seit ihren ersten Tagen. Als der letzte aus der mexikanischen Revolution verbliebene Caudillo mit nationalem Ansehen, Plutarco Elias Calles, im Jahre 1929 die Partei ins Leben rief, wollte er damit das komplizierte Problem der Machtabfolge im verworrenen nachrevolutionären Interessengeflecht regeln. Calles gelang es innerhalb kurzer Zeit mit Unterstützung des Militärs, die zahlreichen Caudillos in seine nationale Organisation einzubinden. Sie dienten nun als Mittler zwischen lokalen Kräften und der politischen Führung in der Hauptstadt; eine drohende Anarchie wurde verhindert. Von Beginn an war die Partei als Staatspartei konzipiert. Innerparteiliche Demokratie war den Parteigründern dabei ebenso ein Fremdwort wie Achtung vor dem politischen Gegner. Das Ziel einer Zentralisierung der

Macht ließ den Priistas nur autoritäres Handeln opportun erscheinen.

Einen demokratischen Anstrich erhält das System durch das Verbot der Wiederwahl bedeutender politischer Ämter. So kommt es alle sechs Jahre nach den Präsidentschaftswahlen zur Rotation der politischen Elite und dem oberen Drittel des bürokratischen Apparats. Die Fassade ändert sich, doch dahinter bleibt alles beim alten. Der peruanische Literat Mario Vargas Llosa prägte in diesem Zusammenhang den Begriff von der »perfekten Diktatur«, die so gut getarnt sei, daß sie nur schwer als eine solche zu erkennen sei. Die Mexikaner selbst sprechen häufig von der *democratura* – der als Demokratie verkleideten Diktatur.

Lediglich zweimal gab es den Versuch, die das System tragende PRI von innen zu demokratisieren. 1965 führte der Parteipräsident Carlos Madrazo demokratische Wahlmechanismen für die Zusammensetzung der Parteikomitees und die Aufstellung von PRI-Kandidaten auf der Gemeindeebene ein. Die alten Kader, allen voran die Gouverneure, die es gewohnt waren, ihnen gewogene Personen in wichtige Positionen zu

postieren, reagierten ablehnend. Am Ende war der konservative Widerstand zu groß für den Reformier, der nach elfmonatiger Amtszeit seinen Stuhl räumen mußte. Umgehend wurde der Status quo ante wiederhergestellt.

Ein weiterer Reformversuch brachte 1987 die PRI-Abspaltung »Partei der demokratischen Revolution« (PRD) hervor. Eine Gruppe bekannter Priistas hatte sich dagegen gewandt, daß der Staatspräsident Miguel de la Madrid jegliche emanzipatorische Bestrebung der PRI gegenüber der Exekutive strikt unterband. Es bildete sich eine parteiinterne Strömung, deren Forderungen sich aufgrund der unnachgiebigen Haltung der Parteispitze immer stärker auf die Demokratisierung der PRI konzentrierten. Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung wurde die parteiinterne Wahl des Präsidentschaftskandidaten. Doch De la Madrid machte alle Versuche mit dem traditionellen *dedazo*, dem Fingerzeig, mit dem der amtierende Präsident seit jeher unter Umgehung aller Parteigremien seinen Nachfolger bestimmt, zunichte.

Der auf diese Weise nominierte Salinas de Gortari stand ganz in der Tradition der autori-

Die PRI Mexikos ist seit 65 Jahren an der Macht

Foto: Björn Lisker



tären Amtsführung seiner Vorgänger. Demokratische Rhetorik stets auf den Lippen, bediente auch er sich unverhohlen des *dedazo*, als er seinen politischen Zögling Colosio als neuen PRI-Kandidaten präsentierte.

Colosio schien bereit, seine unvollendete Parteireform nun zum Abschluß zu bringen. In ungewohnt scharfer Form kritisierte er im März auf dem 65. Jubiläum der PRI die exzessive Machtkonzentration in der Person des Präsidenten, die in der Geschichte des Landes zu zahlreichen Fehlentscheidungen geführt habe. Er kündigte an, unter ihm werde es zu einer strikten Trennung von Partei und Staat kommen. Umsetzen konnte er seine Versprechungen indes nicht; wenige Tage nach der Rede fiel er einem Attentat zum Opfer. Nicht wenige meinen hinter vorgehaltener Hand, die Tat sei aus dem Innern des Systems organisiert worden; ein Eindruck, der durch die wenig überzeugende Arbeit einer Untersuchungskommission noch verstärkt wurde.

Doch Zedillo, ein Technokrat mit Mangel an Charisma und politischer Erfahrung, nahm nach seiner Nominierung durch den *dedazo* das Programm seines ermordeten Vorgängers auf: »Wir brauchen endlich ein demokratisches Auswahlverfahren für Kandidaten in unserer Partei«, forderte er und kündigte an, unter ihm werde es in sechs Jahren keinen *dedazo* mehr geben.

Dieses absolute Novum in den PRI-Gepflogenheiten war starker Tobak für die konservativen PRI-Kräfte. Dabei weiß Zedillo sehr wohl, daß er seinen Wahlsieg nicht zuletzt den Relikten der »Dinosaurier« zu verdanken hat. Zwar mag der Wahlbetrug diesmal gering gewesen sein, doch verfügt die PRI, deren krakenartige Strukturen sich in der Vergangenheit immer weiter in alle gesellschaftlichen Bereiche des Landes gefressen haben, über andere Methoden: Nur Parteimitglieder etwa erhalten eine Lizenz als Straßenverkäufer in Mexico-City. Erreicht die Staatspartei in einer ländlichen Region nicht die Mehrheit, werden kurzerhand die Kredite eingefroren, um die Campesinos wieder auf Kurs zu bringen. So herrscht heute die komplexe Situation, daß die Staatspartei die von ihr geschaffene soziale Ungleichheit im Lande nutzt, um sich für viele arme Mexikaner als Retter zu präsentieren.

Bisher sind Zedillos Worte nichts als Absichtserklärungen, die mit dem Tenor »Alles wird besser« noch jeden Beginn einer Präsidentschaft in Mexiko bestimmt haben. Will Zedillo die Staatspartei wirklich demokratisieren und so die *democratura* beenden, muß er einen schwierigen Balanceakt vollbringen. Zunächst

gilt es, die verwobenen Strukturen zwischen Staat und Partei zu entwirren. Dabei wird er die *Dinosaurier* weiter ins Abseits rücken müssen, während er gleichzeitig die PRI als eine moderne Volkspartei mit individueller Mitgliedschaft und der Akzeptanz demokratischer Spielregeln von Grund auf neu organisieren muß. Das hieße aber, daß die Priistas sich an die unbequeme Idee gewöhnen müßten, einmal auf die Oppositionsbänke verbannt zu werden – ein Alptraum nicht nur für die *Dinosaurier*.

Zur Umsetzung solch eines Projekts aber bedarf es innerhalb einer seit jeher an Autorität gewöhnten Partei an Durchsetzungsvermögen. Stets war es die erste Aufgabe eines neuen Präsidenten, die Seilschaften seines Vorgängers aus den Führungsgremien zu verdrängen. Auch der machthungrige Salinas wird versuchen, über seine Amtszeit hinaus Einfluß auf die politische Richtung zu nehmen. Galt bislang mit Blick auf Machtgerangel zwischen altem und neuem Präsidenten das Prinzip »zwei Sonnen verbrennen sich gegenseitig«, könnte ein Verzicht Zedillos auf parteipolitische *dedazos* den neuen Mann rasch zur Marionette der Salinistas degradieren.

Gleichzeitig gilt es, die soziale Basis für die Demokratie zu schaffen, indem drängende Bedürfnisse wie Erziehung, Gesundheit und der Ausbau der Infrastruktur nicht nur wie bislang mit Scheinprogrammen befriedigt werden. Zedillo muß das Kunststück fertigbringen, hierbei die Staatsverschuldung nicht zu erhöhen, um das mühsam erworbene Ansehen bei ausländischen Investoren nicht zu gefährden. Die Oppositionsparteien PAN und PRD, fähig zur Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung, werden ihn bei all dem kritisch beäugen. Dasselbe gilt für die aufständischen Zapatistas in Chiapas, die angekündigt haben, ihren Widerstand auf andere Bundesstaaten auszudehnen, wenn sich in Sachen Demokratie und Lebensstandard keine Fortschritte abzeichnen. Nicht zuletzt scheint auch der Terror, von dem noch niemand weiß, wer dahinter steht, zur festen Größe im mexikanischen Alltag zu werden. Nach dem Attentat auf Colosio und Entführungen von Persönlichkeiten der Oberschicht hat zuletzt die Ermordung des PRI-Generalsekretärs Ruiz Massieu Ende September das Land in Schrecken versetzt.

Wenn Zedillo in diesen Tagen in den Amtssitz *Los Pinos* in Mexico-City einzieht, wird es keine Instanz geben, die ihn zur angekündigten Aufgabe von Kompetenzen zwingen kann. Es ist äußerst fraglich, ob der neue Präsident bei zunehmendem Druck der Versuchung widerstehen kann, wie seine Vorgänger auf den au-

toritären Machtapparat zurückzugreifen. Widersteht er ihr nicht, fände die langjährige Behauptung der mexikanischen Opposition und zahlreicher Intellektueller eine Bestätigung. Sie sind längst davon überzeugt, daß die Demokratisierung der PRI eine unmögliche Mission ist.

ANDREAS SCHWORCK

Das Ende der Dritten Welt

Nachruf auf einen erkenntnisleitenden Begriff

Es gehört offensichtlich zur Eigendynamik großer weltpolitischer Ereignisse wie Revolutionen, daß das ganze Veränderungspotential, das sie freisetzen, sich so recht erst im Abstand einiger Jahre vom Umsturzeignis entfaltet. Das war bei der großen Französischen Revolution so und ist bei der bolschewistischen Revolution des Jahres 1918 nicht anders gewesen. Auch die weitgehend friedlichen Revolutionen der Jahre 1989 bis 1991 in Osteuropa sind zumindest diesbezüglich keine Ausnahme. Daß durch sie ebenfalls kein Stein auf dem anderen bleibt, erfahren nun aber auch die vermeintlichen Gewinner des Kalten Krieges: Wo der große außenpolitische Systemgegner weggefallen ist, klart sich nun der Blick schmerzlich angesichts der immensen innenpolitischen Probleme aller westeuropäischen Länder. Oder anders gesprochen: Das jahrzehntelang unterschwellig gültige Primat der Außenpolitik wird seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs auf den Kopf gestellt – nun dominiert faktisch allerorten die jeweilige nationale Innenpolitik. Und als Folge hiervon verdrängt Re-Nationalisierung im Zeichen knapper Kassen allmählich die letzten Reste europapolitischer Gemeinsamkeiten, wie auch die Tragödie in Bosnien beweist. In diesem Sinne könnte die Vorstellung vom »Kerneuropa«, die der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vorschwebt, nicht nur der einsetzende Grabgesang für die europäische Idee sein, sondern zeigt auch etwas anderes an: die Rückkehr des fragwürdigen Prinzips der nationalen Machtpolitik.

Im Hinblick auf Deutschland bedeutet dies, daß schlagartig die politische Sonderrolle Deutschlands zu Ende gegangen ist, die in der jüngeren Geschichte begründet lag und in deren Schatten sich doch ein erhebliches Ausmaß an gesamtpolitischer Gemütlichkeit, ja Biederkeit etabliert hatte. Jetzt aber wird von der politischen Klasse mit immer größerem Nachdruck eine »neue Normalität« eingeklagt, der man sich zu stellen habe. Doch herrscht über das, was damit insbesondere außenpolitisch gemeint sein kann und soll, quer durch alle Parteien und Bevölkerungsschichten heillose Verwirrung. Und die vertrauten politischen Koordinaten entlang des ehemals so komfortablen Rechts-Links-Schemas schmelzen vor diesen neuen politischen Lagen wie Schnee in der Frühlingssonne. Derweil schafft die Bundesregierung sukzessiv vollendete Tatsachen und erheischt auch medienpolitisch geschickt Akzeptanzen, wo eigentlich enormer Diskussionsbedarf herrscht. Die Rede von »unseren Jungs in Somalia« zeigt, wie psychologisch und sprachlich geschickt diese »neue Normalität« erzeugt wird. Deutsche Soldaten also zu Wasser in der Adria, in der Luft über Bosnien und zu Land in Somalia und Kambodscha – alles im Auftrag der UNO. So weit, so gut. Über diese deutsche Beteiligung kann man nun trefflich streiten und wird noch immer politisch gestritten, wo das Bundesverfassungsgericht mit seinem Grundsatzurteil nun den Rahmen gesteckt hat. Doch über die Legitimität dieser veränderten Außen- und Sicherheitspolitik wird wohl auf absehbare Zeit auch durch die ohnehin brisante politische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kein Grundkonsens zu erzielen sein.

Zwischenzeitlich also sicherheitspolitisch schon »normal« geworden ist, daß deutsche Soldaten mit blauem UNO-Helm in politisch hochbrisanten Regionen der Welt ihren Dienst tun, die ob ihrer geographischen Lage schon mal das genauere Nachschlagen im verstaubten Schulatlas erfordern. Dabei fällt bei näherer Betrachtung doch ein zunehmendes Mißverhältnis außenpolitischen Engagements ins Auge: der schleichende Rückzug Deutschlands aus der Entwicklungshilfe. Sie, die während des Kalten Krieges immer auch ein mehr oder weniger offen eingesetztes Instrument der deutschen Außenpolitik war, eingebettet in das übergreifende strategische Konzept der Eindämmung des Staatskommunismus in der Dritten Welt – sie verabschiedet sich seit der Wiedervereinigung klammheimlich von bestimmten Elendregionen dieser Welt. Gerechtfertigt wird dieses Vorgehen, wie kann es in diesen Zeiten anders sein, auch mit fiskalischen Gründen. Es muß

eben auch im Entwicklungshilfeministerium des Herrn Dieter Spranger gespart werden: Das ist einleuchtend und nimmt kritischen Fragen von vornherein die Spitze.

Entwicklungspolitik – das wird in Bonn offenbar als neuer, erweiterter Begriff verstanden: Der »humanitäre Auftrag« in Somalia, die Infrastruktur der UNO-Kampftruppen dort zu sichern – ist das schließlich nicht auch eine Art Entwicklungshilfe? Vielleicht ist das ja tatsächlich nur eine Sache der Definition. Unstrittig scheint hingegen, daß die beträchtlichen Stationierungskosten der deutschen Soldaten (deren exakte Höhe inklusive möglicher Hinterbliebenenrenten erst nach Beendigung der Somalia-Mission feststehen wird) auch zu Sparzwängen bei benachbarten politischen Ressorts führen dürfte. Und hier bietet sich das Entwicklungshilfeministerium ja geradezu an. Der langsame, aber schon jetzt absehbare entwicklungspolitische Rückzug Deutschlands (und der meisten anderen westeuropäischen Staaten) aus bestimmten Entwicklungsregionen speist sich also zunächst einmal aus *drei* Quellen. Da ist *erstens* der Funktionswandel der Entwicklungspolitik: Entlassen aus der ideologischen Einbettung in die Kalte-Kriegs-Führung von vierzig Jahren, verliert sie in einem ähnlichen Maße an politisch-strategischem Gewicht, wie auch der Kommunismus in der Dritten Welt als Entwicklungsmodell an Attraktivität verloren hat. Daraus resultiert *zweitens* eine De-facto-Erweiterung des Begriffs »Entwicklungspolitik« im Sinne einer damit einhergehenden Veränderung: Als brandneue Version des heimatischen Entwicklungshelfers taucht nun idealtypisch der deutsche UNO-Soldat auf, der auf der Basis maschinengewehrbestückter Schützenpanzer zunächst einmal gesprengte Brücken repariert, Kerosin transportiert und Medikamente verteilt.

Und der, wenn nötig und wie in Somalia bereits geschehen, durchaus auch scharf zu schießen vermag. Das geschieht vorgeblich alles uneigennützig und dient nur dem »Gastland« – ist also klassische Entwicklungshilfe, so könnte man meinen. Und *drittens* legitimieren Rezession, der urplötzlich in Mode gekommene Hinweis auf die Lage der Menschenrechte im Empfängerland und das millionenschwere deutsche UNO-Engagement andernorts die finanziellen Einsparungen im Entwicklungshilfebudget.

Diese entwicklungspolitische Zurückhaltung dürfte für bestimmte Elendsregionen nun aber, wenn nicht alles täuscht, verheerende Konsequenzen haben. Doch es sind eben nicht nur die Niederungen der Realpolitik, die hier fatale Auswirkungen haben, sondern auch jener

Zweig der internationalen Politikwissenschaft, der sich traditionellerweise mit der »Dritten Welt« beschäftigt – die *Entwicklungstheorie* –, verabschiedet sich seit der Implosion der »Zweiten Welt« still und leise von ihrem Forschungsgegenstand. Zeit für einen streitbaren Nachruf.

Vom Elend einer Fachdisziplin

Nicht nur auf die bi- und multilaterale Entwicklungspolitik haben die veränderten weltpolitischen Konstellationen ungeachtet ihrer damit verbundenen Unübersichtlichkeit eine Art »isolationistische Rückkoppelung« mit sich gebracht, sondern auch die akademische Entwicklungstheorie selbst ist damit in ihre bislang größte Legitimationskrise seit ihrem Bestehen geraten. »Gibt es die ›Dritte Welt‹ als eigenständige politische und ökonomische Größe überhaupt noch?« – so lautet die Ausgangsfrage. Was hier derzeit fachintern und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt disputiert wird, erinnert in seinen Grundzügen ein wenig an die Anfänge des »Historikerstreits« von 1986. Wo es damals um neokonservative Neudefinitionen der deutschen Nazi-Vergangenheit ging, steht heute mit dem Begriff der »Dritten Welt« mehr als nur ein erkenntnisleitendes Paradigma (*Thomas Kuhn*) auf dem Spiel – es geht um nichts weniger als um die Relevanzunterstellung einer ganzen Fachdisziplin. Zwei Fragen sind in diesem Zusammenhang vor allem zu klären: Ist eine ernstzunehmende, immerhin sich als Wissenschaft verstehende Entwicklungstheorie nach jahrzehntelangem heftigem ideologischen Streit nun definitiv an ihrem Ende angelangt, weil der Forschungsgegenstand gleichsam durch höhere Gewalt abhanden gekommen ist? Oder droht dem Fach jetzt zumindest eine Art Randexistenz in ideologisch umwölkten Dachgeschoß des in dieser Hinsicht ohnehin schon immer sehr hohen wissenschaftlichen Elfenbeinturms? Eine kurze wissenschaftsgeschichtliche Retrospektive von dreißig Jahren entwicklungstheoretischer Diskussion zeigt die schon immer prekäre Lage des Faches zwischen der *Scylla* elitärer Abgehobenheit und der *Charybdis* politischer Ideologisierung deutlich auf.

Die derzeitige substantielle Legitimitätskrise der Fachdisziplin, die sich anders als der erwähnte »Historikerstreit« bislang kaum öffentlichkeitswirksam als erbitterter Streit innerhalb einer kleinen *scientific community* äußert, ist jedoch auch mehr als nur ein Reflex der veränderten weltpolitischen Lage. Wenn hier nun eine politikwissenschaftlich-ökonomische Spezialdisziplin *in toto* angesichts teilweise

selbst eingestandener Wirkungslosigkeit erstmals schonungslos die eigene Sinnfrage stellt, hat dies eben auch viel mit seiner turbulenten Wissenschaftsgeschichte zu tun. Es beginnt schon damit, daß die Entstehung des zentralen Forschungsbegriffes »Dritte Welt« auch heute noch eigentümlich im Halbschatten liegt. Der Durchbruch zu einem medienwirksamen politischen terminus technicus gelang ihm eigentlich so recht erst durch die Schriften des algerischen Revolutionstheoretikers Frantz Fanon¹ Anfang der 60er Jahre und fiel nicht zufällig zusammen mit der Bildung der Blockfreienbewegung auf der Konferenz von Belgrad 1961. Doch erst mit der Gründung der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) drei Jahre später wurde eine maßgebliche wirtschaftspolitische Plattform für die Entwicklungsländer geschaffen. Einher ging diese Entwicklung mit einer deutlichen Zielverschiebung der politischen Forderungen: Weg von der ausschließlichen Unterstützung einer primär politisch verstandenen Entkolonialisierung und mehr hin zum Projekt einer neuen und gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Damit verbunden war ein erster fundamentaler Paradigmenwechsel innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, innerhalb dessen die modernisierungstheoretischen Erklärungs- und Sanierungsansätze der 50er und 60er Jahre abgelöst wurden durch ein untereinander stets konkurrierendes Bündel von neuen linken Entwicklungs-Paradigmen, deren einziger gemeinsamer Nenner der war, daß sie die Ursachen für Unterentwicklung primär »externen Faktoren«, also den »imperialistischen« weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuschrieben. Der wissenschaftlich oft extrem polemisch geführte Streit von so verschiedenen Schulen wie der »Terms-of-Trade«-Richtung, der lateinamerikanischen Dependencia-Theorie, dem linken Strukturalismus, der Theorien des »Peripheren Kapitalismus«, der »Staatsklassen« oder der »Weltgesellschaft« konnte so nicht einmal ansatzweise unter den Hut eines entwicklungstheoretisch fruchtbaren Grundsatzparadigmas gebracht werden. Allenfalls gegenüber weitgehend unspezifischen Einsichten wie jener von der ubiquitären »strukturellen Gewalt« (Johan Galtung, 1972) gab es so etwas wie einen Minimalkonsens. Die ideologischen Fronten innerhalb der Disziplin erweckten oft genug den Eindruck, bloß verlängerte politische Konfliktlinien abzubilden: »Links« war, wer analytisch und publizistisch in den externen Ursachen von Unterentwicklung (z. B. Verschuldung, ungerechte Rohstoffpreise, Protektionismus der Industrieländer) beheimatet war, als

»rechts« wurde jene Minderheit verortet, die in den »internen Ursachen« von Unterentwicklung (z. B. Korruption, Verschwendung, Nepotismus) eine zumindest gleichrangige Kausalbeziehung vermutete.

Unter diesen hier nur angedeuteten Umständen ist es eigentlich nicht verwunderlich, daß in weiten Teilen der Entwicklungstheorie die Fähigkeit zu differenzierender Länderanalyse in dem Maße unterentwickelt blieb, wie die unduldsame Auseinandersetzung über abstrakte und allgemeine Fragen der »Dritten Welt« die Diskussion dominierte. Zumindest methodisch vereinte die verschiedenen Richtungen deshalb eine generalistische und hochgradig abstrakte Wahrnehmungsperspektive, wo man ansonsten inhaltlich-analytisch zusammen auf keinen grünen Zweig kommen konnte und wollte. Heute deutet sich jedoch auch in beachtlichen Teilen der »linken Seite« der Entwicklungstheorie ein definitiver »Abschied von der Großen Theorie« an (Ulrich Wenzel), wenngleich jene zumindest publizistisch nicht ganz einflußlosen sozialen Gruppen, deren kritisches Engagement für die Dritte Welt schon immer auch ein wenig subkulturelle Züge trug, sich gegen den sich abzeichnenden neuerlichen und vielleicht definitiven Paradigmenwechsel noch vehement sperren: Auch hier stehen eben linke Identitäten auf dem Spiel, soll wenigstens auf dieser halbakademischen Spielwiese der oft primär moralisch Engagierten alles beim alten bleiben. Doch moralische und wissenschaftliche Ressourcen sind selten kompatibel. Eine theoretische Selbstbesinnung des Faches muß deshalb zukünftig notgedrungen auf jegliche Gesinnungsethik und moralisches Pathos verzichten und auch einmal kritisch die bisherigen wissenssoziologischen Bedingungen des eigenen Schaffens und Denkens reflektieren – sonst wird der Relevanzverlust der Entwicklungstheorie irreversibel. Ulrich Wenzel hat mit seinem kürzlich erschienenen Buch² eine fruchtbare Grundlage gelegt für eine solche »Soziologie der Entwicklungstheorie«.

Was also derzeit in Gang ist, hat denn auch durchaus ein wenig den Charakter von heftigen imaginären Rückzugsgefechten, die die in der »Dritte-Welt-Forschung« zahlreichen engagierten Gruppen mit ihrem beträchtlichen »kulturellen Kapital« (Pierre Bourdieu) in Manier eines Don Quichotte paradigmatisch weitgehend unverändert gegen die ganze frühere »Erste Welt« führen. Das Feindbild konkretisiert sich dabei noch immer fast exklusiv an den beliebigen austauschbaren Chiffren Kolonialismus, Imperialismus, Multis, Verschuldung, Weltmarkt, Weltbank und IWF, also an den berühmtesten

»externen« Faktoren von Unterentwicklung, die in der manichäisch-weltanschaulichen Verkürzung ihres Gebrauchs manchmal schon an die Beschwörung eines postmodernen Surrogates des schlechthin Teuflichen erinnern. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: All das spielt zu einem beträchtlichen Grad heute noch in der internationalen Wirtschaftspolitik zwischen Nord und Süd und neuerdings zwischen Nord und Ost eine wichtige Rolle. Doch wer es in analytischer Perspektive dabei beläßt, setzt sich dem Verdacht aus, daß es ihm mehr um Ideologie oder bestenfalls Moral geht, wo es idealerweise um angewandte Interdisziplinarität in der Forschung gehen sollte. Die erwähnten Chiffren reichen jedenfalls nicht mehr aus, um einen so komplexen Zustand wie »Unterentwicklung« erklärbar zu machen. So einfach kann und sollte es sich eine noch irgendwie »links« definierende, also eine ökonomische Besserstellung der Entwicklungsländer intendierende Entwicklungstheorie nicht machen. Es ist in der Tat erheblich komplizierter.

Es fängt schon damit an, daß die Konturen des eigentlich ökonomisch verstandenen Begriffes des »Entwicklungslandes« nicht nur in der akademischen Fachdiskussion zunehmend unscharf werden und statt dessen wieder mit einem starken sozialphilosophischen und kulturellen Fragezeichen versehen werden. Entwicklung wohin? Welches Ordnungsmodell kann überhaupt noch als Vorbild dienen? Kann volkswirtschaftliche Entwicklung überhaupt »von außen« in Gang gesetzt werden? Und: Welche Folgen hat sie? Wer über diese Fragen auch nur kurz nachdenkt, wird kaum schnelle und noch weniger optimistische Antworten parat haben. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen.

Ambivalenz von Entwicklung

Europäische Bankmanager schätzten kürzlich, daß es der »sozialistischen Marktwirtschaft« des Deng Xiaoping schon bis zum Jahr 2000 gelingen könnte, das Bruttosozialprodukt zu verdoppeln – China wäre dann noch vor Japan und Deutschland die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Und andere europäische Wirtschaftsführer wie der VW-Chef Daniel Goeudevert geraten angesichts des »größten Marktes der Welt« für Kraftfahrzeuge schon jetzt in Euphorie: Ab dem Jahr 2000 sollen bei Volkswagen in Shanghai zwei Millionen Fahrzeuge im Jahr vom Band rollen – mehr als derzeit insgesamt auf Chinas Straßen unterwegs sind.

Maos Erben betreiben also ungeachtet aller sozialistischen Rhetorik eine klassische Variante von »Entwicklung«, die aber bereits kurz-

fristig direkt ins globale ökologische Desaster führt: Selbst eine bescheidene Motorisierung und Technisierung auf der Grundlage von Verbrennungsmotoren wird so binnen weniger Jahre alle ohnehin halbherzigen Bemühungen der Industrieländer zunichte machen, die globale Klimaerwärmung mit ihren weitreichenden Folgen energiepolitisch in den Griff zu bekommen. Was also im Falle Chinas in der Länderperspektive in einem einzigen Bereich der Technologiepolitik entwicklungspolitisch als wünschenswerter Idealfall angesehen werden müßte, kann für eine auch die ökologischen Folgen bedenkende neue Entwicklungsforschung nur der größte anzunehmende Irrweg sein. Doch mit welchem Recht kann ein vielleicht selbst Mittelklassewagen fahrender westlicher Entwicklungsexperte seinem chinesischen Kollegen dasselbe Privileg verweigern? Hier tut sich ein Dilemma auf. Auch wer die Überzeugung vertritt, daß verantwortungsbewußte »Entwicklung« eigentlich nur Hilfe zu etwas »ganz anderem« sein kann und nicht einfach die Kopie des Entwicklungsmodells der »Ersten Welt« sein darf, ahnt vielleicht schon, daß die Diskussionen über einen »dritten Weg« zwischen anhaltender Unterentwicklung und ökologisch destruktivem Industriekapitalismus, so wünschenswert sie sein mögen, wohl um Jahrzehnte zu spät kommen. Was die stolzen Gewinner des Kalten Krieges behaupten, stimmt: Der Kapitalismus hat überall gesiegt. Wenn er nun aber auch in ein bis zwei Jahrzehnten seine Produktivkraft in Indien und China entfaltet haben wird, werden sich die dann vielleicht von Atemnot und Hautverbrennungen geplagten nachfolgenden Generationen womöglich wünschen, daß er dort weniger schnell erfolgreich gewesen wäre. Der Umweltgipfel von Rio war ein erster, allerdings weitgehend fehlgeschlagener Versuch, dieser drohenden Entwicklung des globalen Öko-Gaus konzeptuell und präventiv Rechnung zu tragen. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden wohl folgen müssen, bis sich die Erkenntnis im Westen durchsetzt, daß sich der Nord-Süd-Konflikt in Zukunft immer mehr auch auf umweltpolitischer Politikebene abspielt.³

Das Beispiel Chinas zeigt eindrücklich auf, welche neuen Anforderungen an eine modifizierte Entwicklungstheorie für das nächste Jahrtausend gestellt werden müssen. Notwendig ist eine jeweils länderspezifische und breit angelegte multidisziplinäre »Entwicklungsfolgenabschätzung«, die für jedes unterentwickelte Land einzeln versucht, herauszufinden, welche Art von »Entwicklung« es wünscht und benötigt – man wird im Falle von Zaïre dann si-

cher zu anderen Ergebnissen kommen als beispielsweise im Falle Indiens. Dort, wo die Unterentwicklung an Aussichtslosigkeit grenzt, wird diese Hilfe dann auch wohl eher den Charakter einer »Weltsozialhilfe« haben, während sie andernorts klassischen Investitionscharakter auf hohem Niveau aufweist. In diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Rolle der multi- und bilateralen »Entwicklungsagenturen« mit besonderem Nachdruck zu stellen. Während in diesem Sinne die Weltbank in Washington bereits immerhin über eine ökologische Planungsabteilung verfügt, die die Umweltverträglichkeit der von ihr geförderten Projekte – wie zum Beispiel im Falle des umstrittenen Narmada-Staudammes in Indien – zumindest weitaus kritischer prüft als zuvor, steht entgegen einem solchen allmählichen Bewußtseinswechsel innerhalb dieser »Fortschrittsbehörden« zu befürchten, daß der Weltmarkt selbst in Zukunft zum eifrigsten und mächtigsten Beförderer des Entwicklungsgedankens wird, wie das Beispiel von VW in Ostchina zeigt. Er ist es schließlich auch, der den generalisierenden Begriff der »Dritten Welt« hat mehr als fragwürdig werden lassen und dessen Mechanismen selektiert haben in sogenannte »Schwellenländer«, in LDCs (least developed countries), »MACs« (most seriously affected countries) oder bereits in Länder der »Vierten Welt«. Der »reine« Markt kennt bekanntlich weder ein soziales noch ein ökologisches Gewissen, so daß die entfesselte Weltmarktdynamik mit ihrer sich abzeichnenden neuen internationalen Arbeitsteilung selbst, von politischen Inkompatibilitäten unbehindert, nun absehbar weiter selektieren wird, welche Staaten und Volkswirtschaften jetzt definitiv zu den Modernisierungsverlierern oder zu den »Neureichen« zu zählen sein werden.⁴ Insofern wird es die einstmals intendierte »Neue Weltwirtschaftsordnung« tatsächlich geben – aber anders, als sich das die armen Länder einmal vorgestellt haben: Viele Länder in den ärmsten Regionen dieser Welt (z. B. in Afrika) werden aus der Weltwirtschaft faktisch einfach herausfallen und nur noch dann ins internationale Medieninteresse rücken, wenn die reichen Länder, auch des Südens, wieder einmal Weizen oder UNO-Kontingente oder beides in die staatlichen Elendsregionen schicken, um einen stattfindenden Genozid gerade noch in den Grenzen des beruhigten Gewissens zu halten. Fazit: Es sieht schlecht aus für viele der Ärmsten, und »Entwicklung« wird bei realistischer Betrachtung auf absehbare Zeit keine Kategorie mehr sein für Länder wie Bangladesch, Liberia oder Mosambik, wo sich die entwicklungspolitische Per-

spektive des Westens zunehmend auf Osteuropa, Rußland und Ostasien richtet.

Welche Folgen hat dies nun für die Relevanz der Entwicklungstheorie? Denkbar ist, daß sich folgender Paradigmenwechsel innerhalb des Faches durchsetzt: Die Entwicklungstheorie verabschiedet sich definitiv von der »Großen Theorie«, und an ihre Stelle tritt ein neues, modifiziertes *modernisierungstheoretisches Paradigma*, das neben der umweltpolitisch-ökologischen Perspektive verstärkt die *internen* Faktoren von Unterentwicklung im Blick hat. Diese wissenschaftstheoretische Neuorientierung geht dann einher mit einer fundamentalen *perspektivischen Veränderung*. Oder anders gesprochen: Wo der Osten entwicklungstheoretisch an Relevanz gewinnt, verliert der Süden im gleichen Maße an Bedeutung. Moskau ist – von Europa aus gesehen – eben näher als Huambo. Und zweitens: Der *Relevanzverlust des Faches* durch die veränderten weltpolitischen Parameter setzt sich durch die aktuellen politischen Konjunkturen fort: Wenn in Europa außereuropäische Zuwanderung zunehmend als existentielle Bedrohung empfunden wird, hat dies auch Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche und politische Akzeptanz des Faches selbst. Die Reihen jener, die sich nicht nur professionell mit der »Dritten Welt« beschäftigen, werden deshalb in den nächsten Jahren wohl eher noch lichter werden. Für eine sich noch irgendwie »links« definierende wissenschaftliche Entwicklungstheorie jenseits ihrer nur noch subkulturellen Verankerung sind all diese Entwicklungen folglich gleich eine mehrfache Herausforderung – und es wird abzuwarten bleiben, wie es letztlich um die wissenschaftsinterne Regenerationskraft einer schon immer prekären Disziplin angesichts der neuen weltpolitischen Lage bestellt ist.

Anmerkungen:

- 1 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a. M. 1966
- 2 Ulrich Wenzel: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der Großen Theorie, Frankfurt a. M. 1993
- 3 Vgl. hierzu auch die neue Publikation von Manfred Wöhlcke: Der ökologische Nord-Süd-Konflikt, München 1993
- 4 Ulrich Hilpert: Neue Weltmärkte und der Staat. Staatliche Politik, technischer Fortschritt und internationale Arbeitsteilung, Opladen 1993

Thema: Kerneuropa

GESPRÄCH MIT KARL LAMERS

»Die Kernländer bestimmen die Richtung«

Karl Lamers, geboren 1935 und seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er ist Autor des im September erschienenen »Schäuble-Papiers« zum Thema Kerneuropa, das im In- und Ausland eine Kontroverse ausgelöst hat. Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte unterhielt sich mit Lamers am 26. Oktober in Bonn.

Das Gespräch führte Elke Völmicke.

NG/FH: Warum ist das *Lamers-Schäuble-Glos-Papier* ausgerechnet zur Wahlkampfzeit veröffentlicht worden, die ja nicht gerade für eine differenzierte Auseinandersetzung in Frage kommt?

Karl Lamers: Das ist wohl wahr. Leider haben auch Teile der Opposition und des Koalitionspartners entsprechend negativ reagiert. Aber erstens kam es uns nicht nur auf eine nationale Debatte an, sondern auf eine europäische, und das haben wir in einem Maße erreicht, wie ich das so nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben erstmalig eine europäische Öffentlichkeit hergestellt. Das liegt natürlich nicht an der Güte unserer Argumente allein, sondern an der offenkundigen Notwendigkeit einer solchen Debatte. Zweitens muß man sehen: Wenn Sie nicht nur auf die Situation in einem Land, sondern auf 16 Länder Rücksicht nehmen müssen, dann finden Sie nie einen idealen Zeitpunkt.

In Deutschland hat die Debatte unter dem Bundestagswahlkampf gelitten, aber da sie anderswo fortgeführt wird – national wie international –, ist das kein dauerhafter Schaden. Nein, wir hatten keine andere Wahl. Nach der Bundes-

tagswahl sind wir bis zur Konstituierung und der Regierungsbildung ohnehin zur Zurückhaltung in solchen Fragen verpflichtet; dann kommt der Essener EU-Gipfel und im neuen Jahr die französischen Präsidentschaftswahlen. Schon jetzt zeigt sich in Frankreich, daß die Kandidatendebatte nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt »Kerneuropa« geführt wird –, bis hin zu der Behauptung von Herrn Chevenement, Delors sei der Kandidat der deutschen Christdemokraten.

NG/FH: Es hat ein großes Echo gegeben, aber man muß auch sagen: überwiegend negativ. Zum Beispiel haben sich die Italiener als Gründungsmitglied ziemlich zurückgesetzt gefühlt. War es beabsichtigt, daß die Nation Alcide de Gasperis künftig ins dritte oder vierte Glied gestellt werden soll?

K. L.: Die Reaktion war keineswegs nur negativ, sondern kontrovers. Das gehört aber zum Wesen einer Debatte. Wir haben ganz begeisterte Reaktionen vernommen. Eine britische Zeitung schrieb z. B., es seien luzide, geradezu philosophische und erstmalig kohärente Vorstellungen über den weiteren Fortgang der europäischen Einigung. In Frankreich gab es eine sehr intensive, nach wie vor andauernde Debatte. Übrigens hat sie genau jene Schwierigkeiten aufgezeigt, die bei den Formulierungen unseres Papiers durchscheinen. Der Punkt, der allenthalben kritisiert worden ist, ist kein inhaltlicher, sondern ein formeller, die Methode, das Verfahren betreffend, nämlich die Nennung von Namen. Aber viele haben auch erkannt, daß wir ohne Namensnennung eine solch intensive Debatte kaum erreicht hätten.

Was Italien angeht, so steht das, was wir geschrieben haben, seit langem in

den Wirtschaftsteilen sämtlicher europäischer Gazetten. Wir haben den Kern definiert. Wir haben gesagt, der Kern ist jene Gruppe, die unter der Grundannahme variabler Geometrie, also unterschiedlicher Integrationsdichten, von den Ländern gebildet wird, die an allen Politikbereichen teilnehmen. Das sind – neben den bestehenden vergemeinschafteten – in der Zukunft vor allem die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der wir einen besonderen Stellenwert beigemessen haben: Nimmt man *alle* diese Bereiche, so gelangt man schnell zu dem Ergebnis, daß aus heutiger Sicht dem solchermaßen definierten Kern nur fünf Länder angehören werden, weil nach menschlichem Ermessen – und darüber gibt es nirgendwo unterschiedliche Auffassungen – sich Italien und auch Spanien leider nicht sofort an der Währungsunion beteiligen können.

NG/FH: Dennoch wurde unterstellt, das Papier sei gegen die ökonomische Instabilität Italiens, die Obstruktion der Briten und die Rollenprobleme der Franzosen gerichtet.

K. L.: Es ist ganz eindeutig nicht gegen jemand gerichtet. Wir können alle Länder durchgehen: zunächst einmal Italien. Als diese Regelung für die Währungsunion gefunden wurde, habe ich mich doch erkundigt, wie diese in Italien durchzuhalten sei, wenn es darauf ankommt. Nicht zuletzt Giulio Andreotti gehörte zu den Betreibern. Er hat gesagt: »Macht das so. Denn das ist die beste Möglichkeit, wie ich meine Landsleute dazu bekomme, das zu tun, was unerlässlich ist.« Die Reaktionen in Italien auf unser Papier waren daher auch keineswegs durchweg negativ. Wirtschaftler, Zentralbanker und auch Politiker haben betont, die Lage in Europa sei leider so, wie es die Deutschen in unserem Papier gesagt hätten.

Und französische Freunde haben mir begeistert geschrieben, dies auch sinngemäß öffentlich gemacht und dabei lediglich leise Kritik an der Namensnennung Italiens geübt. Sie haben aber auch gesagt, daß dies nicht entscheidend sei. Ich habe ihnen geantwortet: In gewisser



Karl Lamers, CDU-MdB

Hinsicht gehört Italien nicht nur zum harten Kern, sondern virtuell *ist* Italien der harte Kern Europas, denn Italien ist die Heimat unserer gemeinsamen Kultur. Und die Kultur ist ja wohl noch wichtiger als Waffen und Geld.

NG/NG: Es findet sich in dem Papier aber auch die Formulierung vom »Kern des Kerns«, die die geplante Konzentration auf Deutschland und Frankreich als hartem Kern ausdrücklich hervorhebt. Zudem findet sich die Aussage, der Kern dürfte nicht abgeschlossen sein für Länder, die willens sind, alle Anforderungen zu erfüllen. Es drängt sich die Frage auf, wer bestimmt die Aufnahmekriterien? Soll es sich um wirtschaftliche oder politische Kriterien handeln?

K. L.: Es steht klar und unzweideutig drin: *Kern* sind die Länder, die an allen Politikbereichen sich beteiligen wollen und können. In der Regel hängt es nur vom *Willen* ab. Aber was die Währungsunion angeht, so hängt es von der Erfüllung der Konvergenzkriterien ab, die ja

keine Erfindung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind.

Was nun Frankreich und Deutschland angeht, so ist es eine unbestrittene Erfahrung und Tatsache, daß ohne ein deutsch-französisches Einvernehmen sich in Europa leider wirklich noch nie etwas hat bewegen lassen. Wir haben auf eine Gefahr hingewiesen, die man sehen muß, wenn man sich näher mit dem Zustand der Union befaßt und intensiv mit Leuten aus allen Beitrittsländern redet. Es ist die Gefahr, daß eine *Südwestgruppe* sich bildet unter der Führung von Frankreich und eine *Nordostgruppe* unter einer – wie manche meinen – «natürlichen» Führung durch Deutschland. Das wäre aber verhängnisvoll.

NG/FH: Wie schätzen Sie die Gefahr ein, daß die These der Kernbildung eine Stimmung schafft, die weniger Integration, sondern eher das Gefühl der Ausgeschlossenheit befördert?

K. L.: Die schätze ich nicht nur nicht geringer ein, sondern im Grunde halte ich

sie für gar keine Gefahr. Es ist lediglich eine Behauptung derjenigen, die das nicht wollen, weil sie sich nicht dazu entschließen können, den Kern zu verhindern oder an ihm teilzuhaben. Das gilt vor allem für Großbritannien.

Wie ist denn die gesamte Entwicklung in Europa verlaufen? Zunächst gab es einen Kern von sechs Ländern. Dann haben die anderen versucht, eine Alternative zu entwickeln, die EFTA, die sich sehr schnell als nicht hinreichend lebensfähig erwiesen hat, um den Anforderungen, die an sie gestellt waren, gerecht zu werden. Dann hat man den EWR erfunden, der schon tot war, bevor er überhaupt in Kraft getreten ist.

Welche tiefere Ursache und damit auch welche Idee steckt hinter dem Kern? Wenn eine nicht zu kleine Gruppe von Ländern eine besonders intensive Form der Integration wählt, nicht nur eng zusammen arbeitet, sondern eine gemeinsame Politik betreibt, dann schafft diese Gruppe Fakten, die für die anderen,

»Das Echo war nicht negativ, sondern kontrovers«, rechts Elke Völmicke



die je unterschiedliche Politiken betreiben, bestimmend sind. Dann müssen sie sich anschließen. Das war doch bei dem Beitritt Großbritanniens ganz deutlich. Die Briten hatten erkannt, wenn sie draußen sind, werden sie marginalisiert. Deswegen wollten und mußten sie teilnehmen. Wer nicht mitmacht, wirkt auch nicht mit. Die Kernländer bestimmen also die Richtung.

NG/FH: Da die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der EU bereits offensichtlich sind, bedarf es da einer Institutionalisierung, die auch Verfestigung bedeutet, durch die Kernbildung?

K. L.: Institutionalisieren wollen wir den Kern nicht. Sie können das Ganze auch mit dem berühmten Bild, das Kanzler Kohl gerne gebraucht, beschreiben: das langsamste Schiff darf nicht das Tempo des gesamten Begleitzuges bestimmen. John Major hat dagegen davon gesprochen, daß er dem einen Teil der *variablen Geometrie* durchaus zustimme (übrigens die Skandinavier auch!), aber nicht einer Kernbildung. Das ist jedoch ein Widerspruch in sich. Wie will er denn verhindern, wenn diese Methode – wie jetzt schon bei der Währungsunion allgemein zugelassen wird –, daß es einige Länder gibt, die mehr kooperieren als andere und sich an allen Politikbereichen beteiligen? Und wer das sein wird, ist wohl auch klar. Hoffentlich wird die umfassende Kooperation auch sehr schnell Italien mit einschließen. Denn natürlich würde Italien in den Fragen der äußeren wie inneren Sicherheit voll mitmachen wollen. Spanien ebenso. Und wenn diese Länder die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden haben, dann machen sie auch bei der Währungsunion mit, die allerdings eine Schlüsselfunktion hat.

Im übrigen gilt, wer für eine *Opting-out*-Klausel ist, der kann nicht gut gegen eine *Opting-in*-Klausel sein. Was legitimiert die Länder, die nicht so schnell vereinigen wollen oder können wegen interner Schwierigkeiten, anderen Ländern das Marschtempo aufzudrücken? Hier liegt doch der Kern des Problems.

NG/FH: Existieren denn zu dem Stichwort *institutionelle Weiterentwicklung*

konkrete Vorstellungen, in welchem politischen und institutionellen Rahmen sich dieses Prinzip der *variablen Geometrie* abspielen soll?

K. L.: Was die Institutionalisierung der Methode der *variablen Geometrie* angeht, so haben wir gesagt, daß sie *erstens* zu institutionalisieren sei, weil es sonst gewissermaßen Wildwuchs außerhalb des Vertrages gibt. Das *Schengener Abkommen* ist ja ein solches Beispiel dafür. Die WEU ist auch noch nicht in den EU-Vertrag überführt. Das alles müßte geordnet, d. h. institutionalisiert werden. Das heißt, man sieht vertraglich vor, daß eine noch zu bestimmende Zahl von Ländern neue Politikbereiche gemeinschaftlich betreiben, ohne daß andere, die sich noch nicht beteiligen mögen, das verhindern können; also Aufgabe des Konsensprinzips für Vertragsänderungen.

NG/FH: Bestünde da nicht die Gefahr, daß Entscheidungsprozesse noch unübersichtlicher oder undurchschaubarer werden für den Bürger?

K. L.: Ich glaube, das ist ein grundsätzliches Problem. Deswegen haben wir auch gefordert, daß man ein klares Dokument abfaßt und nicht nur ein ästhetisches Monstrum wie den Maastrichter Vertrag. Darin müßte man die Methode der variablen Geometrie regeln. Die Unübersichtlichkeit der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union würde dadurch nicht größer werden. Entscheidend ist doch, daß die Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Organen in der Union klar geregelt werden.

Das eigentliche Problem ist anderer Natur. Wer entscheidet mit in den Bereichen, in denen sich nicht alle beteiligen? Aber das Problem haben wir auch jetzt schon; bei der Währungsunion. Wer will etwa das Europäische Parlament daran hindern, zu Fragen der Währungspolitik eine Entschließung zu fassen? Insofern ergibt sich prinzipiell jetzt schon das Problem. Im Zentrum steht das Europäische Parlament, während im Rat eine Regelung ohne größere Schwierigkeiten denkbar ist, dernach nur die Minister abstimmen, deren Länder an den jeweiligen Abstimmungen teilnehmen.

NG/FH: Dann gäb es ja ein Kernparlament und Nebenparlamente ...

K. L.: Nein, das kann und wird es nicht geben, obwohl ich Ihnen zugeben muß, daß die weitere demokratische Gestaltung der Europäischen Union wohl das rechtlich schwierigste Problem ist. Es wird in der Tat durch unsere vorgeschlagene Methode verschärft. Aber es gibt ein interessantes Beispiel: Die eingeschränkte Stimmberechtigung der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag bis zur Wiedervereinigung.

NG/FH: Die Formulierungen zur »Kernbildung« klingen aber doch sehr hermetisch. Vielleicht ist es auch nur ein schlecht gewähltes Bild, das nicht unbedingt den Vorläufigkeitscharakter suggeriert.

K. L.: Ich gebe zu, daß das Papier zum Teil knapp gefaßt ist. Ein Dokument von 14 Seiten erzielt außerordentlich selten öffentliche Wirkung. Jetzt haben wir aber eine Debatte erzielt, worüber sich doch all jene freuen dürften, die immer zurecht beklagt haben, daß wir keine europäische Öffentlichkeit haben, die Diskussionen immer nur hinter verschlossenen Türen stattfänden. Der Zustand war ja auch wirklich geradezu grotesk. Sogar bei den Europawahlen haben wir allenthalben – in Deutschland wie in Großbritannien, Frankreich, in den Niederlanden, in Spanien wie in Italien – nur über die nationalen Politiken, über die Regierungen diskutiert und *nicht* über Europa. Jetzt reden wir wenigstens überall in Europa zur gleichen Zeit über dasselbe Thema. Deswegen nehme ich auch gerne die eine oder andere Schelte in Kauf, aber nicht jene, ausgerechnet mich, einen deutschen Rheinländer, einen Verächter Italiens zu nennen. Ich kann mir Europa eher ohne Deutschland oder Großbritannien als ohne Italien vorstellen.

NG/FH: Aber es gab doch auch in Frankreich erhebliche Einwände, die sich auf *drei* wichtige Punkte reduzieren lassen: *Erstens* sei die Namensnennung vom Stil und von der Art und Weise her ziemlich unmöglich: nach Ländersympathien statt nach qualitativen Kriterien vorzugehen. *Zweitens* sei die Befürch-

tung vorhanden, Frankreich eine Juniorpartnerrolle zuzuweisen. Und *drittens* sei die Aufforderung, die Franzosen sollten ihre Interessenpolitik definieren, hier und da als Anmaßung empfunden worden. In diesem Zusammenhang wurde Ihnen auch ein Beitrag in *LE MONDE* angelastet, in dem es sinngemäß hieß: »Warum fürchtet Ihr Euch vor uns? Ihr alle zusammen seid doch viel stärker als die Deutschen.«

K. L.: Qualitative Kriterien haben wir genannt. Außerdem ist es schlicht falsch, von einer einhelligen Ablehnung zu sprechen. Ich kann Ihnen die Artikel zeigen. Auch in deutschen Zeitungen haben ja Franzosen dazu geschrieben. Ein französischer Kollege hat übrigens geschrieben: »Wie wäre es, wenn wir Deutschland beim Wort nähmen?« Ich habe ihm geantwortet: »Wohlauf, tut das!«

Jetzt kommen wir zu dem *zweiten* Punkt der Kritik. Den muß ich leider ernst nehmen. Richtig ist zunächst einmal, daß dieses Papier ein Appell an Frankreich ist. Ein Autor schrieb dazu in *LE MONDE*, »Die Deutschen – wie in diesem Papier der CDU/CSU-Fraktion deutlich wird – sind weit davon entfernt, sich über die Schwäche Frankreichs zu freuen, sondern sie sind besorgt. Sie schlagen uns einen Weg vor, der allerdings revolutionär ist: nämlich ein föderatives Europa, das freilich die Aufgabe unserer Identitätsideologie bedeutete.« Das sehe ich als überspitzt an. Aber ich weiß, daß in der Tat das eigentliche Problem in Frankreich, soweit es rational faßbar ist, die Furcht vor dem Verlust der nationalen Identität ist.

Was dahinter steckt, ist eine Unsicherheit mit vielen Ursachen. Ich beobachte die Entwicklung seit langem und sehe das, was ich einen »regressiven Nationalismus« genannt habe, gerade auch in Frankreich – denken Sie an die Referendumskampagne. Das hat Ursachen, die insofern in Deutschland begründet liegen, als mit der Wiederherstellung nicht nur unserer Einheit, sondern mehr und wichtiger noch; mit der Erweiterung unseres Bewegungsspielraums durch das Ende der Ost-West-Konfrontation, das

Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich – die Balance – aus französischer Sicht gestört erscheint.

Das ist verknüpft mit der Befürchtung eines Abdriftens, die Osterweiterung könnten wir ohne Vertiefung wollen, was in der Tat einen Machtzuwachs für Deutschland bedeutete. Aus all diesen Gründen haben wir gesagt: das wollen wir nicht. Wir wollen nicht nur erweitern, sondern auch vertiefen. Wir haben das mit unserem fundamentalen Interesse begründet, um es glaubhaft zu machen. Wir brauchen Frankreich nicht weniger, sondern mehr als vorher. Aber Ihr müßt Euch schon entscheiden. Daß man das nicht gerne hört, verstehe ich.

NG/FH: Aber ist denn das Kerneuropa-Papier nicht gerade die Notbremse gegen die Unmöglichkeit, gleichzeitig *erweitern* und *vertiefen* zu wollen?

K. L.: Nein, wir haben das einzige kohärente Konzept für eine Vertiefung *und* Erweiterung. Wir sagen nämlich in der Analyse, wenn es keine Vertiefung *vor* der Erweiterung gibt, dann ist die Verwässerung der Gemeinschaft unvermeidlich. Dann werden wir Gruppenbildungen bekommen. Dann würde im übrigen auch Deutschlands nationale Macht, Deutschlands nicht europäisch orientierte Macht noch zunehmen. Das kann man am Beispiel des Geldes deutlich machen.

So kann man das ganze Papier auch als einen Versuch verstehen, unsere grundsätzliche außenpolitische Position klarzumachen. Kann es denn für Frankreich etwas Beruhigenderes oder Besseres geben?

NG/FH: Es gibt aber auch Kritiker aus Osteuropa, die sagen, eigentlich müßte doch bei der EU die Stabilisierung des Ostens im Vordergrund stehen und nicht eine Kernentwicklung.

K. L.: *Erstens* haben die Kritiker von den internen Gegebenheiten in der heutigen Europäischen Union verständlicherweise nicht genug Ahnung, wie ich immer wieder feststelle. *Zweitens*, sofern sie das Papier richtig gelesen haben, haben sie sehr wohl erkannt, daß es in ihrem Interesse ist. Ich könnte Ihnen auch einen Außenminister nennen, der das un-



»Wir brauchen Frankreich nicht weniger, sondern mehr.«
Fotos: Kornelia Danetzki

serem und dem französischen Außenminister gesagt hat. Das Ganze kann man ja auch lesen unter dem Aspekt des Ziels: *Osterweiterung*. Wir haben ausdrücklich geschrieben, das eine bedingt das andere. Dieser eindeutige Satz ist nirgendwo beachtet worden. Nirgendwo ist der Versuch unternommen worden – mit Ausnahme von britischen Zeitungen, allerdings auch einigen französischen Kommentaren –, den Gesamtkontext zu sehen.

Nehmen wir zunächst einmal die heutigen Mitglieder in der EU und das, was im Maastrichter Vertrag verhandelt wurde, vor allem die Währungsunion, die Außenpolitik, die Sicherheit und Verteidigung, die innere Sicherheit auch. Wir haben geschrieben, nicht nur die Osteuropäer, sondern auch wir, die heutigen Mitglieder, müssen etwas ändern. Ich habe sogar die Kühnheit besessen, die Agrarpolitik mit einzubeziehen.

Zweitens müssen wir lange Übergangsfristen schaffen. Wir müssen überlegen, wo könnten diese Länder in den heute schon vergemeinschafteten Bereichen teilnehmen, wenn wir die Erweiterung nicht *ad calendas graecas* hinauschieben wollen? Das Instrument *variable Geometrie* ist im Blick auf die Osterweiterung unerlässlich. Die Polen werden bei der Verteidigung an der vorder-

sten Front mitmachen. Aber daß sie bei der Währungsunion sobald nicht teilnehmen können, ist wohl ebenso klar. Das ist umgekehrt, etwa im Falle Finnlands oder Österreichs. Die Finnen, die nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Gründen in die EU wollten, werden sich nichtsdestoweniger aus Gründen, die ich absolut verstehe und akzeptiere, nicht sofort besonders prononciert beteiligen. Auch die Iren waren etwas verärgert. Ich habe ihnen gesagt, ihr seid herzlich willkommen, wenn ihr euch bei der Verteidigung beteiligt. Aber ihr sagt, ihr seid neutral, *whatever that means* heutzutage. Gerade im Blick auf die ostmitteleuropäischen Länder präsentieren wir den weitestgehenden und konkretesten Vorschlag, der jemals gemacht wurde.

Der tschechische Ministerpräsident hat dagegen eine andere Vorstellung von Europa als seine östlichen Nachbarn. Wie bei John Major gefällt ihm ein Teil der variablen Geometrie, ein anderer, der die politische Union zum Gegenstand hat, mißfällt ihm. Dadurch befindet er sich in einem ähnlichen Dilemma wie die Briten.

NG/FH: Was passiert nun mit dem Papier? Bringen Sie das in der Fraktion oder bei den Koalitionsverhandlungen ein?

K. L.: Das ist kein Papier, das geeignet wäre für irgendwelche Beschlußfassungen. Es sollte eine Debatte anstoßen. Und nun kommt es darauf an, diese Diskussion auch in Deutschland zu führen, vor allem auch zwischen den politischen Kräften in unserem Lande. Ich gebe zu, daß durch die Bundestagswahl hier eine gewisse Verfälschung stattgefunden hat. Nicht nur Peter Glotz hat sofort gesagt, das muß man ernst nehmen und sich mehr oder minder damit identifizieren, sondern auch Oskar Lafontaine. Und ich erinnere daran, daß Willy Brandt 1974 in Paris mit großem Echo genau denselben Gedanken vorgetragen hat. Wer hat denn einen anderen Vorschlag gemacht? Niemand! Es kommt in der Tat auf Frankreich und uns an. Daß die Franzosen auf uns ausgerichtet sind, das möchte ich ebenso wie umgekehrt, daß

wir auf Frankreich ausgerichtet sind. Auch wir haben unsere Schwächen. Bei der Währungsunion wird es darauf ankommen, Farbe zu bekennen. Alles, was jetzt in Frankreich gesagt wird, das geschieht auch und vor allem unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Präsidentschaftskandidatur. Je nachdem, wer der Präsidentschaftskandidat und dann Präsident wird, werden sich die Dinge in Frankreich völlig neu ordnen.

GERHARD SCHMID

Gebrauchsanweisung für Kerneuropa

Das vom Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag präsentierte Thesenpapier zur weiteren Entwicklung Europas hat mehr an Debatte verursacht, als es verdient. Dies hängt zweifellos mit dem Zeitpunkt zusammen, zu dem es öffentlich präsentiert wurde. Mitten im nationalen Wahlkampf mußte es naturhaft einen Gegenreflex anderer Parteien jenseits der Inhalte auslösen. Zur Halbzeit der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union bekam es bei den Partnern in Europa ein Gewicht, das weit über den eines normalen Diskussionsbeitrages hinausging. Es provozierte deshalb sofort eine Abwehrhaltung der vom *Kerneuropa* ausgeschlossenen Länder. Für die EU-Gegner in den skandinavischen Ländern ist dieses Papier vor den Volksabstimmungen über den EU-Beitritt ein Göttergeschenk – verweist es doch die Beitrittskandidaten geschmackvollerweise sofort auf die billigen Plätze. Bei Insidern der Europapolitik in Deutschland ist deshalb genauso wie bei den französischen Partnern die Frage aufgetaucht, was sich hinter diesem Manöver an »Trickreichem« verberge. Niemand im

französischen Außenministerium vermag sich vorzustellen, daß Teile der Macht-elite Deutschlands europapolitisch so dilettantisch handeln können. Diese Irritationen gibt es übrigens laufend – soviel zur Homogenität der politischen Kultur im vorgeschlagenen deutsch-französischen Nobelkern von Kerneuropa! Aber auch in Deutschland sind ob dieser unprofessionellen Präsentation Zweifel entstanden, was das denn eigentlich wirklich solle. Einige meinen, es handle sich um einen besonders intelligenten Plan des Nationalisten Schäuble, deutsche Hegemonie in Europa zusammen mit anderen herzustellen, wenn es denn für eine Alleinherrschaft nicht reiche. Bei aller Liebe für Verschwörungstheorien: das Papier ist in Wahrheit vom außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Lamers geschrieben worden. Der steht aber bei Freund und Feind gleichermaßen außer Verdacht, ein Nationalist zu sein. Also nehmen wir ernüchtert zur Kenntnis: Es handelt sich bei der Präsentation wirklich um Dilettantismus. Die außenpolitische Elite der CDU sollte einen Anfängerkurs an der *Ecole Nationale d'Administration* belegen, bevor sie Pressekonferenzen gibt!

Trotzdem stellt sich jetzt die Frage, warum das Lamers-Papier außerhalb der CDU nicht rundum abgelehnt wurde. Die Antwort ist einfach: weil es teilweise politisch Verdrängtes aufgegriffen und Schwachstellen der bisherigen EU-Konstruktion offensiv angeprangert hat! Vordergründig ist Richtiges gesagt worden. Daß die Dinge bei genauerer Betrachtung anders als im Papier beschrieben liegen, interessiert in der ersten Begeisterung über den angeblichen Bruch von Tabus niemanden. Inzwischen ist begriffen worden, daß die beim Maastricht-Vertrag gewählte Vorgehensweise der Verhandlungen zwischen Regierungen ohne Beteiligung der Bevölkerung politisch sich erschöpft hat und nicht wiederholbar ist. Beim nächsten Mal würde die Prozedur der Kammingespräche von Staats- und Regierungschefs scheitern. Deshalb ist eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas notwendig. Das Lamers-Papier wird als ein Beitrag zu dieser überfälligen Debatte verstanden. Seine Vorschläge wären an sich stimmig, wenn man die zugrundeliegende Analyse und Zielsetzung von Europapolitik teilt. Beidem widerspreche ich energisch.

Die Analyse der Lage und die Be-

Luxemburg im Oktober 1994: Gruppenfoto der 21 EU-Kommissare

Foto: dpa



schreibung deutschen Interesses an Europa sind nicht voraussetzungslos, sondern interessengeleitet entstanden. Man sieht dem ganzen Papier an, daß es ‚rückwärts‘ geschrieben wurde – von gewünschten Ergebnissen hin zu einer dafür gesuchten Begründung. So wird behauptet, die Ursache für eine mögliche Krise Europas sei »eine Überdehnung der Institutionen«. Damit wird durch die verwendete Begrifflichkeit unterstellt, die oft beobachtete und kritisierte Handlungsunfähigkeit Europas hänge mit einer bereits zu großen Anzahl von Mitgliedstaaten zusammen. In Wahrheit geht die Blockade vom Einstimmigkeitsprinzip aus. Es blockiert Entscheidungen – gleich ob einer von sechs oder einer von sechzehn Staaten nein sagt. Das Übel läßt sich nur mit demokratischer Mehrheitsentscheidung beheben, nicht mit einer Verkleinerung auf einen Kern. Oder es wird unterstellt, daß es eine »zunehmende Differenzierung« ökonomischer Interessen gebe. In Wahrheit ist dies keine neue schicksalshafte Entwicklung. Das hat es immer gegeben. Neu ist nur, daß nationale Politiker in Deutschland und auch in Frankreich den Finanztransfer für einen fairen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern in Zukunft nicht mehr leisten wollen. Wer heimlich einen Club von Pfeffersack-Staaten haben will, landet beim sogenannten Kerneuropa als Tarnbegriff.

Für Lamers ist Europapolitik ein Instrument deutscher Außenpolitik. Dies wird deutlich, wenn Deutschlands Interesse an Europa vorrangig als Versicherung gegen einen Rückfall »in seine alte Mittellage« beschrieben wird. Das unterstellt, ein bindungsloses Deutschland treibe, souverän nach der Einheit, auf dem europäischen Kontinent steuerlos herum und müsse nun zu jedermanns Schutz in den Kern einer um die osteuropäischen Staaten erweiterten Union eingebettet werden. Im Klartext: die jetzt existierende Europäische Union und die NATO hätten mit der Verwirklichung der deutschen Einheit ihre Einbindungswirkung verloren. Da wird mit außenpolitischen Begriffen aus der Vorkriegszeit

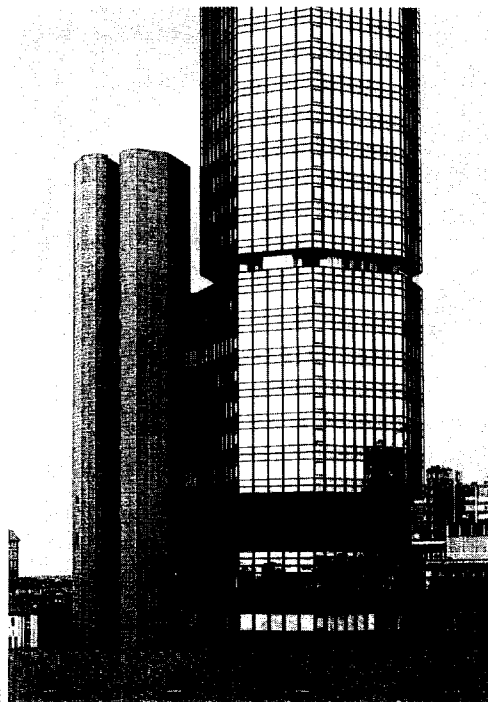
auf ein vorher bestimmtes Ziel hin hantiert. Es ist typisch, daß die gemeinsame Bekämpfung des organisierten Verbrechens, die Migrationspolitik, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder eine gemeinsame Sozialpolitik nicht als deutsches Kerninteresse gelten, sondern »vor allem für die Akzeptanz der Bürger« wichtig ist.

Nun wird eingewandt, es gäbe ja schon verschiedene Geschwindigkeiten der Entwicklung innerhalb der Europäischen Union. Als Beispiele werden immer wieder das *Schengener Abkommen* und die Bestimmungen über die Währungsunion genannt. Das sind falsche Beispiele. Das Problem besteht ja nicht in der Existenz einer engeren Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Maastricht-Vertrag ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Währungsunion nur zwischen den Staaten errichtet wird, die spätestens 1999 bestimmte wirtschaftliche und finanzpolitische Anforderungen erfüllen. Im Unterschied zu Lamers' *Kerneuropa* waren bei Vertragsabschluß aber *alle* damit einverstanden, daß einige vielleicht nicht dabei sein werden. Ähnlich ist die Lage beim *Schengener Abkommen*. Es wurde abgeschlossen, *bevor* die Europäische Union mit dem Maastricht-Vertrag die bisher dort behandelten Fragen zum Gegenstand gemeinsamen Interesses erklärte. Es kommt also bei der Bewertung von »Kernbildung« entscheidend darauf an, ob es sich um eine Ausnahme oder einen Dauerzustand handelt, ob es um einen Politikbereich des Europäischen Vertrags geht und ob das Ganze mit Zustimmung aller stattfindet. Rechtlich sind solche Kernbildungen möglich, politisch spalten sie die Europäische Union.

An das Konzept vom Kern wurde gleichzeitig die Idee der »variablen Geometrie« gebunden. Es meint, daß Staaten Mitglied der Europäischen Union sein können, ohne sich an allen Politikbereichen zu beteiligen. Was den Briten bei der Sozialpolitik als Ausnahme erlaubt wurde, soll Methode werden. Ganz abgesehen von den rechtlichen Problemen: Die Menschen haben heute schon größte



Die Bank mit den guten Verbindungen.



Landesbank Hessen-Thüringen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen ist aufgrund ihrer Finanzkraft, Erfahrung und des umfassenden Spektrums von Produkten und Dienstleistungen in allen Sparten des Bankgeschäfts eine der ersten Adressen. Und der richtige Ansprechpartner für die Finanzierung öffentlicher und gewerblicher Investitionen, für das Firmenkunden- und Immobilien-geschäft, für Außenhandelsfinanzierung und erfolgreiche Kapitalmarkt-Strategien für institutionelle und private Anleger.

Helaba Frankfurt
LANDESBANK HESSEN-THÜRINGEN

**Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Frankfurt/Erfurt**

Amsterdam, Berlin, Budapest, Darmstadt, Dublin,
Düsseldorf, Kassel, Leipzig, London, Luxemburg,
New York, Prag, Stuttgart, Warschau und Zürich.

Helaba Frankfurt.
Die Bank mit den guten Verbindungen.

 **Finanzgruppe**

Schwierigkeiten, das Durcheinander von Europarat, Rat und Europäischem Rat zu verstehen. Die Entscheidungsabläufe sind heute schon so kompliziert, daß ein Wähler einen Privatdetektiv braucht, um herauszufinden, wer für was in einem europäischen Gesetz verantwortlich ist. Die Reform der Europäischen Union 1996 muß sie einfacher und verständlicher für die Bürger machen. Mit der Einführung einer »variablen Geometrie« würde sie vollends undurchschaubar.

Das Konzept von Lamers kann eigentlich nur funktionieren, wenn lediglich die Regierungen handeln. Sobald es Kontrolle und Gesetzgebung durch ein Europäisches Parlament gibt, kann ein integriertes Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten nicht funktionieren. Denn es gibt nur *ein* Parlament und nicht ein Kern- und viele Nebenparlamente. Und es kann auch nicht angehen, daß Abgeordnete Gesetze mißbeschießen, die in ihren Herkunftsländern nicht gelten. So etwas kann ausnahmsweise für kurze Zeit angehen, wie etwa bei der Sozialpolitik im Falle Großbritanniens. Aber als Dauerzustand ist das unmöglich. Europapolitik ist für Lamers offensichtlich immer noch klassische Außenpolitik, und da handeln meist Regierungen und nicht ein Parlament. Verwirklicht sich sein Konzept, dann sind alle irgendwie eingebunden in einem Europa, das nicht demokratisch ist.

Von den meisten unbeachtet ist neben der Kerntheorie und der »variablen Geometrie« ein dritter Sprengsatz für die Europäische Union in den Lamers-Vorschlägen enthalten. Er will Europa gleichgewichtig neben Rußland und Amerika als »maßgeblichen Ordnungsfaktor des Kontinents«. Dafür will er eine Europäische Union, mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik, ausgestattet mit einem europäischen Militärbündnis, dem *alle* Staaten angehören. Aus diesem Grund sollen Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien so schnell es geht beitreten. Dies erfordert neben langen Übergangsfristen beim Wirtschaftsrecht und einer »variablen Geometrie« auch »Ände-

rungen in verschiedenen Politikbereichen der Union, vor allem in der Landwirtschaft«. Diese harmlose Formel meint folgendes: Wenn die Beitrittsländer beim Agrarfonds, Sozialfonds und Regionalfonds genauso behandelt werden wie z.B. die Griechen, die Portugiesen und die Iren, dann sind die Beitritte nicht finanzierbar. Deshalb muß der Finanzausgleich zwischen Nord und Süd soweit zurückgeschraubt werden, daß die reichen Staaten sich den Süden und den Osten gleichzeitig leisten können.

Europa muß also rechtzeitig beginnen, öffentlich über die Reform im Jahre 1996 zu reden. Dabei darf das Problem der Blockade einer Weiterentwicklung durch das Veto eines Staates nicht verdrängt werden. Die vom Außenpolitiker Lamers gemachten Vorschläge für eine neue Architektur Europas sind zur Lösung aber ungeeignet.

PETER GLOTZ

Die Festigung des Kerns

Selbstkritische Bemerkungen zur Architektur Europas

Europa steckt, spätestens seit den Selbsttäuschungen von Maastricht, in einer schweren Krise. Im entscheidenden Wahlkampf des größten europäischen Volkes, der Deutschen, gab es aber keine große außenpolitische Kontroverse. Schon dies sagt einiges über unsere »zunehmend anachronistisch agierende Politik« (Wolf Lepenies). Die Ausnahme war eine kurz aufflackernde Debatte über *Kerneuropa*, ausgelöst durch »Überlegungen zur europäischen Politik« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Aber *erstens* hatte Wolfgang Schäuble, der Stratege der schwankenden Volkspartei Union, die Thesen seines Außenpolitikers Lamers unvorsichtig vergrößert, und *zweitens* hatte die Opposition kein ande-

res Interesse, als Schäuble in der Ecke einzukesseln, in die er sich selber begeben hatte, in der nationalen. Da spielte es keine Rolle mehr, daß Lamers mit seiner Adenauerschen Obsession französisch-deutscher Sonderbeziehungen gerade den Nationalkonservativen in der eigenen Partei in die Parade fahren wollte. Es gab eine Woche Zank – und dann Grabesruhe.

Das aber ist gefährlich; denn Europa muß sich rühren. Entweder gelingt eine handlungsfähige Europäische Union, dann muß sie in den Grundzügen in den Jahren direkt nach 1996 errichtet (oder: konsolidiert, in Fahrt gebracht) werden. Mißlingt der Versuch, käme Hagen Schulzes wüste Utopie zum Zug: »Wir Nachlebenden bewohnten dann einen Kontinent, dessen einstige Lebensform nur noch hier und da unter der Asche glühte, in den barbarischen Bürgerkriegen und Stammeskämpfen, die das ehemals stabile Staatensystem zeretzten, während in Wahrheit die Erben Europas – Amerika, Japan, China, vielleicht Rußland – längst die Weltherrschaft angetreten hätten und die umliegenden Staaten der Dritten Welt auf ihre Chance warteten, über die immer noch reichen, aber leblosen Überreste ihrer Beherrscher von einst herzufallen.« Ein ordentlicher Pragmatiker wischt solche Phantasien mit einem mutigen »Unsinn« vom Tisch. Und doch sind – derzeit – die schwarzen Ängste realistischer als die Hoffnung, daß nach den Blaupausen der professionellen Europäer große Gebäude errichtet werden könnten. Uns Europäern fehlen nicht nur »Visionen«, sondern schon ein Bau-Plan, eine Handskizze.

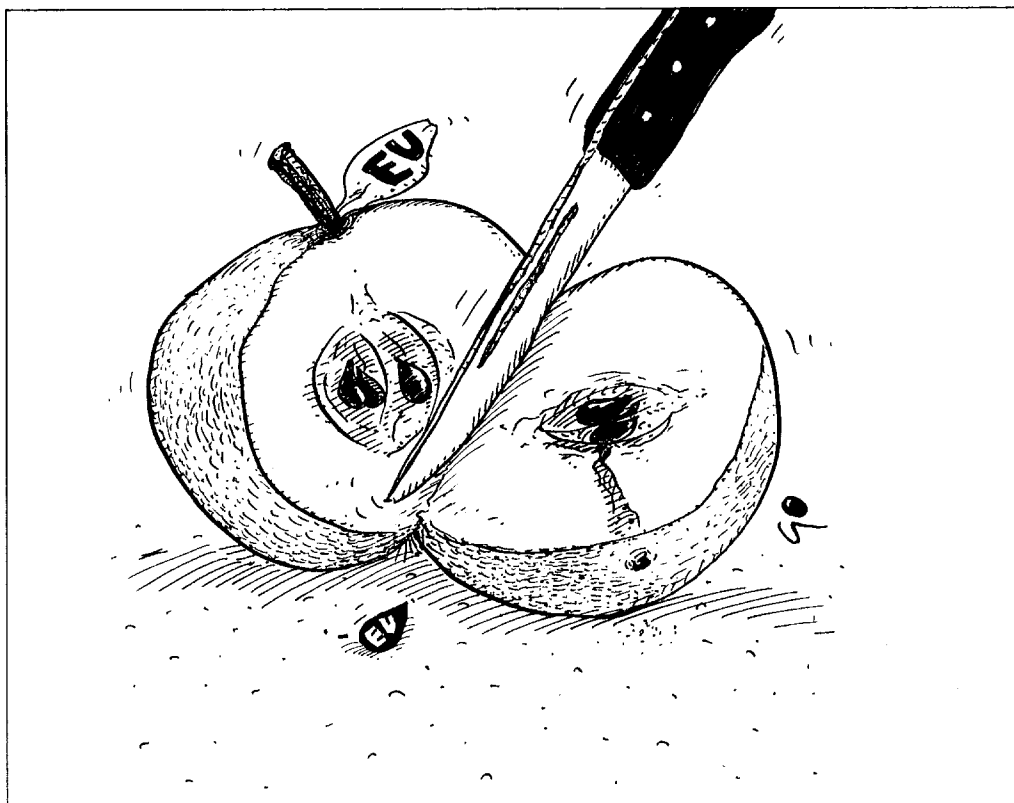
Die europäische Krise

Seit die Abschreckungs-Klammer gebrochen ist, wird Europa von einem neuen Partikularismus geschüttelt. Das zeigt sich nicht nur im Entstehen neuer Staaten, deren Lebensfähigkeit zweifelhaft ist und deren ethnopathetische Führer (von Meciär bis Tadjman, von Meri bis Izetbegovic oder Karadzic) aus purem Überlebenswillen mit dem Feuer des

Massennationalismus spielen (müssen). Auch konsolidierte Staaten (Griechenland, Polen, Rumänien) werden von fundamentalistischen Fieberanfällen geschüttelt. Und in den großen westeuropäischen Gesellschaften bildet sich eine immer stärker werdende Rechte aus, die – eher nostalgisch und wirtschaftsfremd als geopolitisch zynisch – diesen »regressiven Nationalismus« feiert und fördert. Man denke in Deutschland, um von den gebildeten Enthusiasten des Feuilletons zu schweigen, an die einflußreichen Publizisten Johann Georg Reißmüller, Herbert Kremp und Carl Gustaf Ströhm. Da diese Tendenzen zudem auf immer brüchiger werdende Parteistrukturen (Berlusconi, Haider, die flämisch-wallonischen Konflikte) einwirken, ist die Lage wackelig.

Denn es ist schlicht unrealistisch, darauf zu hoffen, daß – falls die Europäische Union scheitert – eben »der Nationalstaat« als Bollwerk der Ordnung übrig bleibt. Jean-Marie Guehenno, der langjährige Planungschef des Quai d'Orsay, hat gezeigt, wie in einer Epoche der Vernetzung die Zwänge und Bequemlichkeiten der Geografie aufgehoben werden: »Der territoriale Augenschein ist überholt.« Die Zersetzung der Staatlichkeit ist weit fortgeschritten; Claus Koch spricht von »verwelkender Staatlichkeit«. Unternehmen wie Siemens, Philips oder Fiat können nicht mehr mit einem deutschen, holländischen oder italienischen Patriotismus überleben; sie sind nur noch »national ausgeflaggt« (Koch), aber längst international. Was den Nationalstaaten bleibt, ist – zynisch gesagt – das untere Drittel ihrer Zweidrittelgesellschaften zur sozialen Versorgung – oder Disziplinierung. Der Handlungsspielraum zu ökonomischen, ökologischen und kulturellen (zum Beispiel medienpolitischen) Reformen ist zu gering.

Auch liegt die wirtschaftliche Zukunft Europas, selbst der »reichen« Westeuropäer, im Dunklen. Deutschland hatte 1970 150 000 und hat heute laut amtlicher Statistik mehr als drei Millionen Arbeitslose. In Wirklichkeit dürften



Karikatur: Harald Goldhahn

es fünf Millionen sein. Die europäische Industrie steckt in einer schweren *strukturellen* Krise. Kohle, Massen-Stahl, Massen-Textilien und Standardschiffbau laufen aus. Die *Cash-Cows* der letzten Jahrzehnte – Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik – haben ihre Höhepunkte überschritten; lediglich der hochkonzentrierten und internationalisierten Chemie bleiben gute Chancen. Und in den Großtechnologien der Zukunft – Informationstechnik, Biotechnik, Werkstofftechnik, Energietechnik, Raumfahrt – besetzen wir Nischen. Wir sind gelegentlich schon noch Weltklasse; zum Beispiel bei Autoelektronik, Medizin – oder öffentlicher Nachrichtentechnik. Aber wie bewältigt man die Zukunft, wenn man bei den leistungsbestimmenden Schlüsselkomponenten – Halbleiterbauelementen, Computertechnologie, Optoelektronik, Flachbildschirme usf. – kaum noch eine Rolle spielt? Noch ist,

wie neuere Erfolge bei Mobilkommunikation, Industrielasern oder Steuerungen zeigen, Europa nicht verloren. Aber wenn es sich nicht zusammenrafft, bekommt Roger Altman, der amerikanische Vizefinanzminister, Recht: »Europa hat«, erklärte er im Oktober 1993 in Williamsburg kühl, »seine Zukunft hinter sich« (Konrad Seitz). Wenn uns das Geld ausgeht, beißen die Ratzen zu.

Gelegentlich wundert man sich über die sorglos selbstvergessene Routine der politischen Klassen dieses alten Kontinents. Was für eine »Konfrontation unterschiedlicher Mentalitätslagen und Mentalitätsbrüche« (Lepenies) zwischen Walesa und Mitterrand, Vaclav Klaus und Jacques Delors, Meciar und Major, ja selbst zwischen Berlusconi und Vranitzky. Notwendig wäre eine Politik der *longue durée*: Schrittweise Reformen der europäischen Institutionen, interkulturelle Durchdringung der Mitgliedstaaten

der Europäischen Union, Marktöffnung für den Osten. In Wirklichkeit kommen die Westdeutschen nicht einmal mit den Ostdeutschen klar; aber viele von ihnen wollen in fünf oder sechs Jahren eine Europäische Union von Brest bis Brest. Man muß an Kakanien denken, an die österreich-ungarischen Eliten in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts – «der leergewordene Balg eines großen Wortes wird nach der Mode des Tags ausgestopft» (Musil). Die eurokратische Courtoisie (Psst – die Griechen werden böse; still, daß die Verträge die Engländer nicht) ist an der Macht, aber gleichzeitig am Ende.

Kerneuropa

Die deutsche Politik, behauptet der Brite Timothy Garton Ash, habe vier Optionen: Ein karolingisches Europa, ein erweitertes Europa, eine prioritäre Zusammenarbeit mit Rußland und das Streben nach dem Status einer Weltmacht. *Very British*: Die Nummern drei und vier wären halbsbrecherischer Irrwitz, die »karolingische« Lösung ist schon durch die imperiale Begrifflichkeit stigmatisiert, bleibt das, was die Engländer sowieso goutieren: Ein locker verfügbares Gesamteuropa ohne eigene Staatlichkeit. Da waren Karl Lamers und seine Fraktion anderer Ansicht: Ihre *Kerneuropa*-Thesen zielen auf Vertiefung der Europäischen Union. Da Frankreich und Deutschland den Kern des europäischen Kerns bilden sollen, mag man das Konzept »karolingisch« nennen. Aber ist es deswegen auch romantisch verstiegen, spalterisch, gar »nationalistisch«?

Richtig ist der Einwand unprofessioneller Präsentation, operativer Tapsigkeit. Das Papier platzte ungeschickt in skandinavische Meinungsbildungsprozesse. Auch insinuierte es durch die ausdrückliche Nennung von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten (sowie beredtes Schweigen über fast alle anderen) einen kaum gemeinten Ausgrenzungsmechanismus.

Natürlich darf es keinen »Kern« Europas geben, der entscheiden darf, wer

zum Kern gehört. Mag auch sein, daß die Ausgleichsbereitschaft der christlichkonservativen Europapolitiker begrenzt ist, wie Gerhard Schmid meint. Die kühne Idee, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei (und Slowenien!) einen EU-Beitritt bis zum Jahr 2000 zu versprechen, ist nur bei drastischen Kürzungen des Finanzausgleichs realisierbar. Hier liegt eine offenkundige Schwäche. Die Grundidee aber, daß die Stabilisierung Mittel- und Osteuropas ohne eine intensivere Kohäsion Westeuropas ausgeschlossen sei, ist ganz unabweisbar; und das Konzept der »variablen Geometrie« (ein Terminus von Jacques Delors!) das für diese Stärkung einzig nutzbare Instrument. Wo den Briten *opting-out*-Klauseln (Sozialpolitik) konzidiert werden, müssen für andere *opting-in*-Klauseln denkbar sein. Die Weigerung einer Reihe von EG-Staaten, sich einer Vergemeinschaftung der Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik auch nur zu nähern, mag unüberwindbar sein. Sie darf aber nicht bedeuten, daß andere nicht tun dürfen, was einige nicht wollen. Insofern sind die Grundgedanken des »Karolingers« Lamers nicht originell, aber richtig. Sie machen Ärger, aber notwendigen. Sie »spalten«, aber am richtigen Bruch. Wer 1996 in einer großen Regierungskonferenz den Grundriß einer neuen europäischen Verfassung durchsetzen will, mußte spätestens 1994 mit dem sozusagen »spanischen« Hofzeremoniell der EU brechen – und reden. Daß Lamers das getan hat, verdient Anerkennung, nicht Verfluchung.

Natürlich bleibt, da wird man dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Schmid, recht geben müssen, der Denkansatz von Lamers im Kern intergouvernemental. Lamers glaubt für eine überschaubare Zeit offensichtlich nicht an massive Kompetenzverschiebungen von nationalen Parlamenten zum Europäischen Parlament. Bei Kontrolle und Gesetzgebung durch ein Europäisches Parlament könnte ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten nur schwer funktionieren. Das widerspricht den

Wünschen der Europarlamentarier und den Resolutionen aller deutschen Parteien. Ob es auch der Realität widerspricht, bleibt abzuwarten.

Umstritten, sozusagen ein Rückgriff auf Monnet, Adenauer und Schuman – in der Durchführung übrigens phantasielos – bleibt die Idee einer »qualifizierten Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen«. Das ist die Aktualisierung des 50er-Jahre-Konflikts zwischen Gaullisten und Atlantikern. Dahinter steht das (unausgesprochene) Bedauern über die »Überdehnung« der Gemeinschaft, die nostalgische Erinnerung an die Gründergemeinschaft der sechs. In gewisser Weise argumentiert Lamers im Sinne eines Direktoriums der Gründerstaaten, aus dem Italien für einen historischen Moment ausgeklammert bleibt; dafür werden Spanien (und sogar England) ein Platz frei gehalten. Eine Restauration lateinischer Europaideen? Eine rheinbündische Verschwörung gegen den Osten? Aber kann Europa zur Handlungsfähigkeit kommen, wenn nicht einige der größeren Staaten Koordinierungsfunktionen übernehmen? Gibt es – bei der fortdauernden, bewußten, gewollten Selbstisolierung Englands – einen anderen Partner für die Deutschen als Frankreich? Und müssen in der Praxis nicht diejenigen die Initiative ergreifen, die sich in allen Fällen an der Integration in vollem Umfang beteiligen, also »die Schnittmengen der funktionalen Vertiefungen bilden« (*Josef Janning*)?

Die Hypothesen der Linken

Der Widerwille vieler Linker in ganz Europa gegen »karolingische« Konzeptionen speist sich aus vielen Quellen, aus reinen und verschmutzten. Das Schlimme ist, daß aus Widerwillen keine Politik wird, oder – anders gesagt – daß das universalistische Gegenmodell eines vereinigten Gesamteuropa auf Grund zerreißen-der Widersprüche niemals ins Leben treten dürfte. Dann bewirkt die Linke das Gegenteil von dem, was sie will – ein national zersplittertes europäisches Scherbenfeld.

Die Widersprüche gegen eine west-europäische *Cluster*-Bildung könnte man folgendermaßen katalogisieren:

Paneuropäischer Idealismus: Das ist eine Mischung aus schlechtem Gewissen gegenüber Solidarnosc, dem alten linken Gerechtigkeitsmotiv und der machtpolitisch richtigen Erkenntnis, daß man nicht zulassen darf, daß ein »Zwischeneuropa« der Horthys, Pilsudskis und Antonescus entsteht. Nur macht man die Fehler der frühen 80er Jahre nicht dadurch gut, daß man Mitte der 90er Jahre allen Bocksprüngen Walesas Beifall zollt. Nur ist »Gerechtigkeit« keine politische Kategorie. Es wäre »gerecht«, die *Benes-Dekrete* in Tschechien aufzuheben; es gibt dort nur keinen einzigen gewichtigen Partner, mit dem man diese Operation einleiten könnte. So nützt es nichts, darüber zu klagen, daß es »ungerecht« wäre, die Balten aus der EU fernzuhalten. Es wäre ungerecht. Vermutlich ist es aber auch unvermeidlich. Auch hilft man den »Zwischeneuropäern« nicht, wenn man einigen von ihnen eine »Perspektive« gibt, andere (Bulgaren, Albaner, Rumänen) vertröstet und wieder andere (Ukrainer, Türken) zurückstößt. Es wäre weiser, ihnen allen mit differenzierten Europaverträgen konkrete Vorteile zu verschaffen. Die Zeit der (Not-) Lügen sollte ihr Ende finden.

Uneingestandener Neutralismus: Das ist die (keineswegs ganz abwegige) Angst vor jener militärischen »Abenteuerlust« der Franzosen, die die orthodoxe Linke (Jörg Huffscheid z. B.) jahrzehntelang als »Imperialismus« zu bezeichnen pflegte. Gelegentlich ist dieses Sentiment vermischt mit einer Art sozialdemokratischer Eigenheimideologie (die Europa nach ideologischen Schnittmustern konstruieren will: Das sozialdemokratische Skandinavien ist uns lieber als ...). Der verheerende Ansehensverlust der Europäischen Union in den jugoslawischen Kriegen, allein geschuldet den langwierigen Intrigen zwischen Deutschland und England/Frankreich, später zwischen Deutschland/Frankreich und den USA, ist aber nicht durch deutsch-norwegische oder deutsch-österreichische Verbündun-

gen abstellbar. Deutsches Militär muß international eingebunden werden; zuvörderst in der NATO. Warum allerdings eine begrenzte Eigenständigkeit der Europäer von den USA, zum Beispiel über das Instrument WEU, »imperialistisch« sein soll, ist nach den Erfahrungen des Golfkriegs schwer einzusehen. Die Einbindung der Deutschen kann, wenn nicht durch die Vereinigten Staaten, dann nur durch Frankreich erfolgen; nicht durch noch so sympathische (und häufiger mal sozialdemokratisch regierte) kleinere Staaten. Im übrigen sollte sich die europäische Linke klar machen, welche Fakten seit der Petersberger Erklärung von 1991 geschaffen wurden, zum Beispiel ein Planungsstab, eine Rüstungsagentur, regelmäßige Treffen der Generalstabschefs der WEU-Staaten usf. Teile der Linken verhalten sich wie eine schon eingeübte Geliebte, die gelegentlich in großer Szene auf ihre längst aufgegebenene Jungfräulichkeit zurückkommt.

Unerlöster Universalismus: Die Linke sehnt sich nach dem Weltstaat – sozusagen seit Kants *Ewigem Frieden*. Deswegen neigt sie zur Überschätzung internationaler Agenturen. Die UNO verdient jegliche Unterstützung – und eine Reform an Haupt und Gliedern. Nach einem kurzen Moment neuer Bedeutsamkeit (nach 1989) ist sie heute, insbesondere nach dem Debakel in Somalia, schwächer als Mitte der 80er Jahre. Die von der Linken hochgeschätzte KSZE ist durch plötzliche Aufblähung blitzschnell zerstört worden – fast zerstört. Die europäische Linke darf nicht nachlassen, international legitimierte Institutionen mit großer Ernsthaftigkeit zu unterstützen. Sie sollte sich aber davor hüten, die eigenen Interessen prinzipiell an Superstrukturen zu delegieren, die weder über Kenntnis der Örtlichkeit noch gar über Divisionen verfügen.

Der angelsächsische Traum: In Deutschland hat – in den späten 60er Jahren – die Sozialdemokratie den Ausschlag für die Aufnahme Großbritanniens in die EG gegeben, Willy Brandt himself. Das war die alte Liebe zur *Fabian-Society*, trotz Tony Benn; auch der

alte Gegensatz zur ENA-Elite des problematischen Nachbarn. Das institutionelle Geflecht, das England ausmacht, ist für die Deutschen mit ihren autoritären Traditionen und mühsam gebändigten Atavismen auch bewundernswert. Aber gelten die alten Optionen noch, nachdem Lady Thatcher das Land – *for better and for worse* – revolutioniert hat? Deutschland braucht heute Industriepolitik, *managed trade* und einen libertären Korporatismus. Die wirtschaftsliberale Fraktion der christlichliberalen deutschen Regierung hat seit 1982 mit Margaret Thatcher und ihrem Nachfolger freihändlerischen Dogmatismus praktiziert, unter anderem Politik gegen Frankreich. Wie lange will die Linke in dieser Spur mitlaufen? *It's time for change.*

Man kann es nicht mehr hören, aber es bleibt wahr: Europa steht am Scheideweg. *Außenpolitisch:* Mord und Totschlag in Jugoslawien wären ohne die EU weit brutaler als sowieso; aber noch zwei jugoslawische Situationen, und die EU ist so lächerlich wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation um 1805. *Ökonomisch:* Realistische Visionen, ob *Clean Car* oder eine europäische Telekommunikationsinfrastruktur, könnten die Europäer wieder zu erfolgsträchtigen Konkurrenten von Amerikanern, Japanern, Südkoreanern und Südkinesen machen. Aber glaubt irgend jemand, daß das ohne die systematische Kooperation einiger westeuropäischer Industrieländer ginge, die dann Mittel- und Osteuropa Schritt für Schritt als Partner ins Boot nähmen? *Ökologisch:* Weder der verdreckte Rhein noch die umkippende Nordsee können durch Deutschland (oder andere Anrainer) allein gerettet werden. Nur eine industrielle Zusammenballung, die Standards setzen und moderne Umwelttechnik entwickeln kann, wird die Probleme (vielleicht) meistern können. Business as usual ist tödlich. Wann werden das gottverdammte gelassenen Protagonisten der politischen Klassen Europas endlich begreifen?

Die »Festigung des Kerns« in Europa ist unabdingbar. Wird sie versäumt, wird die alte Welt koloniales Terrain.

Grundstein fürs Europäische Haus

»Die Struktur Europas wird einen zentralen, homogenen Kern besitzen, der im wesentlichen aus Frankreich und Deutschland besteht.«

Edouard Balladur im Interview mit LE FIGARO, 29. 8. 1994

»Europa? Wer kann mir die Telefonnummer nennen?« – So bittet Henry Kissinger, nach wie vor soufflierend als Äquilibrist im großen Welttheater zugange, dringlich um Auskunft, mit der ihm allerdings weder der Zentralcomputer noch das Fräulein vom Amt verbindlich dienen können. Was für ein Europa denn eigentlich: Jenes aus dem Geographie-Atlas, oder etwa das der EU mit den im Beitritt begriffenen vier Neulingen? Wäre die Gesamtheit des Europäischen Wirtschaftsraums genehm, und was ist mit den assoziierten Ländern, sollten auch sonstige Bewerber berücksichtigt werden, wie verhält es sich mit den über Stabilitäts- und Kooperationsabkommen via Brüssel locker verbandelten slawischen GUS-Ländern; wie europäisch ist überhaupt noch die vielbeschworene KSZE mitsamt ihren vorder- und zentralasiatischen Teilhabern; welchen Stellenwert besitzt effektiv die europäische NATO-Mehrheit unter amerikanischem Oberkommando und das von ihr genährte Anhangsorgan unter dem Firmennamen WEU, ganz zu schweigen von beider kümmerlichen Wurmfortsätzen, etikettiert als Nordatlantischer Kooperationsrat bzw. Konsultationsforum, umwölbt von bauschigen »Partnerschaften für den Frieden«? Sorry, aber dieses verflixte Europa läßt sich in seinen Konturen und spezifischen Beschaffenheitsmerkmalen schlechterdings nicht orten. Es ist heutzutage schwieriger identifizierbar, als dies im Konfrontationszustand eines 50 Jahre währenden Zweierblocks der Fall gewesen ist.

Das gegenwärtig auf unserem Erd-

teil sich darbietende Bild von Verschwommenheit, verrutschten Perspektiven und irrlichternden Phantasmagorien reflektiert eine Art weltpolitischen Urknall, der das jähe Ende zeitweiliger Herrschaftsteilung der Dinosaurier mit *Overkill*-Potenz nach sich ziehen sollte. Ein nahezu mythisches Gewaltprestige jener zum Patt im europäischen Raum aufeinandergestoßenen Supermächte hatte sehr bald schon proliferierende Dynamik gewonnen, wodurch sich in groben Umrissen ein System bipolarer Weltordnung abzuzeichnen begann. Man mag es drehen und wenden, wie man will: in letzter Konsequenz aber stellte der kaltkriegerische sogenannte Ost-West-Konflikt, im Hinblick auf unterschiedliche Bewußtseinslagen der größeren Masse von Erdbewohnern, lediglich einen erbitterten Konkurrenzkampf zweier Richtungs-lager aus ein und demselben Wurzelwerk christlicher und aufklärerischer Provenienz dar.

Da heute ohnehin an eine »Neue Weltordnung«, die sich ausschließlich nach Vorgaben westlicher Gemeinschaftswerte definieren ließe, gerade auch amerikanischerseits ernsthaft kein Gedanke mehr verschwendet wird, damit also die Signale auf organisch austarierte Formierung zu einem multipolaren Ordnungssystem transnationaler Zusammenschlüsse weisen, bedarf es gerade auch im europäischen Großraum der Konzentration aller Kräfte, um in einem tonangebenden Part solchen »Konzerts der Großmächte« unvermeidliche Dissonanzen überspielen und dem Prinzip allseitigen Interdependenzverhaltens Geltung verschaffen zu können. Daraus ergibt sich in erster Linie der Zugzwang für jene europäische Staatengruppe, welche heute bereits die essentiell willensmäßigen Voraussetzungen zu beispielhafter Realisierung einer umfassend politischen Integration erfüllen.



Juni 1994: EU-Gipfeltreffen auf Korfu

Foto: dpa

Ein wirkliches Machtzentrum

Kommt es nun dementsprechend unter französisch-deutscher Regie zur Grundsteinlegung für eine etappenweise föderativ strukturierte Gesamtarchitektur, so entspricht das, egal ob Baladur oder Delors im Mai zum Staatspräsident gewählt würden, den Zielvorstellungen Pariser Politik, Europa in Gänze zu einem »wirklichen Machtzentrum in der Weltpolitik« (Vernet, *LE MONDE*) auszubauen. Womit auch verständliche Besorgnisse Kissingers obsolet würden, der Clinton »Mangel an historischer Perspektive« bescheinigt hat, als dieser anlässlich seines Berlin-Besuchs die Deutschen aufforderte, eine Art Solorolle in Gestalt politischer Entwicklungshelfer bei den Beziehungen mit Osteuropa einschließlich Rußlands zu übernehmen. Wörtlich in der *L.A. TIMES* dazu: »Auch nur anzudeuten, daß ein Land, dessen Katastrophen durch seine Unfähigkeit verursacht worden sind, in

der Mitte des Kontinents eine rein nationale Politik zu betreiben, eine einzigartige und hervorragende Rolle spielen sollte, ist ebenso beunruhigend für Deutschlands Nachbarn wie für die Architekten der deutschen Nachkriegspolitik.« (Hat sich diese Warnung nicht ansatzweise schon beim Auslösen der jugoslawischen Erbfolgekriege bestätigt, und was ist davon zu halten, wenn heute etwa der bulgarische Verteidigungsminister Alexandrow ein an Deutschland angelehntes Bündnis der Donaufürstentümer befürwortet?) Nicht zuletzt unter diesem Aspekt gewinnt die kontinentale Kernverschmelzung ihre Pilot- und Ankerfunktion, indem sie, qualitative Maßstäbe setzend, einem differenziert ablaufenden Vereinigungsprozeß der romanischen, germanischen wie slawischen Völkern Europas Perspektive und Rückhalt verleiht.

Auf dem Wege dahin wird es sehr bald schon zu Europäisierung von NATO

(s. NG/FH 4/94) und Russischer Frage kommen müssen.

Rußland ist mitnichten eine solitäre ›Weltmacht‹, als die Leute wie Rühe und Kinkel Moskau an den Außenrand Europas wegkomplimentieren möchten. Selbst durch Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat stellt es neben Frankreich und England lediglich eine respektable Großmacht europäischen Formats dar, wobei es aufgrund seines schier unermesslichen Reichtums an Bodenschätzen und menschlichen Ressourcen auf hohem kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Niveau potentiell einen Stellenwert repräsentiert, ohne dessen Einbeziehung unser Erdteil weltgewichtig ein Torso bliebe. So warnte ganz zu Recht auch der – übrigens einer Antriebsachse Kerneuropas positiv gegenüberstehende – finnische Ministerpräsident Eske Ano nach Beitritt seines Landes in die EU eindringlich vor einer Ausgrenzung Rußlands von jeglichen Integrationsprozessen auf europäischer Ebene. Nicht nur unter Gesichtspunkten kollektiv militärischer Sicherheit, sondern eher vorrangig noch geht es darum, auch für Moskau konkrete Perspektiven zu gleichberechtigter Mitwirkung an den *zivilen* Gemeinschaftsprogrammen auf Unionsbasis zu eröffnen. In einer Deklaration der europäischen Kernländer sollte solches womöglich zum Ausdruck kommen. War es doch gerade der Russe Gorbatschow als Anführer einer sanften Revolution in end-sowjetischer Ära, welcher mit dem Aufruf zum Bau eines *gemeinschaftlichen Europäischen Hauses* (der im Westen damals Furore machte) den Befreiungsschlag zur Überwindung der konfrontativen Blockteilung ausgeführt hatte. Weder ihm noch seinem Nachfolger Jelzin haben die Amerikaner sonderlich gedankt; erst recht aber wäre von europäischer Seite noch vieles an die Adresse des geduldigen russischen Volkes nachzuholen.

Um Moskau den Weg ins zukünftige Heim der europäischen Großfamilie zu ebnen, könnten einige hochindustrialisierte EU-Länder der russischen Wirtschaft mit probaten Mitteln auf die Beine

helfen. Ihr Vorschlag könnte sich an der soeben zwischen den USA und China vertraglich vereinbarten Einrichtung zur Rüstungskonversion orientieren. Unter sowjetischer Ägide arbeitete der militär-industrielle Sektor mit ganzen Heeren ausgesuchter Spezialisten für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sowie hochqualifizierter Fachkräfte im Produktionsbereich – im eigenen Land hermetisch abgeschlossen von der Außenwelt. Diese einseitige, planmäßig abgekapselte Konzentration auf den Rüstungswettlauf mit dem Westen trägt großenteils Schuld an steigender Insuffizienz – bis zum Vergammeln der Konsumgüterindustrien für die Bedürfnisse der Bevölkerung; vom Export ganz zu schweigen. Eine von den beteiligten Staaten geförderte gemeinsame Kommission einschlägiger Unternehmenspartner sollte daher in Erfahrungsaustausch über Umorganisationen in gemischt militärischen wie zivilen Herstellungsbereichen eintreten, oder in Fällen vollständigen Umschaltens auf einen allgemeinen Verbrauchermarkt gemeinsamen Investitionen tätigen.

Die eigentliche Bedeutung solcher exemplarischer Initiative, die weitere praxis- und zielorientierten Unternehmungen auf partnerschaftlicher Grundlage nach sich ziehen müßte, sollte als deutliches Signal der Entschlossenheit zu einer generellen Neuordnung im ungeteilten Europa verstanden werden. Der Hinweis darauf gewinnt besondere Aktualität, da auf dem in diesem Monat stattfindenden Essener Gipfel den EU-Regierungschefs ein in Brüssel verfaßter Strategieentwurf für die schrittweise ›Heranführung‹ osteuropäischer Länder als künftige Unionsmitglieder zu offizieller Billigung vorgelegt wird. Dieses Papier bezieht sich auf die durch spezielle ›Europaverträge‹ assoziierten *Visegrad*-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn), ergänzt mit Rumänien und Bulgarien, es plant sogar schon Slowenien und die drei baltischen Länder ein, mit denen entsprechende Verträge vorgesehen sind, während von jeglicher Anmerkung über eine perspektivisch auch

denkbare Einbeziehung der slawischen GUS-Staaten Abstand genommen wird. Polipragmasie unter Klängen sedativer Zukunftsmusik bleibt für die »Osterweiterung« angesagt, solange eben ein zeitlicher Rahmen für deren Umsetzung nicht festlegbar erscheint. Wie aber sollen die Assoziierten je dem erforderlichen Mindeststandard nahekommen, wenn man ihnen als Trostpflaster verschreibt, daß ab 1995 mit Ausnahme von Textilien, Stahl und Agrarprodukten, also gerade den gewichtigsten Exportgütern (!), zwar Zölle und Mengenbeschränkungen wegfallen würden, wobei jedoch »Antidumpingmaßnahmen« ausdrücklich vorbehalten blieben. Auf solchem Wege ist die Fortsetzung von mancherlei Vortäuschungen und Enttäuschungen vorprogrammiert. Umso mehr muß erwartet werden, daß auf der Blaupause für die Statik und architektonische Ausgestaltung (nach dem Muster »variabler Geometrie« und mit wieviel auch immer Geschwindigkeiten) zumindest die *Dimensionalität* eines europäischen Gebäudes vorgegeben ist, damit das ganze Vorhaben nicht zu einer Bauruine verkommt.

Wie schon beim Schattenspiel des Maastrichter Vertragsspektakels 91/92 vorauszusehen, hat sich der europäische Leerlauf im Wirrwarr heterogener Prioritäten fortgesetzt. Spätestens bei der für 1996 angesetzten »Überprüfungs«-Konferenz (als *Maastricht Zwei* firmierend!) wird es zum Schwur kommen müssen, wer was für eine Überwindung der offenbaren Orientierungsschwäche hinsichtlich einer politischen Integration zu leisten imstande und bereit ist. So duldet die Implementierung des schon seit längerem herangereiften Konzepts, durch intensivstes Zusammenwirken sich anbietender Kernstaaten Maßstäbe und Zielangaben für eine dynamische Fortentwicklung in Europa zu setzen, praktisch keinen Aufschub mehr. Die Erfüllung solchen Auftrags ist äußerst komplexer Natur, weil sie den beteiligten Nationen ein hohes Maß an Souveränitätsverzicht abfordert. Das ergibt sich bereits aus der Meinung des französischen Premiers, wonach *wenigstens* eine

»Wirtschaftsregierung als notwendige Ergänzung der vorerst geplanten Währungsunion zu schaffen wäre«. Edouard Balladur gehört zu den Protagonisten kerneuropäischer Ideen; schon Anfang 1988 hat er, damals Finanzminister – eine Erwartungshaltung von Mitterrand bis Chirac, Barre und Giscard ausdrückend –, die Verschmelzung von Banque de France und Deutscher Bundesbank angeregt und zwei Jahre darauf in seinem Buch »Zwölf Briefe an die Franzosen« Gedanken über ein stufenweises Vorgehen zur politischen Integration anklingen lassen. Der gegenwärtigen Weltlage entsprechend, stellt die wwu tatsächlich das Herzstück der Politischen Union dar. Im gemeinsamen Wirtschaftskabinett müßten die Ressortchefs der Kernländer, zuständig für Finanzen, Soziales, Forschung, Verkehr und Umwelt, mit am Tisch sitzen, um Rahmenbedingungen wie Grundregeln für ein harmonisches Funktionieren auf allen ökonomisch relevanten Politikfeldern herzustellen und abzusichern. Selbstverständlich würden auch Vertreter der Außenämter, Innen- und Verteidigungsministerien bei Behandlung einschlägiger Themenkreise hinzuzuziehen sein. (So ganz abwegig wäre wohl auch der Gedanke nicht, daß man sich im Sog der Integrationspraxis zur Schaffung eines gemischten Generalstabs entschlosse, um auf professioneller Ebene Fragen der Rüstungsausgaben sowie strategischer Werteinschätzung von Waffenexporten abzustimmen.)

Europäischer Bundesstaat

Der kohärente Charakter einer praktikabel und effizient ausgestatteten Währungsunion bestätigt die Aussage des deutschen Zentralbankrats, wonach diese »letzten Endes eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft« herstellt. Präsident Tietmeyer hat daraus den Schluß gezogen (EUROPA ARCHIV, erste September-Nr. 1994), daß sich die Valutagemeinschaft nur in einer kleineren EU-Gruppe realisieren läßt, die »ein vitaleres Interesse« an politischer Einbindung als

andere Mitglieder hat. Schon im Monat davor hatte die seit je mit dem Bundeskanzleramt verbundene *Deutsche Stiftung Wissenschaft und Politik* ein mit französischen Kollegen entworfenes Szenario veröffentlicht, wonach es zunächst einer kleinen, föderalistisch orientierten Kerngruppe von EU-Mitgliedern, der außer Bonn und Paris jedenfalls noch die drei Benelux-Länder zuzurechnen wären, vorbehalten bliebe, die für eine politische Integration erforderlichen Schritte zu unternehmen. Dieses Konzept wurde seit Jahr und Tag schon in westeuropäischen Kreisen diskutiert, so daß in den »Überlegungen zur europäischen Politik« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der heißen Phase des Wahlkampfes herausgegeben, kaum Neuigkeiten geboten wurden. Immerhin aber nimmt das Trendpapier die gerade von Schäuble gesetzten Prioritäten transzendenter Glaubensbekenntnisse zu deutschnational volksgemeinschaftlichen Gefühlswerten deutlich zurück, indem es für ein »verfassungsähnliches Dokument« der EU plädiert, das sich am Modell eines *föderativen* Staatsaufbaus (sprich: europäischer Bundesstaat) unter sinnvoller Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (also Oberhoheit der Länder bei z. B. Kultur, Gesundheitspolitik, Erziehungswesen, Wohnungsbau) orientieren müsse. Das alles solle zunächst im benannten kleineren Staatenkreis eingeübt und vorgeführt werden.

Da davon ausgegangen werden darf, daß auch Baladurs potentielle Mitbewerber für den Präsidentensessel, sowohl der Sozialist Delors wie auch der Neo-Gaullist Chirac, sich gleichermaßen der Bewährungsprobe des deutsch-französischen Sonderverhältnisses stellen würden, dürfte es eigentlich keinerlei Bedenken seitens der deutschen Sozialdemokratie geben, ein solches Konzept im überparteilichen Konsens grundsätzlich mitzutragen, wie auch immer das innenpolitische Machtgefüge sich in nächster Zeit entwickeln sollte.

Der Einwand, daß sich übrige EU-Mitglieder und Beitrittsaspiranten angesichts eines avantgardistischen Vorge-

hens der »Fünferbande« in die europäische Holzklasse zurückgesetzt fühlen könnten, erscheint ebenso unberechtigt wie realitätsfern. Denn die Mehrzahl unter ihnen wird eher befriedigt auf die Parole »Freie Tempowahl für freie Bürger« reagieren, die unterschiedliche Rhythmen und Fristen (so die französische Europaministerin) bei der Entscheidungsfindung nach spezifischen Bedürfnissen und Handlungsvermögen gestattet. Das gilt nicht nur für die Briten als notorische Dauerfahrer auf europäischer Schleispur; auch anderen käme eine schöpferische Bedenk- und Vorgewöhnungsphase im Abwarten und Teetrinken sehr gelegen. Hatte doch bereits im September 1992 die *FINANCIAL TIMES* konstatiert: »Die Initiative für eine andere Geometrie kann nur gemeinsam von Frankreich und Deutschland ausgehen ... Ihre politischen Beziehungen miteinander werden die künftige Dynamik der Europäischen Gemeinschaft bestimmen. Wenn sie überzeugt sind, daß sie gemeinsam mit den Beneluxstaaten in höherem Tempo die Währungsunion erreichen können, sollen sie anfangen. Europa kann es sich jetzt am allerwenigsten leisten, für längere Zeit dahinzutreiben.« In einem Kommentar in *LA STAMPA* hieß es damals: »Warum soll man nicht akzeptieren, daß Deutschland, Frankreich und die Beneluxländer unter sich einen harten übernationalen Kern bilden... Wir Nachzügler hätten damit eine Atempause. Dasselbe gilt für die Länder Osteuropas, die Isolierung und Elend hinter sich lassen wollen.«

Hauptsache, die nationalen Individualitäten fließen – oder tröpfeln – kontinuierlich in ein europäisches Identitätsbewußtsein ein. Last not least gehört dazu, daß nicht etwa am Ende eine wehrhafte *Festung Europa* mit dem äußeren Wall am Bug zusammengebastelt wird – zwecks Abschirmung vor überschwappenden Turbulenzen aus dem verbliebenen Ostteil unseres Kontinents.

Anfang vom Ende der Europäischen Union?

Angesichts der Sackgassen, in die sich die Maastricht-Europäer hineinmanövriert haben, verwundert es nicht, wenn ihnen das Wasser der Ratlosigkeit bis zum Halse steht. Inzwischen naht mit Riesenschritten die Regierungskonferenz von 1996, eine Art *deus ex machina*, von der man die Lösung aller Probleme erhofft. Sie soll, wie es in froher Erwartung heißt, endgültig die Weichen für die Zukunft stellen (*Maastricht II*). Aber um welche Zukunft geht es? Jede der Entscheidungen, die zu fällen ist, zwingt zu dieser Grundsatzfrage. Langsam schärft sich das Bewußtsein vom Ernst der Lage. Welche Grundlagen, die der Einigungsprozeß geschaffen zu haben schien, sind noch tragfähig?

Die Antworten fallen immer unklarer aus. Die Art und Weise, wie der Vertrag von Maastricht eine Währungsunion bis Ende des Jahrzehnts zustande bringen will, erweist sich als hochgradig unrealistisch. Um die Konvergenz-Kriterien, die als Eintrittskarte zu erfüllen sind, ist eine heftige Auseinandersetzung entbrannt: sollen sie beibehalten oder abgeschwächt werden? Dahinter steht eine (schon weniger diskutierte) Grundsatzfrage: Soll dem Monetarismus als Kern des europäischen Wachstumsmodells weiterhin eine unangefochtene Vorrangstellung zukommen? Ist eine Währungsunion und die davon abgeleitete Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken ohne staatsähnliche Institutionen als Rahmen auf Dauer lebensfähig und muß sie nicht dazu tendieren, ein Eigenleben zu führen, abgehoben von den realökonomischen Erfordernissen? Wie sieht grundsätzlich das Verhältnis Politik-Ökonomie-Gesellschaft im künftigen Europa aus? Ist die Erweiterung der EU möglich, solange sie der Ort eines verallgemeinerten neoliberalen Politikmodells bleibt? Wie stellt sie sich zwischen Globalisierung, Regionalisierung und Renationalisierung dar?

Weiter: Wie verhält es sich mit den Institutionen? Was ist, laut Bundesverfassungsgericht, ein »europäischer Staaten-Verbund«? Ein quallenähnliches Gebilde, das sich irgendwo »pragmatisch« zwischen Bundesstaat und Staatenbund ansiedelt? Welche konkrete institutionelle Ausgestaltung findet das feierlich proklamierte Subsidiaritätsprinzip, bei dem es sich bis heute eher um ein Verlegenheitskonzept handelt? Wie verhält es sich mit der Einstimmigkeitsregel? Auch hier handelt es sich nicht um akademische Spitzfindigkeiten, sondern letztlich darum, wie mit dem Spannungsverhältnis Nationalstaat/Intergouvernementalität und Supranationalität/Gemeinschaftsinteresse in einer radikal gewandelten Welt umzugehen ist, in der Nationalismus, zumindest aber die Artikulierung des (»wohlverstandenen«) nationalen Interesses wieder Auftrieb bekommt?

Das Krisenbewußtsein reicht noch tiefer. Ist die Europäische Union heute mehr als eine Ansammlung schwacher Staaten mit regressiven Zivilgesellschaften? Was bedeutet dann die Rede von der erforderlichen Demokratisierung, wenn diese nicht »von unten« kommt? Wo liegt der Beitrag der Union zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, Gesellschaftsspaltung? Zum tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandel? Da sich diese Union nicht nach innen konstituiert, verwundert es nicht, wenn sie weltpolitisch bedeutungslos ist. Die anvisierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht einmal in Umrissen erkennbar. Wo steht die EU im weltweiten Kräftefeld zwischen den widersprüchlichen Tendenzen der Vereinheitlichung und des Zerfalls? Ist sie Stabilitätsanker oder Spielball?

Alles das gilt zunächst nur für das Europa der Zwölf. Inzwischen läuft die Norderweiterung, und die Länder Mittel- und Osteuropas verlangen immer nach-

haltiger um Einlaß. Die Ratstagung in Luxemburg am 31. Oktober 1994 versammelte zum ersten Mal die Außenminister von 22 Ländern um einen lang gestreckten rechteckigen Tisch. Wieder einmal ein historisches Datum? Daß sich damit alle (hier nur angedeuteten) Probleme vervielfältigen, weiß jedes Kind. Inzwischen glaubt niemand mehr ernsthaft, daß Vertiefung und Erweiterung der Union als parallele Prozesse zu bewältigen sind. Das genaue Gegenteil ist richtig: Sie schließen einander aus, jedenfalls solange, wie unter Vertiefung die unreflektierte Verlängerung des bisherigen Integrationsprozesses verstanden wird. Wie soll es dann aber weitergehen? Muß nicht, als Voraussetzung, Vertiefung oder besser: *Umgestaltung und Erweiterung als einheitliches Ganzes* gedacht werden? Das bedeutet in der Konsequenz die Infragestellung der Prinzipien, die bislang dem Einigungsprozeß zugrunde gelegen haben.

An diesem Punkt der Analyse angelangt, versteht man, daß es plötzlich so etwas wie eine Panikstimmung gibt. Das Strategie-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994, das den Stein der (freilich nicht neuen) Debatte ins Rollen gebracht hat, spiegelt sie wider. Im ersten Absatz (»Die Lage«) ist sogar von einer »umfassenden Zivilisationskrise der westlichen Gesellschaften« die Rede. Das Papier beginnt mit der Erkenntnis, daß der europäische Einigungsprozeß »an einen kritischen Punkt seiner Entwicklung angelangt (ist).« Alles das trifft den Nagel auf den Kopf. Solche despektierlichen Gedanken hat man bislang aus berufenem christlich-demokratischen Mund nicht gehört. Vielleicht wird die Lage nur deshalb so düster gezeichnet, um der vorgeschlagenen Antwort ein höheres Maß an Plausibilität zu verschaffen.

Ein Königsweg aus allen Sackgassen

Auf den ersten Blick sieht es so aus. Der Vorschlag, die bisherige Integrationsdynamik auf die Gründungsmitglieder der EU (das »karolingische Europa« ohne

Italien) zu beschränken, also ein »Kerneuropa« anzustreben und die deutsch-französische Partnerschaft als Kern im Kern zu begreifen, erscheint als veritables Ei des Kolumbus, jedenfalls, wie das Papier unumwunden zugibt, aus der Sicht der deutschen Interessen nach der Vereinigung. Im sich daraus ergebenden »Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten« (der »konzentrischen Kreise«, der »variablen Geometrie«, »unterschiedlicher Verdichtungsgrade« usw.) würde sich, so liest man aus dem Text heraus, alles zum Besten wenden. Es ginge doch nicht an, daß sich der Geleitzug nach dem Langsamsten richtet. Die Anhänger des Vorschlags fügen hinzu, daß es auch in der bisherigen Gemeinschaft (z.T. erhebliche) soziale und regionale Disparitäten gegeben hat und daß Großbritannien und Dänemark Ausnahmen vom Maastricht-Vertrag (*opting-out*-Klauseln) zugestanden worden sind. Zumindest in Ansätzen ist das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten also bereits Realität. Eine gleichgerichtete Entwicklung war schon immer eine Illusion.

Im gegenwärtigen Kontext ließen sich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen:

- Die Währungsunion à la Maastricht könnte im Kern, vielleicht zunächst nur im deutsch-französischen Urkern, wenn nicht fristgerecht, so letzten Endes doch realisiert werden.

- Ein Kerneuropa würde mehr Effizienz und Schlagkraft ermöglichen als ein zwangsläufig unförmiges Großeuropa, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, der ohnehin in Zukunft größere Bedeutung zukommen müsse, als es der Vertrag von Maastricht vorsieht. Die Westeuropäische Union (WEU) wäre in einer reformierten NATO die angemessene Grundlage für den Versuch einer gemeinsamen Verteidigung. Konrad Seitz sieht in der Schaffung eines Kerneuropa sogar eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß Europa im Hochtechnologie-Wettkampf in der Triade (USA, Japan, Schwellenländer) mithalten kann.

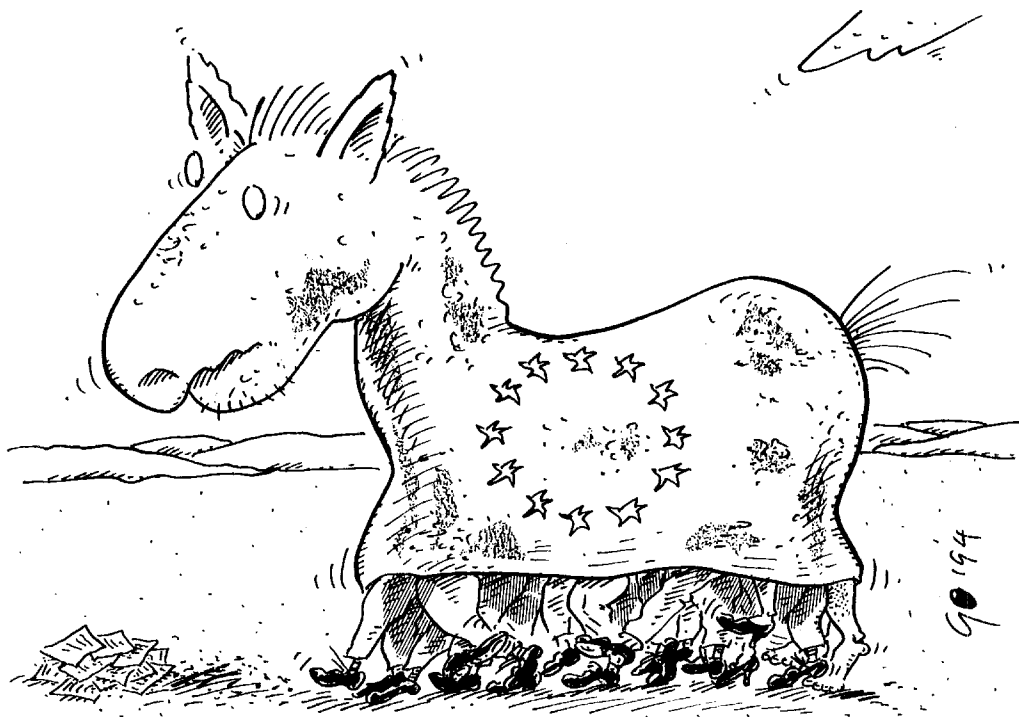
– Nur in einem Kerneuropa besteht die Hoffnung, Institutionen nach dem »Modell des föderativen Staatsaufbaus« zu schaffen, die fähig sind, Kohärenz mit Flexibilität zu verbinden. Nur in diesem Rahmen könnte die Einstimmigkeitsregel durch ein Quorum ersetzt werden.

– In seltener Offenheit weist das Papier der CDU/CSU-Fraktion auf die Gefahr hin, daß die Erweiterung eine Spaltung der EU in eine Nord-Ost-Gruppe unter deutscher und eine Süd-West-Gruppe unter französischer Führung mit sich bringen könnte. Um ihr zu begegnen, sei es umso notwendiger, den deutsch-französischen Urkern zu festigen. Dem Verhältnis beider Länder müsse mithin eine neue Qualität zukommen, schon um den Machtzuwachs für Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges zu kompensieren. Dahinter steht, unausgesprochen, die Sorge, daß es Frankreich nicht gelingt, sich in der neuen geopolitischen

Situation Europas zurechtzufinden. Aus dem »Motor« des Einigungsprozesses soll ein regelrechter Duopol werden.

– Die Hauptrechtfertigung für das Kerneuropa-Konzept aber findet das CDU/CSU-Papier eingeständenermaßen in dem Bemühen, den offensichtlichen Widerspruch von Vertiefung und Erweiterung zu überwinden, wobei es vor allem um die Erweiterung nach Osten geht. Auf der einen Seite wird sie aus der deutschen Interessenlage für unerlässlich, ja geradezu existentiell gehalten. Auf der anderen Seite erscheint es unmöglich, die mittel- und osteuropäischen Länder relativ bald als Vollmitglieder in eine in weiten Teilen hochentwickelte Union aufzunehmen. Diese Einschätzung orientiert sich an Tatsachen, die schlecht zu leugnen sind. Das entwickeltste Land Mitteleuropas (Ungarn) ist ärmer als das ärmste Land der EU (Griechenland). In allen diesen Ländern ist der Anteil des Agrar-

Karikatur: Harald Goldhahn



EUROPÄISCHER AMTSSCHIMMEL

sektors an der Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts, vor allem aber an der Beschäftigung erheblich höher als in der EU. Eine Art abgestufter Assoziierung erscheint hier als die einzig mögliche Lösung, noch für viele Jahre.

– Die Verfasser des CDU/CSU-Papiers wie alle Verfechter des Kerneuropa-Konzepts aber treibt, ausgesprochen oder nicht, eine schreckliche Perspektive um: eine gefährliche Instabilität im Herzen Europas für den Fall, daß Vertiefung und/oder Erweiterung scheitern könnten oder nur unter großen Turbulenzen erreichbar wären. Dann bestünde die Alternative darin, entweder so wenig wie möglich zu verändern oder aber, wie nun vorgeschlagen, den Weg eines vergleichsweise bequem zu manipulierenden Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu gehen, gewissermaßen aus der Not eine Tugend zu machen.

Spiel mit dem Feuer der Desintegration

Der Weg des geringsten Widerstands gilt eben als Pfad der politischen Tugend. Bevor er beschritten wird, sollte man aber das, was man zu tun beabsichtigt, erst einmal zu Ende denken, um vor unliebsamen Überraschungen gefeit zu sein. Die Gegenargumente drängen sich geradezu auf:

Am Anfang sollte das Eingeständnis stehen, daß wir es mit einer radikalen Veränderung der bisherigen Integrationsphilosophie zu tun haben. Spätestens seit den Römischen Verträgen galt der Grundsatz der Solidarität, der sich in einer (wenn auch bescheidenen) Umverteilung innerhalb der Gemeinschaft niederschlug. Zwar haben die dafür eingerichteten Strukturfonds auf Dauer keine wesentliche Verringerung der regionalen Disparitäten gebracht (in Zeiten der Rezession vergrößerten sie sich eher). Aber ihre Existenz verhinderte eine Verschlimmerung regionaler Entwicklungsunterschiede, nicht zuletzt als Folge einer rabiaten neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wie sie sich in allen Mitgliedsländern seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre und mit der

Einheitlichen Europäischen Akte auch in der Gemeinschaft durchgesetzt hat.

So schwer es fiel, bewahrte sie doch ein Minimum an Solidarität. Aber selbst diese Form eines noch so bescheidenen innergemeinschaftlichen Ausgleichs ist auf die mittel- und osteuropäischen Länder wegen ihrer enormen Bedürfnisse nicht ohne weiteres übertragbar. Dieses Privileg wird dem alten Europa der Zwölf oder dem neuen Europa der Sechzehn (nicht ohne Schwierigkeiten angesichts der Situation im Norden der drei skandinavischen Länder) vorbehalten bleiben. Bislang jedenfalls wird ein für den Übergang gedachtes Hilfsprogramm (»Phare«) vom Rat der Außenminister mit größter Zurückhaltung behandelt. Hat der in Essen tagende europäische Gipfel (9./10. Dezember 1994) die Kraft, daran etwas zu ändern? Wenn nicht, gibt es bereits in der Vorphase der Erweiterung eine Diskriminierung, die bei den Osteuropäern einen Vorgeschmack künftiger Marginalisierung erzeugen muß.

Es sieht so aus, als habe das alte Europa das ganze Ausmaß der Herausforderung nicht begriffen. Spätestens seit Beginn der Industrialisierung vor zwei Jahrhunderten hat sich zwischen dem Westen und dem Osten des Kontinents ein Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle herausgebildet, das sich in der Zeit des Kalten Krieges weiter vertiefte. Die inzwischen abgeschlossenen Assoziierungsverträge (»Europa-Verträge«), die erste Maßnahmen zur Liberalisierung des Austausches enthalten, dienen zunächst den Interessen der EU: 1991 betrug der Handelsüberschuß 1,8 Mrd. Dollar, 1993 bereits 6,4 Mrd. Kein Wunder, wenn ausgerechnet die Güter, bei denen die Mittel- und Osteuropäer über komparative Kostenvorteile verfügen (Agrarprodukte, Stahl, Textil, Leder usw.), aus Furcht vor Konkurrenz Einschränkungen erfahren. Worum es also geht, ist weniger der Transfer von Kapital als die Grundlegung gesamteuropäischer arbeitsteiliger Strukturen, die ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten geradezu ausschließt.

Damit kommen wir zum entscheidenden

den Einwand. Wie immer ein solches Europa aussehen mag, es schafft, politisch wie ökonomisch, streng hierarchisierte Machtverhältnisse. Es gibt ein Zentrum und mehrere, abgestufte Peripherien; es gibt eine Erste, eine Zweite, eine Bezirks- und eine Kreisliga. Ist das nicht der natürliche Lauf der Dinge? Warum sollte es nur beim Fußball eine klar definierte Hierarchie von Leistungsunterschieden geben?

Das ist das konservative Argument *par excellence*: die Akzeptanz des Status quo, höchstens, wenn überhaupt, mit kosmetischen Retuschen. Was aber bedeutet das? Das Zentrum würde unter den Bedingungen eines sich zuallererst selbst genügenden metropoliten Entwicklungsmodells funktionieren, das sich in seinen modernsten Segmenten an den Produktivitätsstandards orientiert, die im Zentrum der Weltwirtschaft (»Triade«) gesetzt werden. Schon im Zentrum muß ein hoher Preis gezahlt werden: Die Ausgrenzung jener Bevölkerungsteile, die nicht mithalten können, um die sich dann die Staaten, mehr schlecht als recht, kümmern. Diese Konstellation wiederholt sich in einer erweiterten Gemeinschaft unterschiedlicher Geschwindigkeiten, mit dem Unterschied, daß hier die Fußkranken sich selbst überlassen bleiben und damit die Gesellschaftsspaltung noch gravierender ausfällt, während zugleich der Entwicklungsabstand zum Zentrum festgeschrieben wird.

Die Verfechter eines Europa konzentrischer Kreise sind überzeugt, daß sich der Kern, vor allem aber der Urkern, auf Dauer als Magnet erweist, der die vorübergehend Marginalisierten eines Tages anzieht (die »Dynamik von Voranmarschieren und Aufschließen«!). Das CDU/CSU-Papier spricht davon, Kerneuropa sei eine Methode, nicht das Ziel. Genau das ist die Frage. Methoden haben die Eigenart, sich zu perpetuieren, besonders dann, wenn sie die Erhaltung von Besitzständen bewirken (wollen). Eine gesamteuropäische Zentrum-Peripherie-Struktur als Folge eines Europa konzentrischer Kreise fügt sich nicht nur bequem in die Weltmarktzwänge. Sie

trägt auf diese Weise dazu bei, sie zu verfestigen. Das schließt eine selektive Integration bestimmter Elemente der Peripherie ins Zentrum nicht aus. Modernisierungsgewinner gibt es auch in Prag, Warschau, Budapest, sogar in Moskau.

Wie sieht es im Zentrum aus? Die Verfechter des Kerneuropa-Konzepts sind ganz verliebt in die Vorstellung, daß es ihm obliegt, auf dem Weg der Einigung voranzugehen, natürlich zum Wohle aller. Wo steht das geschrieben? Ganz einfach: Die Länder, die zum Zentrum gehören wollen, müssen sich in möglichst vielen Politikbereichen engagieren und damit unter Beweis stellen, daß sie »gemeinschaftsorientierter« handeln als die anderen, die sich nur in diesem oder jenem Politikbereich dem Gemeinschaftsrecht unterwerfen. Da tauchen unter dem Begriff »differenzierte Integration« die tollsten Reißbrett-Konstruktionen auf. Um das scheinbar Unvereinbare zu vereinbaren (ohne in das Extrem eines »Europa à la carte« zu verfallen), wird nun, ausgehend vom Binnenmarkt, auf Teufel komm 'raus differenziert. Es könnten sich sogar mehrere Kerne herausbilden. Die Führung läge dann bei den Staaten, »die die Schnittmenge der verschiedenen Kerne bilden, d.h. die in allen Feldern der Integration in vollem Umfang beteiligt sind«, an erster Stelle Deutschland und Frankreich, die bereits »Züge einer Schicksalsgemeinschaft« tragen (*Janning*).

Das Kerneuropa-Konzept steht und fällt mit dem deutsch-französischen Duopol oder treffender: *Kondominium*. Das bedeutet nichts anderes, als daß zwei Ländern eine hegemoniale Position zufällt, ob sie es wollen oder nicht. Sie denken für die anderen; sie definieren das »Gemeinschaftsinteresse«; sie sagen, wo es lang geht. »Motor«, »Tandem«, »Paar« sind Euphemismen, geeignet für Sonntagsreden und vielleicht zutreffend für die Gemeinschaft alten Stils. Das Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten braucht einen stahlharten, machtbewußten Urkern, sollen die zentrifugalen Kräfte nicht Oberhand gewinnen.

Auch diese Vorstellung hält einer

Prüfung nicht stand. Zum einen machen beide Länder eine schwierige Phase ihrer Entwicklung durch. Manche Probleme sind ihnen gemeinsam: Krise des Sozialstaats, Krise der Arbeitsgesellschaft, unbremste Staatsverschuldung, hohe (in Frankreich sogar, trotz konjunktureller Erholung wachsende) strukturelle Arbeitslosigkeit, schwache Regierungen, Legitimationskrise der politischen Klassen usw. Nicht nur nach innen, auch und gerade nach außen suchen beide Länder nach neuer Orientierung. Kein Wunder, wenn auf beiden Seiten des Rheins Renationalisierungstendenzen zunehmen, anstatt die gemeinsame Schwäche durch intensivere Kooperation zu überwinden.

Zum anderen sind die Europa-Konzeptionen in beiden Ländern weithin ungeklärt, ja nebulös. Das gilt insbesondere für die Osterweiterung, die Deutschland am liebsten morgen hätte, der Frankreich aber mit kaum verhohlenem, ohnmächtigem Entsetzen entgegensieht. Darüber hinaus verfügt in Frankreich heute wahrscheinlich eine (heterogene) Anti-Maastricht-Gruppierung über die Mehrheit. Innerhalb der regierenden Koalition streiten sich Giscardisten und Neo-Gaullisten (diese auch untereinander) über die zu schaffende Währungsunion. Die Furcht (oder das Gespenst?) geht um, daß ein Kerneuropa, nicht zuletzt mit Hilfe einer DM-Zone, ein deutsches Europa sein wird, in dem Frankreich die Rolle des Juniorpartners spielt.

Auch in Deutschland gibt es derartige Gedanken. Der Vordenker der aufstrebenden Reaktion, Ernst Nolte, hat sie mit aller wünschenswerten Klarheit in einem SPIEGEL-Interview (3. 10. 1994) unwidersprochen formuliert: Nachdem das zweimal besiegte Deutschland gescheitert ist, gelingt es ihm jetzt auf andere Weise, »zusammen mit Frankreich die Führungsmacht eines geeinten Europa zu sein. Dieses Europa würde eine der Weltmächte sein, das versteht sich von selbst.« Leistet Kerneuropa nicht dem alten, so verhängnisvollen Denken in machtpolitischen Kategorien, das sich als »neuer Realismus« verkauft, ein wenig Vorschub?

Daß in beiden Ländern eine große Konfusion über die Gestalt des künftigen Europa herrscht, hat objektive Ursachen. Die bislang praktizierte Supranationalität stößt an Grenzen. Entweder bringt sie eine zentralistische, alles normierende Bürokratie hervor, oder sie produziert im Geflecht von Interdependenz und nationalem Eigeninteresse neue Politikformen, die niemand durchschaut, geschweige denn beherrscht. Die großen Orientierungen wie die ständig zu diskutierende Frage nach der Finalität des Ganzen gehen verloren. Immer wieder (und nun am Ende seiner Amtszeit noch nachdrücklicher) hat Jacques Delors selbst vor dieser Entwicklung gewarnt. Er fordert die Mitgliedsländer (alle Mitgliedsländer) auf, darüber nachzudenken, welches die Ziele sind, die man *gemeinsam* erreichen will (vgl. D. Vernet, in: LE MONDE, 1. 11. 94). Aber diese Debatte quer durch alle Länder und Gesellschaften kommt nicht in Gang.

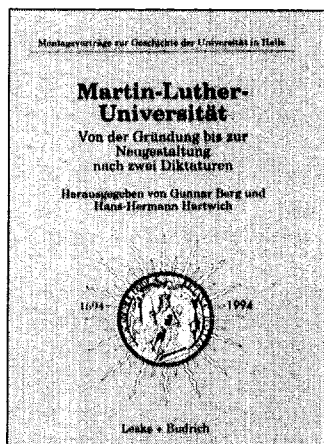
Was tun?

Wenn also die Integrationsdynamik und -logik der alten Gemeinschaft nicht ausreicht, um die neuen Probleme am Ende des Jahrhunderts zu lösen, andererseits die Strategie eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten in neue Widersprüche führt, was bleibt dann zu tun? Die Antwort drängt sich auf.

Notwendig ist zunächst eine *Revalorisierung* des Politischen gegenüber der bislang, jedenfalls im wesentlichen, praktizierten Marktintegration, die zwangsläufig mit dem Primat des Ökonomischen einherging. Gemeint ist damit in erster Linie nicht, wie manche Konservative vorschlagen (*Stoiber*), daß in Zukunft der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Vorrang zukommen müsse. Das trifft zweifellos für die neuen Mitglieder zu. Daß in Finnland eine überraschend große Mehrheit (56,9 %) für den EU-Beitritt gestimmt hat, liegt wohl weniger an ökonomischen, als an sicherheitspolitischen Gründen.

Vielmehr besteht die größte Herausforderung in einer Weltgesellschaft, die

Neu im Winter '94/95 bei Leske + Budrich



Gunnar Berg/ Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.)
Martin-Luther-Universität
Von der Gründung bis zur
Neugestaltung
nach zwei Diktaturen
Herausgegeben von Gunnar Berg und
Hans-Hermann Hartwich
240 S. Kart. 28,- DM/
219,- öS/ 29,- SFr



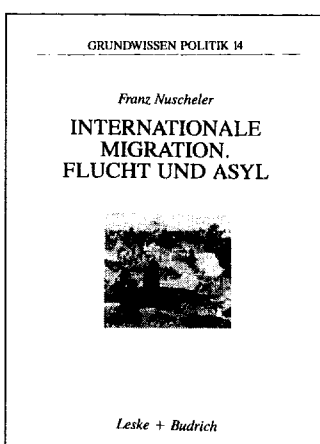
Siegfried Müller/ Hans-Uwe Otto/ Ulrich Otto (Hrsg.), Fremde und Andere in Deutschland
Nachdenken über das Einverleiben,
Einebnen, Ausgrenzen
Ca. 200 S. Kt. Ca. 28,- DM/
219,- öS/ 29,- SFr



Michael Wolffsohn
Israel 4. überarb. u. erw. Auflage. Grundwissen Länderkunden 3
Geschichte · Wirtschaft · Gesellschaft · Politik
Ca. 520 S. Kart. Ca. 26,80 DM/ 209,- öS/ 28,- SFr



Bodo Zeuner u.a.
Rot-Grün in der Kommunalpolitik
Konfliktpotentiale
und Reformperspektiven
Ca. 320 S. Kart.
Ca. 48,- DM/ 375,- öS/
49,- SFr



Franz Nuscheler
Internationale Migration - Flucht und Asyl
Grundwissen Politik 14
288 S. Kart. 29,80 DM/
233,- öS/ 31,- SFr



Frankreich Jahrbuch 1994
Themenschwerpunkt 1994:
Bildung und Gesellschaft
Ca. 300 S. Kart.
Ca. 29,- DM/ 226,- öS/
30,- SFr

Information: Postfach 30 05 51 · 51334 Leverkusen

sich zwischen ökonomischer Vereinheitlichung und sozialem, ethnischen und politischen Zerfall bewegt, darin, an einem Gesellschaftsprojekt für das erweiterte Europa zu arbeiten, das geeignet ist, sowohl gegenüber der nordamerikanischen Freihandelszone (*Nafta*) und der neuen südostasiatischen Wachstumsregion (*Apec*) einen eigenständigen, zugleich wettbewerbsfähigen Wachstumspfad zu verfolgen, als auch mit der größten inneren Bedrohung fertig zu werden: der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm. Sicher: Es handelt sich um eine Herkules-Aufgabe. Aber wenn sie akzeptiert würde und man sich gemeinsam an die Arbeit macht, gäbe es zunächst eine grundsätzliche Orientierung, über deren Umsetzung dann die (transnationale) Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Kräfte beginnen könnte, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Das geht ohne eine Umgestaltung der alten Gemeinschaft nicht. Daran kommt man ohnehin nicht vorbei. Im Fall einer Osterweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder würden sich die Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach Berechnungen Delors von 30 Mrd. ECU im Jahr auf 45 Mrd. erhöhen, diejenigen der Strukturfonds sogar von 25 auf 60 Mrd. ECU. Selbst wenn sich mit den Neuzugängen aus den EFTA-Ländern die Gruppe der Nettozahler vergrößert, werden auch bisherige Netto-Empfängerländer dazu kommen müssen, um die erforderlichen Summen aufzubringen. Dieses Beispiel lehrt, daß sich das Problem der Umverteilung neu stellt und folglich auch neu, ohne Tabus (etwa im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik), gelöst werden muß. Das geht nur im gemeinschaftlichen Konsens, so schwer er fallen mag.

Von zentraler Bedeutung ist die Notwendigkeit, gesellschaftliche Bereiche anzugleichen, die bislang strikt national reguliert werden und Ursache für zahllose Divergenzen sind, wie z. B. die Arbeitsmärkte. Die überall verfolgte Politik der Flexibilisierung der Arbeitskraft verschärft den Trend zur Gesellschaftsspaltung im Innern und macht damit die

Schaffung eines liberalisierten Marktes mit Billiglohnländern praktisch unmöglich. Die Zukunft der Arbeitsorganisation, ja grundsätzlich der Arbeitsgesellschaft im erweiterten Europa ist ein Buch mit sieben Siegeln. Sollen wir kapitulieren? Die Hinwendung zu einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten würde das bedeuten.

Erst vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem institutionellen Aufbau des erweiterten Europa. Wenn das Modell des Bundesstaates ebenso ausscheidet wie Mitterrands Vorschlag einer Konföderation, also die beiden extremen Lösungen, bleibt nur ein Mittelweg, der alles andere als klar ist, der sich aber am Prinzip der Subsidiarität orientieren sollte. Auch hier gibt es ein Defizit an praktikablen Vorstellungen. Aber die größte Schwäche des Kerneuropa-Konzepts liegt genauso in der Unfähigkeit seiner Protagonisten, auch nur annähernd etwas über seine institutionelle Ausgestaltung zu sagen. Hierbei stehen Anhänger wie Gegner des Konzepts vor dem gleichen Dilemma.

Wenn dem aber so ist, ergibt sich eine erste, unumstößliche Schlußfolgerung: Die bevorstehende Regierungskonferenz bedarf angesichts der (hier nur knapp skizzierten) Probleme einer sorgfältigen und systematischen Vorbereitung. Dabei könnten sich Frankreich und Deutschland als Ideengeber und Vorreiter auszeichnen, sofern es ihnen, als Voraussetzung, gelingt, zuerst mit sich selbst ins Reine zu kommen. Auf jeden Fall muß die intergouvernementale Ebene der Kooperation ergänzt werden durch eine grenzüberschreitende Auseinandersetzung gesellschaftlicher Kräfte über die Form, die das Europa von morgen annehmen soll.

Wenn die Europäische Union (EU) im nächsten Jahr auf 16 Mitgliedstaaten anwächst und in absehbarer Zukunft um die osteuropäischen Reformstaaten erweitert wird, dann läßt sich das im Vertrag von Maastricht vereinbarte Tempo beim Ausbau der europäischen Institutionen kaum aufrechterhalten. Die Außenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im deutschen Bundestag befürchten, daß mit den erweiterungsbedingt zunehmenden Widerständen gegen Kompetenzverlagerungen in Richtung Brüssel der gesamte europäische Einigungsprozeß verkümmern könnte. Deshalb schlagen sie vor, Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten zu einem Kerneuropa fortzuentwickeln, in dem Integrationsschritte wie die Schaffung einer europäischen Einheitswährung oder die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik flott durchgesetzt werden könnten – Schritte in Richtung einer politischen Union, die, so argwöhnen die Unionspolitiker, in einer größeren EU von Zauderern und Abweichlern immer wieder blockiert und verzögert würden. Die Kerneuropäer sollen langfristig allerdings nicht unter sich bleiben – wer allen Integrationsschritten zustimmt und die ökonomischen Eintrittskriterien für die Europäische Währungsunion erfüllt, darf später dazu.

Daß das *Kerneuropa-Papier* vor allem diejenigen verärgert hat, die sich für »gute Europäer« halten und trotzdem nicht zum Kern gehören sollen, wie etwa die Italiener, kann nicht überraschen. Wer steigt schon gerne in die zweite Liga ab, selbst wenn versichert wird, der Wiederaufstieg sei prinzipiell möglich. Die Autoren des Kerneuropa-Papiers haben aber Sinnvolleres geleistet, als halb Europa gegen sich aufzubringen. Sie haben eine Diskussion begonnen, die längst überfällig ist. Es geht um die Frage, wie eine europäische Ordnung aussehen soll, die vom Korsett des Ost-West-Konflikts befreit ist.

Über das, was die Europäische Ordnung leisten muß, besteht weitgehende Einigkeit: ein friedliches und prosperierendes Europa ist das Ziel. Unumstritten ist auch, daß es übergreifender institutioneller Arrangements bedarf, die verhindern, daß Konflikte zwischen europäischen Staaten zu ökonomischer und politischer Desintegration oder gar gewalttätigen Auseinandersetzungen führen.

Daß ausgerechnet ein Kerneuropa den Schlüssel zur Lösung dieser Ordnungsprobleme darstellen soll, erscheint allerdings schon auf den ersten Blick paradox. Trotz unbestreitbar vorhandenen Schwierigkeiten wie etwa der Massenarbeitslosigkeit oder der allenthalben wachsenden Staatsverschuldung ist keine Region in Europa so von politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand verwöhnt wie die Kernländer. Langfristig wird dieser Wohlstand aber nur dann erhalten bleiben, wenn es gelingt, den Transformationsprozeß in Osteuropa voranzubringen. Die wichtigste Aufgabe der EU liegt daher nicht in der Entwicklung ihres Kerns, sondern in der Stabilisierung ihrer östlichen Peripherie. Es gilt zu verhindern, daß andauernder wirtschaftlicher Niedergang antidemokratischen und nationalistischen Kräften in Osteuropa den Weg ebnet.

Bemühungen, den Transformationsprozeß zu fördern, haben aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Reformländer in die europa- und weltweite Arbeitsteilung eingebunden werden. Hierzu bedarf es weder einer einheitlichen Währung noch einer gemeinsamen Fiskal- oder Sozialpolitik. Gelänge es, die Märkte der EU für osteuropäische Produkte zu öffnen, dann wäre den dort lebenden Menschen schon sehr geholfen. Bislang wurden zwar hier und da Kredite gewährt und Hilfsprogramme aufgelegt. Auch werden osteuropäische Politiker medienwirksam zu europäischen und internationalen Regierungsgipfeln eingeladen, auf denen man ihnen schulterklop-

fend Mut zuspricht. Gleichzeitig aber werden osteuropäische Produkte durch protektionistische Maßnahmen von den Märkten der EU ferngehalten. In den Handelsabkommen zwischen der EU und den Transformationsländern wird gerade bei denjenigen Gütern der Marktzugang versagt, bei denen die Osteuropäer konkurrenzfähig wären – vor allem Stahlprodukte, Agrargüter und Textilien.

Diese Handelshemmnisse zu beseitigen ist deshalb schwierig, weil es sich hauptsächlich um sogenannte »sensible« Produkte handelt; betroffen sind also in den EU-Mitgliedstaaten kränkelnde Branchen, die hochgradig subventioniert und von der internationalen Konkurrenz abgeschottet werden. Statt den Strukturwandel zu fördern, um Arbeitsplätze in neuen Sektoren zu schaffen, betreiben sowohl die supranationalen Organe als auch die nationalen Regierungen der EU zur Zeit eine Wirtschaftspolitik, die überkommene Strukturen konserviert. Das bringt den handelnden Politikern zwar die Unterstützung der begünstigten und meist gut organisierten Interessengruppen, wirkt jedoch gesamtwirtschaftlich wohlstandsvernichtend. Eine Öffnung der betreffenden Märkte für osteuropäische Anbieter würde hier einen Kurswechsel erzwingen und auch in den wohlhabenden Kernländern der EU einen beschleunigten Strukturwandel erforderlich machen – gegen den Widerstand der betroffenen Interessengruppen.

Wenn es gelänge, diesen Widerstand zu überwinden, dann hätte dies gleich zwei wünschenswerte Konsequenzen: *Erstens* böte sich den Transformationsländern eine reelle Chance, aus eigener Kraft wirtschaftlich zu gesunden. *Zweitens* würden in den heutigen EU-Mitgliedstaaten Ressourcen frei, die bislang für die Strukturkonservierung verschwendet werden. Doch das ist nicht alles. In Osteuropa würden nicht nur neue Konkurrenten, sondern auch neue Kunden heranwachsen. Mit der zunehmenden Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften würde das wirtschaftliche Wachstum in ganz Europa zunehmen. Ein dynamisches Wirtschaftswachstum aber ist,

wenn auch vielleicht keine hinreichende, so doch eine notwendige Bedingung dafür, daß Arbeitslosigkeit abgebaut wird und – gerade in Osteuropa – Ressourcen für die Bekämpfung materieller Not in den ärmsten Bevölkerungsschichten oder für den Umweltschutz verfügbar werden.

Hier soll nicht behauptet werden, was die Europäer verbinden könne, seien gemeinsame Märkte. Es geht nur darum zu zeigen, daß gemeinsame Märkte bereits einen gewaltigen, wahrscheinlich den entscheidenden Schritt in die richtige Richtung bedeuten würden. Die Autoren des *Kerneuropa-Papiers* irren also, wenn sie behaupten, eine Entwicklung der EU zu einer »gehobenen Freihandelszone« sei ungeeignet, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Eine solche »Zone«, die auch die Transformationsländer einschließt, wäre schon weit mehr als das, was bis heute erreicht worden ist.

Die Befürworter der Kerneuropa-Lösung müssen sich folglich fragen lassen, wie ihr Konzept die Chancen für die Einbindung der osteuropäischen Staaten beeinflussen würde. Zwar betonen die Unionspolitiker, daß sie zumindest eine selektive Osterweiterung bis zum Jahr 2000 realisieren wollen. Sie erklären aber nicht, wie eine in Kern- und Randeuropäer gesplante EU die Kraft für diejenigen Reformen aufbringen soll, die mit der Erweiterung einhergehen müssen.

Diese Reformen betreffen nicht nur die bereits erwähnten sektoralen Strukturpolitiken. Anpassungsbedarf besteht auch in der supranationalen Regional- und Kohäsionspolitik, mit der versucht wird, den schon in der heutigen EU erheblichen Abstand zwischen reicheren und ärmeren Regionen durch öffentliche Transfers zu nivellieren. Diese Strategie der »Angleichung von oben« ist teuer und langwierig. Die osteuropäischen Staaten gleichberechtigt an diesem Transfersystem teilhaben zu lassen, würde die Nettozahler in Europa weit überfordern. Außerdem hätten die bislang begünstigten Länder – vor allem Griechenland, Spanien, Portugal und Irland – eine Umlei-

tung der Transfers nach Osten hinzunehmen. Den unausweichlichen Reformen der Regional- und Kohäsionspolitik werden diese Länder nur widerwillig zustimmen. Wenn sie sich nun auch noch zu »Randeuropäern« degradieren lassen müssen, sind die Folgen absehbar: Sie werden es ablehnen, ihre Märkte für osteuropäische Produkte zeitgleich mit den Kerneuropäern zu öffnen und statt dessen von letzteren verlangen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Umgekehrt könnten die Kerneuropäer das Hinauszögern der Osterweiterung mit der störrischen Haltung der anderen EU-Mitglieder rechtfertigen. Damit wäre passiert, was auch die Unionspolitiker vermeiden möchten: die Osterweiterung der EU würde auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Freilich ist dies Spekulation, vielleicht sogar Schwarzmalerei. Aber selbst dann, wenn es so schlimm nicht kommt – es ist nicht ersichtlich, was ein Kerneuropa zum Transformationsprozeß in

Osteuropa beitragen kann. Die vage Idee, »den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen«, birgt jedenfalls erhebliche Risiken.

Allerdings ist die Sorge um die Stabilisierung Osteuropas nicht der einzige Grund für die Initiative der Unionspolitiker: Ihr Kerneuropa soll dazu beitragen, latente Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland wie etwa Meinungsverschiedenheiten über Handelsliberalisierungen oder die Industriepolitik zu entschärfen. Gemeinsame Politiken sollen die Partner so verbinden, daß eine »Auseinanderentwicklung« unmöglich wird. An erster Stelle steht hier die Währungsunion. Die Europastrategen der Union sehen die Schaffung einer Einheitswährung nicht als ergänzendes Integrations-element oder gar, wie viele Ökonomen, als zukünftige Krönung des europäischen Einigungswerkes, sondern als »harte(n) Kern der Politischen Union«. Mit anderen Worten: Sie hoffen, daß mit

Winter 1987: Kostenlose EG-Butter für Bedürftige

Foto: dpa



dem gemeinsamen Zahlungsmittel Konflikte überwunden werden können, die der Staatswerdung Europas im Wege stehen. Dieser fromme Wunsch ist leider naiv. Die große Mehrheit nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Bevölkerung betrachtet das Projekt der Währungsunion mit Skepsis, und das zu recht: In einer Zeit, in der ein beschleunigter wirtschaftlicher und politischer Wandel in Europa überall für Unruhe sorgt, sollten Institutionen, die sich halbwegs bewährt haben, nicht ohne Not geopfert werden.

In den 80er Jahren hat der Wettbewerb der Währungen in Europa endlich zu sinkenden Inflationsraten in Deutschland, Frankreich und anderen EU-Mitgliedstaaten geführt. Wenig Phantasie gehört dazu sich vorzustellen, was passieren wird, wenn die Bürger einer oktroyierten europäischen Währung das Vertrauen versagen und der *Circulus vitiosus* der Geldentwertung wieder einsetzt. Nationalisten in allen Teilnehmerländern werden die Chance nutzen, die Europäische Einigung insgesamt in Frage zu stellen, und sie können mit guter Resonanz rechnen. Eine Währungsunion, die sich nicht auf eine breite Zustimmung bei den Bürgern stützt, wird kein Bindeglied, sondern ein Sprengsatz sein.

Ähnlich verfehlt ist die Idee, in einem Kerneuropa könne die deutsche Regierung die Partner der EU zwingen, ihre ‚wirkliche‘ Integrationsbereitschaft unter Beweis zu stellen. So wollen die Autoren des *Kerneuropa-Papiers* vor allem die Franzosen mit forschenden europapolitischen Offensiven nötigen, vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit zuzugeben, daß für sie »die Vorstellung von der unaufgebbaren Souveränität der ‚Etat Nation‘ immer noch Gewicht hat«. Auch wenn die Unionspolitiker glauben, daß »diese Souveränität längst zu einer leeren Hülse geworden ist« – sie müssen den europäischen Nachbarn schon zubilligen, eigenständig und ohne Repressalien von außen zu entscheiden, welche Politiken sie vergemeinschaften wollen und welche nicht.

Dem neuen *Kerneuropa*-Konzept der Unionsfraktion mögen ehrenwerte Motive zugrunde liegen, es führt ökonomisch und politisch in die Irre. Statt den Ausbau der gemeinschaftlichen Politiken in einer willkürlich zusammengestellten Gruppe von Ländern zu forcieren, sollte die EU alle Energien auf die Einbindung der osteuropäischen Reformstaaten konzentrieren. Dabei hat die Integration der Märkte höchste Priorität – und das nicht trotz, sondern wegen des langfristig untragbaren Wohlstandsgefälles zwischen Ost und West.

Gemeinsame Politiken hingegen müssen dem stark divergierenden wirtschaftlichen Entwicklungsstand und den vielfältigen politischen Traditionen Rechnung tragen. Hier gilt es, behutsam und beharrlich auszuloten, in welchen Bereichen politische Kooperation konsensfähig ist. Reformierte supranationale Verträge sollten dabei regional und auf bestimmte Politikbereiche beschränkte Kooperation ermöglichen, wenn sachliche Gründe dies erforderlich machen. Ein Beispiel wären grenzüberschreitende, aber nicht europaweite Umweltprobleme.

Es ist zu erwarten, daß dies ein komplexeres Institutionsgefüge hervorbringen wird, als es denjenigen vorschwebt, die sich einen europäischen Bundesstaat mit einer starken Zentralregierung wünschen. Das ist jedoch kein Makel, sondern nur Reflex der ökonomischen, politischen und kulturellen Vielfalt Europas, die doch niemand – auch die Unionspolitiker nicht – missen möchte.

Die Achse Paris-Bonn

Das letzte Tabu der Nachkriegszeit

Seit Beginn der 60er Jahre werden die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland – sicherlich mehr in Paris als in Bonn – von der Lobby der Funktionäre der deutsch-französischen Beziehungen mit Beschlag belegt und kontrolliert. Diese oft in den besten Absichten handelnden Lobbyisten erlebten ihre Sternstunde in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als es darum ging, die junge Bundesrepublik – die der Westen im übrigen aus strategischen Gründen benötigte – nicht am Wegesrand zurückzulassen.

Sie erlebten mit dem Elysée-Vertrag von 1963 einen Moment der Wahrheit, wenn auch das Gründungsdokument der deutsch-französischen Freundschaft, einer Ehe ohne Vertrag, deren Jahrestag in der Folge stets feierlich begangen wurde, nur ein schwammiges Konsultationsprogramm enthielt; sie brillierten drei Jahrzehnte lang in der Kunst, Frankreich jeden Gedanken daran zu verbieten, daß Deutschland eine Geschichte haben könnte – man beschränkte sich darauf, im Falle von »Mißverständnissen« den Grund beim Partner zu suchen und gleichzeitig der öffentlichen Diskussion in Frankreich selbst die Spitzen zu nehmen.

All dies konnte bis zu der geopolitischen Zäsur von 1989 funktionieren, zumal Meinungsumfragen schon Ende 1962 nachwiesen, daß 40 % der Franzosen Deutschland mehr Sympathie als den anderen Ländern entgegenbrachten. Heute, nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch der UdSSR, ist dies nicht mehr möglich. Mehr noch: ein derartiger Ansatz beinhaltet ernste Gefahren. Unsere Lobbyisten, und zwar die jungen im schönsten Karrierealter und die weniger jungen, haben in Frankreich Deutschland für tabu, für unberührbar erklärt, sie haben Deutschland, als sei dies nötig, jeder Kritik entzogen. Diese

Negation kann jedoch genau das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt ist. Die alten Traumata, die mangels einer Grundsatzdiskussion immer wieder verdrängt wurden, könnten jetzt, da Deutschland sich tiefgreifend wandelt, mit Macht wieder an die Oberfläche drängen. Die von oben vorgeschriebene Deutschenfreundlichkeit würde sich zu dumpfem Deutschenhaß verkehren. Daraus entstünde geschichtlich gesehen ein Drama, das wir alle verhindern wollen. Wir brauchen daher ein deutsch-französisches Verantwortungsbewußtsein neuer Art.

Unverändertes Dogma

In Deutschland kann man schwer nachempfinden, wie schwierig es für uns war, die Wiedervereinigung zuzulassen. Erläuterten die bedeutendsten Vertreter der deutsch-französischen Lobby nicht Mitte November 1989, der Westen wolle die Wiedervereinigung aus wirtschaftlichen Gründen nicht, die Existenz der DDR sei rechtmäßig und die Flüchtlinge aus dem Osten würden nach Hause zurückkehren? Die wenigen, die diesen Behauptungen widersprachen, galten als Feinde Europas, die in einen alten Deutschenhaß zurückgefallen waren. Indem die deutsch-französische Lobby bis zum Schluß an ihrer Vorstellung vom »guten Deutschland« festhielt, das unfähig war, den Wunsch nach nationaler Einheit zu äußern, hinderte sie uns noch 1989 daran, unsere auf drei Parametern beruhende, noch immer gaullistische Vorstellung von der alten Bundesrepublik zu aktualisieren:

- Französische Führung eines westeuropäischen Blocks mit Deutschland als assoziiertem Mitglied.

- Ablehnung der Wiedervereinigung, obwohl wir uns in den Abkommen von 1952 und 1954 verpflichtet hatten, sie zu



Kohls Europa-Plädoyer vor dem französischen Senat, 1993 Foto: dpa

fördern. Zur Ostpolitik zu Beginn der 70er Jahre entschließen wir uns nicht frohen Herzens – der Handlungsspielraum Frankreichs gegenüber den Volkdemokratien und der UdSSR wird dadurch eingeschränkt –, sondern weil mit der neuen Orientierung der Bundesrepublik endgültig alle Wiedervereinigungspläne überholt scheinen, da die Bundesrepublik die DDR *de facto* anerkennt.

– Indem wir unwiderruflich erklären, unsere Kernwaffen nicht aufgeben zu wollen, bewegen wir, wie in den Jahren 1979 bis 1983 – Stationierung der amerikanischen *Pershing*-Raketen – die Bundesrepublik dazu, weiterhin ihre Rolle als ausgezeichnetes strategisches Bollwerk zu spielen. Im übrigen ist daher nicht überraschend, daß die Diskussion über die Frage der deutschen Nation gerade 1981 beginnt, was die Franzosen aber nicht wirklich interessiert.

Gefangen in unseren Vorstellungen, worin uns die Ideologie der deutsch-fran-

zösischen Beziehungen bestärkt (und wobei unwichtig ist, wie wir Deutschland sehen, denn es ändert sich ja nicht!), kommen wir nicht einmal auf die Idee, die Deutschen könnten in einem kritischen Augenblick ihrer Geschichte auf unseren Rat verzichten und ignorieren zunächst großartig das geopolitische Erdbeben in Deutschland. Erklärt unser Außenminister nicht am 9. November deutlich, seine Generation werde vielleicht *eines Tages* den Abriß der Berliner Mauer erleben? Als wir endlich feststellen, daß der Zug in Bewegung geraten ist (das Bild übermäßiger Beschleunigung der Geschichte verkörperte Bundeskanzler Kohl!), rasen wir voran nach Kiew und Ostberlin. Kurz, wir versuchen, den Zug zum Entgleisen zu bringen, indem wir nacheinander die ostdeutsche, die sowjetische und die polnische Karte spielen.

Der Bundeskanzler erkennt die Oder-Neiße-Linie immer wieder als deutsch-polnische Grenze an. In dieser Frage hat er – wie im übrigen der Finanzminister Theo Waigel Anfang Juli 1989 – natürlich mit dem Vertriebenenverband zu kämpfen, der die Berücksichtigung der Ostgebiete, in diesem Fall Schlesiens und Pommerns, in den Grenzen Deutschlands von 1937 fordert – was im übrigen aus juristischer Sicht absolut vertretbar ist. Vielleicht war es richtig, sich mit Warschau im Gedenken an die schrecklichen Erfahrungen Polens während des Zweiten Weltkrieges zu verbrüdern, aber wir vermittelten vielen Deutschen den Eindruck, uns einseitig auf die Seite der Polen zu schlagen und die Zukunft Deutschlands bremsen zu wollen. Schließlich erklären wir öffentlich, die zunehmende Macht Deutschlands in Europa ausgleichen zu wollen und erfinden dazu eine Reihe immer dem gleichen Schema entsprechender Kombinationen mit Großbritannien, Italien und den Ländern im Osten (die europäische Konföderation von Präsident Mitterrand), d.h. das Erfordernis, Deutschland in Europa zu verankern. Doch die Franzosen werden dadurch desorientiert, wie die Meinungsumfrage nach der Euphorie über

den Fall der Mauer bestätigt: im Januar 1990 befürworten 61 % den Vereinigungsprozeß, im Oktober melden jedoch schon 64 % ernste Bedenken an und nur 37 % sind dafür. Wie Arnulf Baring formulierte, muß Frankreich die deutsche Wiedervereinigung »schlucken«.

Monolog zwischen zwei Partnern

Die Äußerungen des französischen Botschafters François Scheer in Bonn im März 1994 riefen auf Regierungsebene lautstarken Protest hervor, und der Diplomat wurde am 17. März ins Ministerium einbestellt, was unter befreundeten Staaten ein ungewöhnlicher Schritt ist. Was hat unser Botschafter aber eigentlich so Erstaunliches gesagt? Das jetzt vereinigte Deutschland präsentiert sich als Nation – was während der Zeit der Teilung nicht möglich war – mit nationalen Interessen, die von den Regierenden, wenn sie dieses Feld nicht zugunsten sehr wenig demokratischer Gruppen aufgeben wollen, verteidigt werden müssen. Die Beziehungen zwischen uns werden sich also mit oder ohne Dialog verändern. *Mit* Dialog, wenn wir die Gleichwertigkeit unserer Interessen akzeptieren, und *ohne*, wenn Paris weiter in den 60er Jahren leben will. Die geopolitische Konjunktur, wie François Scheer richtig erklärte, erfordert also *aus französischer Sicht* einen wirklichen Dialog der beiden Partner über Europa, zumal die einzelnen Positionen unklar geworden sind.

Die Diskussion über das französische Referendum zu Maastricht (im September 1992; 51,05 % *Ja*-Stimmen, 38,95 % *Nein*-Stimmen) zeigte, daß es dabei in Wirklichkeit nicht um Europa, sondern um Deutschland, ja, um eine verschwunden geglaubte Furcht vor Deutschland, ging. Die Befürworter des *Ja* beschworen für den Fall der Nicht-Ratifizierung des Maastrichter Vertrages das Gespenst der Rückkehr der Deutschen zu ihrem Schicksal herauf, die Befürworter des *Nein* malten das Gespenst der Entstehung eines *IV. Reichs* an die Wand, zu dem es schlimmstenfalls nach der Ratifizierung kommen könne.

Es ist nicht überraschend, daß Europa in dieser Debatte keine Rolle spielte. Die Amerikaner hatten uns aus Gründen der Ost-West-Konfrontation nach dem Kriege dazu genötigt, Europa zu akzeptieren. Wir haben aus Europa seit 1957 mangels einer Vision – selbst wenn es große französische Europäer gab – weitgehend eine bürokratische Institution gemacht, die in erster Linie Wirtschaftsdaten sammelt. Die europäische Idee war für die Deutschen dagegen in den 60er Jahren Ersatz für die unerreichbare nationale Einheit. Daher sind natürlich die Überlegungen in Deutschland wesentlich weiter fortgeschritten als in Frankreich. Dennoch macht uns das Europa der Deutschen einige Probleme.

Der Vertrag von Maastricht wurde Ende 1992 im Bundestag mit 547 gegen 17 Stimmen angenommen. Zweifellos war dieses Verfahren günstiger als eine Volksabstimmung, da 56 % der Wähler – vor allem die, denen bekannt war, daß sie 22,3 Millionen DM in die Kassen der Gemeinschaft eingezahlt hatten, Paris aber nur 3,5 Millionen – *gegen* Maastricht waren. Sogar in den Programmen der Regierungsparteien ist einige Orientierungslosigkeit zu spüren. Die CDU sprach sich in ihrem Programm erst für eine Konföderation, dann für eine Föderation oder sogar eine ganz neue Organisation Europas (Ende 1979) aus und kam auf dem Parteitag in Hamburg im Februar 1994 auf die Föderation zurück. Bei der bayerischen CSU war die Entwicklung noch uneinheitlicher. Ministerpräsident Edmund Stoiber erklärte Anfang November 1993, die Deutschen müßten endlich die Adenauerzeit hinter sich lassen, die Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses müsse zugunsten einer Erweiterung Europas gebremst werden und das Aufgehen Deutschlands in Europa sei unvorstellbar. Nebenbei ist festzustellen, daß die CSU (List der Geschichte!) das Konzept eines *Europa der Regionen* aus dem Parteiprogramm gestrichen, an dessen Stelle das eines *Europa der Nationen* gesetzt und gleichzeitig erneut den national-regionalistischen und bayerischen Charakter der Partei

unterstrichen hat. Muß man daraus den Schluß ziehen, daß Edmund Stoiber ein starkes Bayern in einem mächtigen Deutschland will? Wäre das stimmig, dann gäbe es wohl keinen Unterschied mehr zwischen der CSU und Manfred Brunners Bund Freier Bürger, der neuen und sehr kleinen Anti-Maastricht-Partei.

Es gibt weitere Indizien. Zahlreiche deutsche Beobachter, sogar unter den ausgesprochenen Befürwortern der europäischen Idee, sprechen von einer Verlagerung der Achse Paris-Bonn auf eine Achse Berlin-Prag-Wien. Handelt es sich hier nur um eine geographische Benennung der räumlichen Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten infolge der Wiedervereinigung? Soll damit einzig und allein zum Ausdruck gebracht werden, daß der deutsche Osthandel um 57 % zugenommen hat? Oder bedeutet dies, daß die Franzosen sich mit gallischem Archaismus starr der Bildung eines neuen Machtpols um Deutschland (und Österreich) im Zentrum Europas widersetzen? Der »Westen« müßte diese geopolitische Verlagerung dann tatsächlich zur Kenntnis nehmen, denn unsere ganze Konzeption von der Europäischen Gemeinschaft würde sich dadurch ändern.

Ein letztes Indiz: Wichtige deutsche Politiker wie Kurt Biedenkopf, Bernd Seite aus Mecklenburg-Vorpommern und Manfred Stolpe nehmen seit 1990 an deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Kolloquien teil, bei denen auf der Karte mit den östlichen Nachbarn grenzüberschreitende *Euroregionen* geschaffen werden sollen. Es kann sich im vorliegenden Falle um Projekte handeln, die die eigentliche europäische Idee fördern, wenn sich diese Euroregionalisierung auf eine fruchtbare Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft, Ökologie und Kultur beschränkt. Man muß sich aber darüber wundern, daß Egon Klepsch, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, im Frühjahr 1993 mit Theo Waigel an der Jahrestagung der Sudetendeutschen teilnahm, in dessen Verlauf das Konzept der Euroregionen und die (mögliche?) Rückkehr der

Sudetendeutschen in ihre Heimat von den Rednern in einen engen Zusammenhang gebracht wurden. Und ist es nicht merkwürdig, daß das Projekt einer Euroregion Pommern 1992 und 1993 stagnierte? Die Polen hatten gefordert, die Schweden und Dänen mit einzubeziehen. Um es ganz unverblümt zu sagen, träte an die Stelle eines positiven Euroregionalismus für alle Europäer diskret eine rein deutsche Aktion, dann sprächen wir nicht mehr vom gleichen Europa.

Aber selbst dann muß man miteinander reden. Andernfalls behalten die Stimmen in Frankreich recht, die ohne konkrete Beweise für ihre These auf eine spezifisch deutsche Geopolitik im ehemaligen Jugoslawien spekulierten, als Bonn es Ende Dezember 1991, sofort nach Maastricht, für richtig hielt, Slowenien und Kroatien unter Mißachtung der vorherigen Vereinbarungen im Alleingang anzuerkennen. In bestimmten Blättern der französischen Presse wird bald zu lesen sein, Deutschland (Österreich!) ziele auf die Zerstückelung der Region, um seine Hegemonie durchzusetzen. In diesem Falle dürfte man nicht mehr von Mißverständnis reden, sondern schlicht und einfach von einem beklagenswerten Mangel an Verständnis.

Verba et scripta manent

Es kommt noch schlimmer. Gerade in Zeiten der Sprachlosigkeit schmerzen Worte mehr als Taten. Man fragt sich, wie einige Journalisten des FIGARO Maastricht mit einem wirtschaftlichen Versailles gleichsetzen konnten. Und was stach Roland Dumas, als er im August 1993 im Zusammenhang mit der Kontroverse um die Bundesbank von der *Marne-Schlacht* sprach? Warum bekämpft der ehemalige Minister nicht besser das dringende Bedürfnis, dem deutschen Partner nachträglich den größten Teil der Verantwortung für Jugoslawien aufzubürden? Trotz alledem hat Frankreich diesem Vorgehen zugestimmt und kann es sich jetzt nicht zu Lasten des »befreundeten« Deutschland anders überlegen.

Und könnte umgekehrt der unheimlich bestechende Rudolf Augstein, der Chefredakteur des SPIEGEL, nicht zumindest zum Zeitpunkt unseres Wiedersehens seine wöchentlichen frankreichfeindlichen Ausfälle unterlassen? Und müssen wir wirklich noch heute in der FAZ lesen, der 6. Juni 1994 sei der Gedenktage der INVASION der Normandie durch die Alliierten? Man glaubt zu träumen.

Niemand zweifelt in Frankreich daran, daß Deutschland eine große und schöne Demokratie ist. Wenn Bundeskanzler Kohl jedoch um jeden Preis an der Feier teilnehmen will, verletzt er nicht die ganz jungen Generationen, sondern vor allem die alten Kriegsteilnehmer, die ihr Leben für die Befreiung Frankreichs und damit auch Deutschlands riskierten. Es besteht außerdem die Gefahr, daß er unser echtes Trauma bezüglich Deutschland wieder wachruft, das Trauma der schnellen, brutalen und unvorhergesehenen Niederlage 1940. Andererseits trifft zu, daß uns in Europa dringend symbolische Bande und europäische Schulbücher fehlen, die gemeinsame Darstellungen unserer jüngsten Geschichte enthalten. Unsere Aufgabe ist es, schnellstmöglich dafür zu sorgen.

Schäuble, Lamers und Karl der Große

Der zeitliche Ablauf der Ereignisse ist bekannt: 30. August: Der französische Premierminister Edouard Balladur spricht sich für eine Organisation Europas in konzentrischen Kreisen entsprechend der Integrationsfähigkeit der einzelnen Länder aus.

1. September: In den Überlegungen zur europäischen Politik der CDU/CSU-Fraktion wird der Gedanke aufgegriffen und die Bildung eines festen Kerns unter Einfluß Deutschlands, Frankreichs und der Benelux-Staaten vorgeschlagen.

5. September: Der Kanzler distanziert sich im Laufe eines Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi von dem Papier.

7. September: Helmut Kohl verteidigt die Überlegungen trotz Vorbehalte

auf »diplomatischer« Ebene im Bundestag. Über seinen Regierungssprecher Dieter Vogel läßt er allerdings erklären, daß es im Vorfeld der europäischen Regierungskonferenz 1996 mit Sicherheit zahlreiche weitere Beiträge dieser Art geben werde. Nicolas Sarkozy, Vogels Kollege in Paris, kann also guten Gewissens erklären, es gehe nicht darum »wen auch immer auszuschließen und sozusagen *urbi et orbi* festzulegen, welches die guten und welches die schlechten Schüler sind« (LIBÉRATION vom 8. September). Damit ist die Angelegenheit allerdings nicht erledigt. Die Überlegungen mögen von »germanischer Grobheit« geprägt sein (LE MONDE vom 4./5. September), aber sie haben in Frankreich die Notwendigkeit einer geopolitischen Diskussion über Europa deutlich gemacht, die die politische Klasse bisher peinlichst vermieden hat. In Paris hat man sicher das Recht, den Thesen von Schäuble und Lamers, die uns ein radikal anderes Europa vorstellen, ablehnend gegenüber zu stehen, aber der Nutzen des Papiers steht unseres Erachtens außer Frage.

Die französischen Kommentatoren haben sich zunächst einmal mit den Prämissen des Papiers befaßt. Die beiden Autoren waren so mutig (oder geschickt), mitten im Wahlkampf die Idee vom Tode Maastrichts (RÉFORME vom 2. September) zu propagieren und damit etwas auszusprechen, was viele Europäer denken, was aber selten mit so großem Nachdruck dargelegt wird. Schäuble und Lamers führen aus, der europäische Einigungsprozeß sei an einem kritischen Punkt seiner Entwicklung angelangt. Wir hätten schon Glück, so schreiben sie, wenn es uns gelänge, den gemeinschaftlichen Besitzstand ohne Abstriche zu wahren. Vereinfachend gesagt: die Flexibilität Maastrichts hat das Konzept Europas so verwischt, daß sich die Weiterentwicklung Europas daraus nicht mehr zwingend ergibt; in der Europäischen Union gibt es künftig eine variable Geometrie in den unterschiedlichsten Ausführungen (London, Kopenhagen, Athen). Mit ihren Überlegungen wollten die Autoren nicht einfach ein weiteres

Modell dieser Art einführen. Sie möchten offensichtlich weitergehen: um der Motor des Motors zu werden, muß sich der Kern eine eigene Organisation geben. Das Papier erläutert allerdings nicht, wie diese neue Struktur mit den bereits bestehenden Institutionen verknüpft wird (LE MONDE vom 15. September). Schäuble und Lamers erklären lediglich, die deutsch-französischen Beziehungen sollten »qualitativ« auf eine neue Stufe gestellt werden. Dieser Gedanke bedarf schon allein deswegen einer Klärung, weil Gaullisten und Kommunisten in Frankreich dazu allerlei Bösartiges einfällt. Diese unangenehmen Zeitgenossen fragen sich, ob der Plan der CDU/CSU-Fraktion nicht einfach eine Eingliederung Frankreichs in den deutschen Wirtschafts- und Finanzraum vorsieht (eine Idee, die durch den merkwürdigen Umstand, daß an die Stelle Belgiens, das die Kriterien nicht erfüllt, Irland tritt, das sie erfüllt, noch plausibler erscheint – siehe die Äußerungen des dänischen EU-Kommissars Henning Christophersen). Verlangen die beiden Autoren im übrigen nicht selbst, den Gegensatz zwischen einer eher protektionismus-anfälligen europäischen Gruppe unter einer gewissen Anführung Frankreichs und einer eher liberalen Gruppe unter einer gewissen Anführung Deutschlands aufzuheben? Einige Franzosen könnten sich früher oder später zu der Frage veranlaßt sehen, ob die CDU/CSU nicht die »neo-karolingische« Absicht habe, Paris im Namen der europäischen Sache die Rolle eines Juniorpartners zuzuweisen, ohne dieses Ziel offen auszusprechen zu wagen. Die Überlegungen lassen jedenfalls eine gewisse Orientierungssuche erkennen (LIBÉRATION vom 14. September).

Schäuble und Lamers haben uns insofern einen Dienst erwiesen, als sie auf einen für die Franzosen ausgesprochen heiklen Punkt hinweisen. Sie fordern uns auf, unsere Vorstellungen von Europa zu konkretisieren. Sind wir bereit, unsere nationale Souveränität teilweise an eine Europäische Union abzugeben, in der die Nationen überholt und zu »leeren Hüllen« geworden sind, oder sind wir es

nicht? Durchaus zu Recht wird auf die französische Unentschlossenheit in dieser Frage verwiesen. Gut die Hälfte der Franzosen, die sich aufgrund ihrer Geschichte der Nation als Fundament ihrer republikanischen Demokratie verbunden fühlen, sind zu diesem Schritt gewiß nicht bereit. Aus diesem Grund hat Paris übrigens beim Gipfel in Korfu im Juni des Jahres durchgesetzt, daß die mit der Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 beauftragte Arbeitsgruppe erst nach den französischen Präsidentschaftswahlen zusammentreten wird. Und es erklärt, warum die Vorschläge Balladurs Ende August so vage waren. Warum Sarkozy mit Nachdruck erklärte, daß die französische Position mit den Überlegungen wenig gemein habe, oder warum der französische Außenminister Alain Juppé jede vorherige Abstimmung zwischen Bonn und Paris in dieser Sache von sich wies und nachdrücklich den inoffiziellen Charakter des Papiers unterstrich. Eine Diskussion über dieses Thema, so scheinen unsere führenden Politiker zu befürchten, könnte die derzeitige Mehrheit spalten. Einmal mehr möchten wir das gerne vermeiden. Schäuble und Lamers haben also ins Schwarze getroffen. Bewunderer der schäubleschen Veröffentlichungen sind allerdings irritiert. Das wichtige, vor kurzem erschienene Werk des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion *Und der Zukunft zugewandt* (Siedler, 1994) zeigt, mit welcher irritierender Leichtigkeit der Autor je nach Gesprächspartner den Standpunkt wechselt. Bekräftigt er darin nicht seinen Wunsch, Deutschland möge endlich seine nationale Identität finden, eine Nation werden und sich dabei in gewisser Weise sogar am französischen Vorbild orientieren (S. 200)? Dies stimmt selbst den überzeugtesten Anhänger Hegels nachdenklich. Wahrscheinlich ist das Papier der CDU/CSU-Fraktion das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den beiden Autoren bzw. eines fraktions-internen Kompromisses, und es war Karl Lamers, ein anerkannter Freund Frankreichs, der Frankreich in LE MONDE vom 4./5. September aufforderte, »Farbe zu

bekennen«. Wie dem auch sei, Schäuble nötigt Bewunderung ab.

Die beiden Autoren weisen zu Recht darauf hin, daß Deutschland seit 1990 neue nationale Interessen zu wahren habe, daß es vorrangig von den Folgen östlicher Instabilität betroffen wäre, und daß es sich nach dem Zerfall der UDSSR und dem Erscheinen Rußlands auf der weltpolitischen Bühne eine Geopolitik schaffen müsse. In diesem Zusammenhang war es allerdings gewiß nicht erforderlich, das verstaubte Konzept der »Mittellage« aus der Versenkung hervorzuholen, das sich Ende des 19. Jahrhunderts einer gewissen Beliebtheit erfreute und auf »wissenschaftliche« Weise die strategischen Probleme sehr unterschiedlicher Länder erklären sollte. Und man nimmt mit Erschrecken zur Kenntnis, daß die »militärische, politische und moralische Katastrophe von 1945« dem endgültig geheilten Deutschland die historische Unmöglichkeit bewiesen habe, dieses Dilemma durch die Errichtung einer Hegemonie zu überwinden. Trotzdem gilt unverändert, daß eine Krise in der Ukraine oder Rumänien Deutschland unmittelbarer trafe als z. B. uns. Auch hier enthalten die Argumente der beiden Autoren viel Wahres in Bezug auf Frankreich: Wir können nicht einerseits von Deutschland verlangen, uns als Vorposten zu dienen, und ihm andererseits eine – noch zu erörternde – Rückkehr auf die osteuropäische Szene verwehren. Man kann die Auffassung vertreten, daß die deutsche Regierung, nachdem sie die Erweiterung Europas mit aller Macht betrieben hat, in den Überlegungen und dem festen Kern ein bequemes Mittel gefunden hat, um sich ihres schlechten Gewissens zu entledigen (LE FIGARO vom 12. September 1994). Zudem wird nicht recht deutlich, wie die Existenz eines festen Kerns, trotz dessen angeblicher Kohärenz, sich konkret auf die Beitrittskandidaten zur EU auswirken würde, denn abgesehen von unterschiedlich langen Übergangsfristen, die die Autoren den beitrittswilligen Ländern auferlegen wollen, erfahren die mit diesen Fragen bisher noch nicht so Vertrauten in den Überlegungen, daß sie

nicht von der wirtschaftlichen Solidarität profitieren würden, die bislang Spanien oder Griechenland zugute kam. Schäuble und Lamers haben allerdings bei der Auswahl der Beitrittskandidaten im Osten so wenig Probleme wie bei der Bestimmung des harten Kerns – sie nennen vom ehemaligen Jugoslawien nur Slowenien und lassen Rumänien und Bulgarien aus, ganz zu schweigen selbstverständlich von Albanien. Vor allem aber erklären beide unbeirrt in ihrem Papier, daß Deutschland mangels Fortschritten bei der Europäischen Union – so wie sie sie sich vorstellen? – »aufgefordert werden ... oder versucht sein« könnte, die Stabilisierung des östlichen Europas alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen, obwohl seine Kräfte dadurch bei weitem überfordert würden und dies zu einer Erosion des Zusammenhalts der Europäischen Union führen würde. Ein kleiner Satz, der natürlich die Franzosen tröstet, die Maastricht aus Furcht vor einem deutschen Rückfall befürwortet haben, gleichzeitig aber ihre französischen Gegner stärkt, für die sich Deutschland nie ändern wird. Dieses Argument ist also mit äußerster Vorsicht zu handhaben.

Und wenn nun das Papier der CDU/CSU-Fraktion die gleich Funktion hätte wie das Angebot Adenauers eines Zusammenschlusses Deutschlands und Frankreichs im Jahre 1950, bei dem der geistige Urheber genau wußte, daß es auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg haben würde? Nein, das ist ganz unmöglich.

Der erste Teil des Textes stammt aus der jüngsten Ausgabe der geopolitischen Zeitschrift »LIMES«, Editions La découverte, zum Thema »Les fractures de l'occident«.

Das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum weiteren Einigungsprozeß, das sogenannte »Schäuble-Papier«, hat in Italien eine heftige Reaktion, aber auch eine Kontroverse ausgelöst. So kommentierte die Turiner Tageszeitung LA STAMPA: »Die Deutschen haben laut und mit brutaler Offenheit ausgesprochen, was in Brüssel viele hinter vorgehaltener Hand seit mindestens zwei Jahren gesagt haben. Die Union ist zu groß und zu heterogen, als daß alle ihre Mitglieder gemeinsam dieselben Ziele erreichen könnten.« Die Regierung Berlusconi sprach mit vielen empörten Stimmen, im Tenor aber einstimmig und im inzwischen für sie eigen gewordenen Fußballjargon: Die Deutschen wollen Italien zweitklassig machen: wir gehören nicht in die Zweite, sondern als Gründungsmitglied der EG in die Erste Liga.

Einige politische Beobachter und Politiker der Opposition erinnerten jedoch zur gleichen Zeit daran, daß die Regierung mit ihrem eingeschlagenen Kurs gar nicht in der Lage sei, die Auflagen von Maastricht bis 1996 einzulösen. Wenige Tage nach dem ersten empörten Aufschrei meldete sich auch FIAT-Chef Agnelli zu Wort und meinte, er sähe in dem deutschen Vorschlag keinen Skandal und auch nicht, daß Italien als ein Land eingeschätzt würde, das mit langsamerer Geschwindigkeit auf Europa zuröle. Der Rektor der renommierten Bocconi-Universität in Mailand, Wirtschaftsprofessor Mario Monti, der inzwischen zum Kommissar für den europäischen Binnenmarkt in Brüssel ernannt wurde, legte ein langes wirtschaftspolitisches Sündenregister vor, welches nachwies, daß sich Italien selbst aus der europäischen Kerngruppe heraus und in die Zweitklassigkeit hinabkatapultiert habe. Auch den Argumenten anderer Experten, die in die gleiche Richtung wie Mario Monti zielten, hatte die Regierung wenig entgegenzusetzen.

Man mußte den Eindruck gewinnen, daß die FORZA ITALIA-Partei Berlusconis und die Faschisten (die *Lega* hatte sich an der ganzen Debatte nicht beteiligt) sich eher in ihrem Stolz verletzt gefühlt hatten, ihr Image angekratzt sahen, als daß sie in der Substanz einen fundierten Dissens hätten begründen können.

Auch die *Confindustria* (der Bundesverband der Industrie) hatte bei realistischer Einschätzung der Zweitklassigkeit der Staatsbilanzen und wohl auch sonst nichts dagegen einzuwenden, in Europa an längerer Leine zu laufen. Das taktische Ausscheiden aus dem EWS und die ständige Abwertung der Lira hatte ja gerade erst das »Export-Wunder« vollbracht, ihre Auftragsbücher wieder vollgeschrieben und die Kassen gefüllt.

Doch unabhängig von tagespolitischen Zänkereien ist die neue italienische Regierung unter Berlusconi, ist das Rechtskartell auch gar nicht bestrebt, Teil einer *Kerneuropa*-Gruppe zu sein. Wenn der Vertrag von Maastricht auch offengelassen hat, ob es sich bei der künftigen Europäischen Union um einen föderalen Bundesstaat (mit einem starken Subsidiaritätsprinzip) oder um einen Staatenbund, um eine reine Wirtschaftsunion bzw. Freihandelszone oder um eine politische Union handeln soll, so scheinen die fünf Länder der *Kerneuropa*-Gruppe doch wohl (mehrheitlich in ihren Staaten) dafür zu plädieren, einen engeren politischen Zusammenschluß zustande zu bringen. Die derzeitigen Regierungskräfte in Italien zielen aber in die entgegengesetzte Richtung und stehen der britischen Position sehr viel näher als etwa der deutsch/französischen.

Man kann sogar sagen, daß die derzeitige italienische Vorstellung sich sehr viel radikaler an einen losen Staatenbund anlehnt, als es Großbritannien tut. Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur. Die jetzige Regierung Berlusconi hat sehr viel mehr Affinitäten mit der Rea-

gan- und Bush-Administration in den USA als mit der von Präsident Clinton. Die hinter den Republikanern stehenden und die Berlusconi stützenden Kreise zeichnet ein gemeinsames Interesse zum gegenseitigen Vorteil aus.

Italien möchte als privilegierter Juniorpartner der USA in Europa (zumindest im südlichen Europa) aufsteigen bzw. wieder aufsteigen; jenes politische Amerika ist wohl eher geneigt, über Italien einen allzu schnellen Einigungsprozeß in Europa zu verhindern und mit Italien einen Partner zu haben, der frei verfügbar ohne allzu starke europäische Fesseln nach Osten auf dem Balkan, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten agieren kann. Das schon jetzt umgestellte Hilfs- und Kooperationsprogramm zielt eindeutig in diese Richtung.

Aber noch mehr: Gegenüber allen italienischen Regierungen der letzten 15 Jahre (und mehr) ist schon in den ersten sechs Monaten der Rechts-Koalition ein Paradigmawechsel vollzogen worden.

Die nationalen Interessen haben Priorität vor denen der Einbindung in europäische Ziele (»regressiver Nationalismus«) – der Krach über die Umsetzung des italienisch-österreichischen Vertragswerks hinsichtlich Südtirol zeigt dies offen; bilaterale Verträge und Abkommen genießen Vorrang vor multilateralen der Europäischen Union – das unbeirrbar Veto Italiens gegen einen Beitritt Sloweniens zur EU, bevor nicht die (teilweise revanchistischen) Forderungen und Wünsche Italiens in einem bilateralen Vertrag geregelt sind, machen dies deutlich. (Welche prinzipielle Bedeutung die Regierung dem beimißt, mag man daran erkennen, daß Italien zur Casablanca-Konferenz nur eine zweitrangige Garnitur entsandte, weil Außenminister Antonio Martino, wie er selbst bestätigte, an diesem Tag – d. h. der Eröffnung der Konferenz in Casablanca – persönlich in Luxemburg anwesend sein wollte, »um dem Veto gegen das Beitritts-gesuch Sloweniens mehr Nachdruck zu verleihen«.)

Alcide de Gasperi in der Villa Hammerschmidt mit Theodor Heuss und Konrad Adenauer, 1952

Foto: dpa



Alle bisherigen außenpolitischen Aktionen laufen darauf hinaus, daß Italien weniger daran interessiert ist, den Südpfeiler der Europäischen Union im Mittelmeer zu spielen, als vielmehr freischwebende nationale Politik zu betreiben und gleichzeitig im europäischen Bund zu verbleiben.

Aber es gibt viele andere Punkte, die im Gegensatz zu den Vorstellungen der *Kerneuropa*-Gruppe über den Maastricht-Vertrag stehen. (Abgesehen davon, daß schon unmittelbar nach der Machtübernahme die Faschisten von ALLEANZA NAZIONALE und FORZA ITALIA lautstark verkündeten, diesen Vertrag in Fetzen zu reißen und ihn neuverhandeln zu lassen, womit sie die eingegangenen Verpflichtungen Italiens durch die vorherigen Regierungen auf den Kopf gestellt hätten!) Einer davon wird geradezu prototypisch durch den neuen italienischen Außenminister personifiziert. Antonio Martino, Professor für Wirtschaftswissenschaften, war von 1988 bis 1990 der jüngste Präsident der rechtskonservativen MONT PÉLERIN SOCIETY (MPS), die weltweit ungefähr 500 »auserlesene« Mitglieder zählt. Heute wird die Gesellschaft von neoliberalen Ökonomen der Chicago-Schule wie Milton Friedman und Gary Becker dominiert. Antonio Martino wurde an der Universität von Chicago vom führenden MPS-Mitglied Friedman persönlich in die Geheimnisse der monetaristischen Ökonomie eingeweiht. Hier lernte er, wie man durch unternehmerfreundliche Politik die Produktion und das Warenangebot fördert – und zwar durch staatliche Patentrezepte: Steuern senken, Löhne nach unten flexibilisieren und einschränkende staatliche Sozial- und Finanzregulierungen abschaffen.

Der außer in Chicago zusätzlich in der rechtskonservativen US-amerikanischen HERITAGE FOUNDATION geschulte Martino war schon Berlusconis langjähriger Berater, als dieser noch Chef von FININVEST war. Mit einem anderen langjährigen Berater, C. Previti, dem heutigen Verteidigungsminister, war es vor allem der überzeugte Antikommunist Martino, der seinem Freund Berlusconi die Al-

lianzen mit den Faschisten empfahl. Die Grundprinzipien der einst von ihm präsierten MPS schrieb er auch als Verfasser des Wirtschaftsprogramms von FORZA ITALIA in diesem fest: Türen nach links hermetisch abriegeln, Türen nach rechts hingegen unbeschränkt öffnen. Für Martino besteht das »höchste moralische Prinzip in der Wirtschaft« darin, Profit zu erzielen, während jede andere Überlegung, beispielsweise sozialer Art, »unmoralisch« ist. (Ganz wie sein Ziehvater, der sein neoliberales Wirtschaftsmodell schließlich auch im rechtsdiktatorischen Chile Augusto Pinochets erprobte.)

Martino verkörpert nahezu idealtypisch das, was der US-amerikanische Ökonom und Gesellschaftskritiker J. K. Galbraith die *Culture of Contentment* bezeichnet, eben jene illusionäre Selbstzufriedenheit der herrschenden Eliten in den USA im Angesicht der gesellschaftlichen Zerfallerscheinungen. Außerdem ist er auch ein Prototyp dessen, was Jacques Delors den »Zynismus der Ultra-Liberalen« nennt. (Es sei nur angemerkt, daß die italienische Regierung in den für Europa entscheidenden Bereichen zur Mehrheit aus »ultraliberalen Zynikern« besteht.) Wenn der Kopf der Wirtschaftspolitik der Berlusconi-Regierung, Antonio Martino, in der neuen italienischen Exekutive kein ökonomisches Ressort besetzt hält, sondern den Posten des Außenministers bekleidet, so hat das damit zu tun, daß er am meisten geeignet erscheint, um den idealen Banner-Träger der *Supple-side*-Politik Friedmanschen Zuschnitts abzugeben, die bisher über Großbritannien hinaus in der Europäischen Union nicht Fuß fassen konnte.

Es steht außer Frage, daß die Regierung Berlusconi ein solches Wirtschaftsprogramm (bei dessen Realisierung sie aber auf größere Schwierigkeiten stößt, als sie angenommen hatte) auch in den europäischen Einigungsprozeß einbringen möchte. Eine solche Politik stößt sich aber mit einem weiteren Punkt im Maastrichter Vertrag und kollidiert auch frontal selbst mit Vorstellungen der CDU/CSU in Deutschland oder der konservativen Regierung Balladurs in

Frankreich. Im Währungsbereich gestatten nämlich nur stabile Verhältnisse den schrittweisen Aufbau der Währungsunion, die aber wiederum einer der wichtigsten Kernpunkte für eine Politische Union darstellt. Italien ist aber nicht nur nicht bereit, sich unter die größeren Bandbreiten des Europäischen Währungssystems zu begeben, sondern möchte weiterhin eine an kurzfristigen nationalen Bedürfnissen orientierte Geldpolitik betreiben. Abgesehen davon, daß Italien die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien weder inhaltlich noch zeitlich erfüllen kann, scheint die gegenwärtige Regierung auch gar nicht geneigt zu sein, sie erfüllen zu wollen. Der massive Angriff auf die Zentralbank Italiens, vorgetragen von den Faschisten und unterstützt von FORZA ITALIA, die »europaorientiert« umgepolt und unter die nationalen Interessen in die Abhängigkeit der Regierung gepreßt werden sollte, macht diese Orientierung des Berlusconi-Kartells nur allzu deutlich. Eine Politik, die sich an die permanenten *capricci* der Lira (die unter Berlusconi in sechs Monaten 25 Prozent ihres Wertes verloren hat) und an eine Regierung bindet, die permanent die Abhängigkeit der Zentralbank in Frage stellt, dürfte, was die Geldwertstabilität der DM bzw. des Francs betrifft, weder in der deutschen Bevölkerung noch in der Frankreichs konsensfähig sein. Ganz abgesehen von sozialdemokratisch/sozialistischen Positionen läßt sich auch nicht erkennen, wie z. B. die Vorstellungen einer von CDU/CSU geführten Regierung in Deutschland mit denen der rechtskartellierten Exekutive in Italien auf den Gebieten der Steuer- und Haushaltspolitik oder der Wirtschafts- und Sozialpolitik in engere Abstimmung oder gar in Einklang gebracht werden könnten. Dies ist jedoch eine der Voraussetzungen, um zu einer Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses zu kommen.

Wenn in Holland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Deutschland und anderswo angedacht wird, das Europaparlament zum gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Rat, der sich zu einer

zweiten, einer Staatenkammer entwickelt, zu machen und der Kommission Züge einer europäischen Regierung zu verleihen, so laufen die Denkansätze der Berlusconi-Administration in die genau entgegengesetzte Richtung. Wie z. B. bei den Debatten über Informationsfreiheit oder den Aufbau von Infrastrukturnetzen der Kommunikation im Europaparlament im Oktober dieses Jahres deutlich wurde (alle Fraktionen aller Länder – von rechts bis links – akzeptierten eine gemeinsame Diskussionsgrundlage, nur die Faschisten der ALLEANZA NAZIONALE und Berlusconi's FORZA ITALIA aus Italien akzeptierten sie nicht), empfindet die derzeitige italienische Regierung schon jetzt die Befugnisse des Europaparlaments als zu weitreichend ebenso wie die der Kommission und als eine teilweise unerträgliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Von den Faschisten unter Druck gesetzt, sind ihr »föderale Ausgestaltung« und »Subsidiaritätsprinzip« ein Dorn im Auge. Dies bekommt vor allem der Koalitionspartner im Berlusconi-Kabinet, die LEGA, tagtäglich zu spüren, die zur Voraussetzung ihrer Regierungsbeteiligung eine föderative Umgestaltung Italiens nach (leicht abgewandeltem) bundesdeutschen Muster gemacht hatte. Zuvor war dies der LEGA in den Koalitionsverhandlungen von Berlusconi auch zugesichert und mit der Zuteilung des *Ministeriums für institutionelle Reformen* an einen Mann der LEGA auch (scheinbar) honoriert worden, doch wie sich in der »Realpolitik« zeigen sollte, war dies nur als Placebo vom Duo Berlusconi-Fini gedacht.

Die Liste der Punkte, über die sich Italien durch die gegenwärtige Regierung aus dem sich »vertiefenden« Einigungsprozeß Europas ausklinkt, könnte beliebig verlängert werden. Bei diesem Prozeß des Entfernens von der »Kerngruppe« wird auch immer deutlicher, daß nicht der Regierungschef Berlusconi die treibende und bestimmende Kraft ist, sondern nur als Direktor der der Öffentlichkeit verantwortlichen Verkaufsabteilung dieser italienischen »Firmen-Regierung« fungiert.

Im Zentrum Roms, rund um den Palazzo Chigi – dem Regierungssitz –, ist man gegenwärtig »Europa à la carte«, tanzt man am liebsten mal auf dieser, mal auf jener Hochzeit, bewegt sich gerne mal, »der Freiheit wegen«, außerhalb der familiären Bindungen und sucht, »wie das unter Freunden nun mal so üblich ist«, auch gerne ein exotisches Bordell auf – die Hure ist dabei egal, Hauptsache sie ist eine. Unter diesen Prämissen bewegt sich gegenwärtig die Regierung in Italien, in diesem Rahmen handelt ihr Chef Berlusconi. Ist daran abzulesen, daß Italien die Weichen bezüglich Europas gestellt hat?

JÜRGEN KRÖNIG

Großbritannien und Europa – ein Trauerspiel

»Wir fühlen uns verbunden, aber gehören nicht dazu: wir nehmen Anteil, aber wir sind nicht beteiligt.«

Churchills Absage an ein Vereinigtes Europa mit britischer Beteiligung, 1945

Karl Lamers war perplex. Solch negative Resonanz hatte der außenpolitische Vordenker der CDU/CSU-Fraktion von seinen britischen Gesprächspartnern nun doch nicht erwartet. Ihm gegenüber saß ein gutes Dutzend konservativer Parlamentarier und Regierungsmitglieder; nach Bonn gekommen waren sie auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich bemüht, den Dialog zwischen Tories und Christdemokraten gerade auch in schwierigen Zeiten nicht abreißen zu lassen. Der intime Rahmen des Treffens förderte den Freimut. Da gab es keinen unter den britischen Konservativen, der an dem Europa-Papier auch nur ein gutes Haar ließ. Voller Skepsis vernahmen

sie die Versicherung von Lamers, mit dem Konzept eines Kerneuropa werde keine europäische Zweiklassengesellschaft angepeilt. Sein Werben um Großbritannien stieß auf taube Ohren; sein eindringlicher Appell – »wir Deutschen brauchen den europäischen Weg, weil wir den deutschen Sonderweg, der jetzt erstmals wieder möglich ist, nicht einschlagen wollen« – wurde mit Befremden aufgenommen.

Eine anglo-deutsche Begegnung

Für Großbritannien völlig unakzeptabel seien die Vorstellungen, die in dem Papier entwickelt würden, erklärte ein *Whip* der konservativen Fraktionsführung im Unterhaus. Nur eine »verblendete politische Elite«, die sich nicht um die Wünsche ihres Volkes schere, könne heute noch den europäischen Superstaat propagieren. Und dann folgte das neo-konservative Credo, von dem öffentlich kaum ein Tory abzuweichen wagt: Vonnöten sei nicht mehr europäische Integration, sondern mehr europäische Wettbewerbsfähigkeit; das aber verlange weniger europäische Gesetzgebung, weniger Harmonisierung und weniger Regulierung. »Die armen Deutschen«, meinte ein anderer Tory; in dem CDU/CSU-Papier würden sie als »Psychopathen« vorgestellt, die »ohne regelmäßig verabreichte Euro-Droge« nicht auskommen könnten. Er fände es »deprimierend«, daß Deutschland so wenig an sich selbst glaube und deshalb darauf poche, in ein zentralisiertes Europa eingebunden zu werden. Ein »Juniorminister« (Staatssekretär) variierte dieses Argument. Zwei Dinge machten ihm Sorgen – der »Schuldkomplex« der Deutschen und ihr »Europafanatismus«, den sie offenkundig an den Tag legten, um andere zu beruhigen. Deutschland mangle es an Selbstbewußtsein und dem Vertrauen in die eigene Fähigkeit, der Versuchung zu widerstehen, den gleichen verhängnisvollen Weg wie in der Vergangenheit einzuschlagen. »Wir sollten uns nicht von Deutschlands Gewissensproblemen in eine europäische Lösung – hineindrän-

gen lassen, die falsch, ja gefährlich ist«. Eine politische Union, dazu noch im Eiltempo erzwungen, werde im übrigen genau jene bedrohlichen nationalistischen Reaktionen heraufbeschwören, in Deutschland wie anderswo, die es doch zu vermeiden gelte. Aus Höflichkeit vermied es dieser Politiker, den Autoren des CDU-Papieres vorzuwerfen, sie setzten zaudernde, weniger integrationswillige Länder ungebührlich unter Druck. Später, unter vier Augen aber gab er zu verstehen, den Verfassern sei, »hoffentlich ungewollt«, eine klare Drohung entschlüpft, die ihn vor allem deshalb beunruhige, weil sie ein erstaunliches Maß an Unsicherheit und Selbstzweifel offenbare. »Wenn die Deutschen sich selbst nicht trauen, warum sollten wir es dann tun?«

Besagter Staatssekretär zählt nicht einmal zur Riege harter Euro-Skeptiker: er zieht es vor, sich als »Euro-Realist« zu bezeichnen. Die unversöhnlichen Gegner der Europäischen Union zogen aus dem ominösen Papier weitaus unfreundlichere Schlußfolgerungen. Zwar erfüllte es sie mit leiser Schadenfreude, daß prominente CDU-Politiker, etwa Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, nicht sonderlich angetan waren vom »Schäuble-Papier« und sich, wie ein Tory-Abgeordneter süffisant konstatierte, durch eine »gesunde Dosis von Euroskeptizismus« auszeichneten. Ihr aufs neue entfachtetes Mißtrauen gegen Deutschland aber wurde auch nicht dadurch verringert, daß Helmut Kohl sich ausdrücklich von den europapolitischen Überlegungen seines Fraktionschefs distanzierte. Im Gegenteil – sie betrachten dies als »rein taktische« Maßnahme, als eine »Beruhigungsspiel« für ängstliche Gemüter in anderen Staaten der »Europäischen Gemeinschaft«, wie sie die EU auch heute noch beharrlich zu nennen pflegen. Ein Tory, der gegen Maastricht gestimmt hatte und bereit gewesen war, darüber gar die eigene Regierung zu Fall zu bringen, machte keinen Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland »systematisch die Hegemonie auf dem Kontinent anstrebt«. Das Schäuble/Lamers-



Delors-Nachfolger Jacques Santer

Foto: dpa

Papier ist seiner Meinung nach kein intellektueller »Ausrutscher«, es enthüllt vielmehr, was die »Elite der Bundesrepublik denkt und plant«. Nicholas Ridley, langjähriger treuer Weggefährte Margaret Thatchers, habe recht gehabt, als er 1989 Währungsunion und EU einen »deutschen Trick« nannte, um sich die Vorherrschaft in Europa zu sichern. Die deutschen Pläne träten jetzt in ein »neues bedrohliches Stadium«. Der Abgeordnete, bei moderaten Fraktionskollegen als hoffnungsloser »Europhobe« verschrien, ging sogar soweit, den baldigen deutschen Griff nach den früheren Ostgebieten jenseits der Oder-Neiße vor auszusagen – natürlich nicht mit militärischen Mitteln, sondern durch »politischen Druck und finanzielle Erpressung«. Helmut Kohl hält er für »einen der klügsten Politiker Europas«; der Kanzler habe erkannt, daß man das traditionelle Ziel deutscher Politik Ende des 20. Jahrhunderts eben auf »zeitgemäße Weise« verfolgen müsse. Wie dem Verhängnis Einhalt gebieten? »Durch verzö-

gern, bremsen, stören und Neinsagen, wann und wo immer möglich.«

Bei den Bonner Begegnungen hielten sich die Pro-Europäer unter den Tories bedeckt, überließen den anderen das Feld. Auch sie hat das CDU-Papier verstimmt: »Schädlich«, »zu weit vorgeprescht«, lautet ihr Urteil; selbst »Gutwillige« würden überfordert, notwendige Fortschritte in der europäischen Integration eher erschwert, wenn nicht gefährdet. Ein Juniorminister der Major-Regierung gestand freimütig, daß er es vorziehe, »wegzutauchen, wenn Europa diskutiert wird«. So sehe nun einmal die harte Realität in seiner Partei aus. Die »Europhoben« seien, sagt er, »von allen guten Geistern verlassen«: es sei absurd, die EU als Vehikel eines deutschen »Takeovers« zu deuten. Die Deutschen hätten Europa deshalb so enthusiastisch angenommen, sagt er, weil sie darin eine Chance sahen, »schneller in die zivilisierte Welt zurückzukehren«. Den Autoren des CDU-Papier bescheinigt er zwar »ehrenwerte Absichten«, zugleich aber ein gerütteltes Maß an Naivität. Das Ganze werde sich bald schon als unglückliche, weil kontraproduktive Strategie erweisen – die Europa-Gegner in seiner Partei würden insgeheim frohlocken über die unbeabsichtigte Schützenhilfe aus Deutschland.

Abschied von Europa?

Auf dem Jahreskongreß der Konservativen in Bournemouth sollten sich die dunklen Ahnungen der Pro-Europäer unter den Konservativen bestätigen. Stärker denn je zuvor haben sich die Gewichte zugunsten der *Euroskeptics* verschoben, beim Fußvolk der Partei, den Aktivisten und auch in der Parlamentsfraktion. Selbst der Ausstieg aus Europa ist nicht mehr völlig undenkbar. Bislang war das eine Vorstellung, der nur *Crackpots* anhängen, die man nicht weiter ernst zu nehmen brauchte. Jetzt gewinnt die Idee an Boden. John Majors früherer Schatzkanzler Norman Lamont, mag ein verbitterter, rachsüchtiger Mann sein – aber er hat öffentlich ausgesprochen,

was viele Konservative schon lange denken: Europa steht ihnen bis oben; ökonomisch, so behaupten sie, ist ihr Land nicht auf die Mitgliedschaft in der EU angewiesen: (davon kann sie selbst der Hinweis nicht abbringen, daß Japaner und Koreaner doch wohl nur deshalb in Großbritannien investierten, um sich den Zugang zum europäischen Markt zu sichern); die Ratifizierung von Maastricht war eine bedauerliche Fehlentscheidung – ein Schritt zuviel in Richtung auf den »europäischen Superstaat«. Fortan heißt es, sich jeder weiteren Minderung britischer Souveränität zu widersetzen. Manche pro-europäischen Tories halten es angesichts der wachsenden innerparteilichen Kluft über Europa nicht mehr für ausgeschlossen, daß sich ihre Partei spalten wird. »Wir können nicht ewig auf dem europäischen Zaun sitzen«, sagt der frühere Fraktionschef Tim Renton, »wir müssen uns irgendwann entscheiden«; er sieht den Zeitpunkt herannahen, an dem es zu entscheiden gelte, ob es nicht besser sei, sich zu trennen.

Nicht länger mehr können die Regierungen auf dem Kontinent sich in der Sicherheit wiegen, ihr britischer Counterpart sei zwar schwierig, letztlich aber doch kooperationswillig. John Majors Wunsch nach einem »Platz im Herzen Europas« für sein Land ist zu einer hohlen Phrase geworden. Der Premier ist deutlich nach rechts gerückt, um sein politisches Überleben zu sichern. Schließlich bezeichnen sich mittlerweile rund 70 % aller konservativen Abgeordneten als entschiedene Gegner weiterer europäischer Integration; kategorisch lehnen sie die europäische Währungsunion ab, was immer sich daraus an ökonomischen Konsequenzen für ihr Land ergeben mag; sie fordern die Entmachtung der Brüsseler Kommission, sie verlangen wenn nicht gleich die Abschaffung des Europa-Parlamentes, so doch die drastische Reduzierung seiner wahrlich nicht beeindruckenden Kompetenzen. Die Pro-Europäer bei den Konservativen sind zu einer kleinen, verzagten Minderheit zusammengeschrunpft. Sie können sich nicht einmal mehr damit trösten, zumin-

dest im Kabinett eine Mehrheit auf ihrer Seite zu wissen. Die Karrieren der prominentesten Pro-Europäer in der Regierungsmannschaft neigen sich dem Ende entgegen. Außenminister Douglas Hurd verkündet zwar beharrlich, Großbritannien sei dabei, die intellektuelle Debatte über das künftige Gesicht Europas zu gewinnen, aber die große Mehrheit der Konservativen nimmt ihm dies nicht ab – Bonn und Paris werden das Projekt Europäische Integration künftig noch energischer vorantreiben, lautet eine weitverbreitete Auffassung; ganz pessimistische Gemüter rechnen gar schon mit dem »Alptraum-Szenario«, dem Gespann Delors/Kohl. Außenminister Hurd ist ein einsamer Rufer geworden, der leicht angewidert und resigniert vor dem »gefährlichen xenophobischen Spiel« warnt, dem seine Partei sich hingibt. Er wird womöglich im nächsten Sommer aus dem Amt scheiden. Der Stern von Industrieminister Michael Heseltine, einem anderen dezidiert pro-europäischen Schwergewicht im Kabinett, beginnt zu verblassen. Schatzkanzler Kenneth Clarke schließlich verzichtete in seiner Parteitagerede ganz darauf, für europapolitische Vernunft zu plädieren. Er fürchtet, daß ein »engstirniger Nationalismus« seine Partei für ein Vierteljahrhundert zur Opposition verurteilen könnte; bezeichnenderweise suchen Clarke und andere Pro-Europäer nach Verbündeten für die »Schlacht um Europa« in der Londoner City, bei Banken und Großunternehmen; sie hoffen, die Schwankenden in der Regierungspartei durch den Hinweis auf die verheerenden ökonomischen Folgen einer europäischen Verweigerung doch noch auf ihre Seite zu ziehen. Bei den Politikern in dieser neuen »Euro-Allianz« handelt es sich – auch das ist ein Indiz für die Veränderung innerparteilicher Machtstrukturen – zumeist um *Tory*-Veteranen, etwa Sir Geoffrey Howe, früherer Schatzkanzler und Außenminister Margaret Thatchers, Sir Leon Brittan, Großbritanniens Europakommissar und Lord Kingsdown, ehemals Gouverneur der Bank von England.

Gleichwohl erscheint es fraglich, ob

sich die Metamorphose der Tories zu einer anti-europäischen Partei verhindern läßt. In der britischen Parteienlandschaft vollzieht sich ein bemerkenswertes Wechselspiel. Bis in die 80er Jahre hinein war Labour ganz auf anti-europäischen Kurs festgelegt; die *EG* galt ihr als kapitalistisches Projekt, das den Sozialismus in einem Lande verhinderte. In dem Maße, in dem die Opposition ideologischen Ballast abwarf und sich isolationistischer Neigungen entledigte, begannen die Konservativen, Europa den Rücken zu kehren. Margaret Thatcher hat diesen Prozeß eingeleitet, nachdem ihr klar geworden war, daß der Gemeinsame Markt, den sie zunächst enthusiastisch begrüßt hatte, eben doch mehr sein würde als nur eine Freihandelszone, da er zwangsläufig nicht nur nach umfassender Angleichung und Harmonisierung, sondern auch nach supranationalen Institutionen inklusive einer Zentralbank verlangte. Jetzt hat sich in der Regierungspartei eine machtvolle Allianz gebildet, die danach trachtet, die weitere Preisgabe nationaler Souveränität zu verhindern. Seite an Seite stehen national-konservative Traditionalisten, die vom Empire träumen und »deutsche Vorherrschaft« fürchten sowie die ideologischen Sprößlinge der Thatcherrevolution. Die »Neue Rechte« ist fest entschlossen, sich die nationale Spielwiese für die Verwirklichung ihrer Ideologie von ungezügelter Markt, Deregulierung und umfassender Privatisierung nicht durch europäische Harmonisierung und Sozialcharta nehmen zu lassen. Wer darauf aus ist, im Hayekschen Sinne den Staat »verschwinden« zu lassen, mag sich für eine zusätzliche Entscheidungsebene samt dazugehöriger Bürokratie schon gar nicht erwärmen.

Majors anti-europäische Karte

Was ist in dieser Situation von John Major zu erwarten? Intellektuell ist seine Position alles andere als kohärent. Er redet von »variabler europäischer Geometrie« und verwahrt sich im gleichen Atemzug dagegen, daß Großbritannien

in die Zweite Liga Europas relegiert wird. Dem Premier »schaudert bei der Vorstellung von einer Union, in der einige gleicher sind als andere« – eine bewußte Fehlinterpretation des CDU-Papiers, die bei den Tories gang und gebe ist. Zugleich aber bescheinigt Major der Europäischen Union, daß ihre ursprünglich geopolitische Aufgabe, Westeuropa zu befrieden und zu stabilisieren, erfolgreich abgeschlossen und deshalb nun obsolet, »altmodisch und überholt«, geworden sei. Welche Rolle die EU künftig spielen soll, ist weniger klar – mehr »Flexibilität«, »weiter, aber nicht tiefer«, jedenfalls weg von der ursprünglichen Vision, die zum Vertrag von Rom führte – ein Brückenschlag zur deutschen Position, wie sie im CDU-Papier postuliert wird, ist schwer vorstellbar. Es nimmt nicht weiter wunder, daß sein Bonner »Freund Helmut« John Major längst abgeschrieben hat. Die Hoffnung hat sich zerschlagen, die britischen Tories könnten sich »christdemokratisieren« und verlässlichere europäische Partner werden. Noch einmal dürfte der Bundeskanzler dem britischen Premier bei einer europäischen Konferenz nicht, wie in Maastricht geschehen, den Weg ebnen zu einem erträglichen Kompromiß.

Aber vielleicht steht dies gar nicht mehr auf der Rechnung des britischen Regierungschefs. Major scheint entschlossen, die anti-europäische Karte zu spielen und die Verhandlungen über Maastricht 2 in seine Wahlkampfstrategie einzubauen. Der antieuropäische Flügel der Tories hat bereits begonnen, die Partei auf einen antieuropäischen Wahlkampf einzuschwören; an die Spitze einer garstig populistischen Bewegung hat sich der neue Star der Neokonservativen, Arbeitsminister Michael Portillo gesetzt, intellektueller Vordenker der »Neuen Rechten«, den Margaret Thatcher nicht zufällig als ihren legitimen Erben betrachtet. Er profiliert sich mit demagogischen Ausfällen gegen »korrupte Ausländer« und »die Brüsseler Seuche«. Leider spricht alles dafür, daß die Tories sich im kommenden Wahlkampf in den *Union Jack* hüllen und mit dem

Schlachtruf »britische Souveränität statt Unterwerfung unter Brüssel« ungeniert an xenophobische, nationalistische Instinkte appellieren und die Opposition als willfähige Handlanger der verhassten Eurokratie vorführen werden. Gemäßigten Tories graut es bei dem Gedanken an solch häßliches Spiel. Aber wenn es das einzige Mittel ist, die Macht zu verteidigen, werden sie wohl mitmachen.

Es wäre konservativen Regierungen auf dem Kontinent nicht zu verargen, sollten sie insgeheim hoffen, ihnen möge eine weitere, konservative Regierung in London nach den Wahlen '96 oder Anfang '97 erspart bleiben. Mit einer Labour-Regierung unter der Führung des intellektuell erfrischenden Reformers Tony Blair würden sich die Probleme mit den Briten natürlich nicht plötzlich in Wohlgefallen auflösen. Großbritanniens Schwierigkeiten mit Europa sind schließlich das Produkt von Geographie und Geschichte. Zumindest aber weiß man bei Tony Blair, woran man ist. Er besitzt bereits ziemlich klare europapolitische Vorstellungen. Ein Nein zur Währungsunion kommt für ihn nicht in Frage. Allerdings pocht Blair auf die Erfüllung der ökonomischen Kriterien vor einem möglichen Beitritt seines Landes. Die Partei ist auch, in Maßen, bereit, sich für weitere Integrationsschritte zu erwärmen – denn, so Originalton Blair, der Sinn weiterer Integration sei es, »nicht unsere Souveränität preiszugeben, sondern sie zu erweitern, durch Kooperation mit anderen Nationen«. Einst, vor Anbruch des »dunklen Zeitalters«, hatten Tory-Politiker nationale Souveränität im Zeitalter globaler Märkte so definiert. Den Versuch der Konservativen, Labour als unpatriotisch abzustempeln, könnte Tony Blair dadurch abwenden, daß er der britischen Nation ein Referendum verspricht. Bekanntlich hängt der Ausgang von Volksabstimmungen entscheidend von der Fragestellung ab. Für einen Austritt aus der EU oder auch nur eine reduzierte Rolle ihres Landes am Rande der europäischen Wirtschaftszone dürften sich die Briten trotz ausgeprägter insularer Instinkte kaum gewinnen lassen.

Spanien will die Europäische Währungsunion

Das umstrittene, unlängst von der CDU/CSU-Fraktion veröffentlichte Dokument zur Schaffung einer »variablen Geometrie« mit einer Reihe von europäischen Ländern hat der spanischen Öffentlichkeit den heimlichen Wunsch Bonns offenbart, ein »deutsches Europa« der verschiedenen Geschwindigkeiten zu schaffen, auch wenn das von Bundeskanzler Kohl vor der deutschen Einheit 1990 noch heftig bestritten wurde.

Nach Wiedererlangung seiner territorialen Souveränität scheint Deutschland zu glauben, den Siegermächten keinen Gefallen mehr schuldig zu sein. Viele in den europäischen Hauptstädten fühlten sich von der Idee eines Kerneuropas vor den Kopf gestoßen. Auf jeden Fall legt das Papier der CDU/CSU dies nahe, ebenso wie die Tatsache, daß der derzeitige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer und auch Bonner Regierungsmitglieder, u. a. Finanzminister Theo Waigel, ein sogenanntes Europa der »konzentrischen Kreise« verteidigen.

Erst vor wenigen Jahren konnte Kanzler Kohl aus ähnlichen Gründen den damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl loswerden, als dieser erstmals die Idee eines Europas der zwei Geschwindigkeiten verkündete.

In Spanien ließ die Kritik an dem Papier nicht auf sich warten, aber die politischen Kräfte in Madrid waren vorsichtig in ihrem Urteil. Sowohl die sozialistische Regierung unter Felipe González als auch der Führer der größten Oppositionspartei im spanischen Parlament, der Vorsitzende der PARTIDO POPULAR, José María Aznar, versuchten das Dokument herunterzuspielen, das der Vorbereitung eines »harten Kerns« in der Europäischen Union dient, um auf diesem Wege in der dritten Phase der Währungsunion voranzuschreiten.

Es ist erstaunlich, von offizieller Seite in Madrid, sowohl von González als

auch von Außenminister Javier Solana und von Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes immer wieder zu hören, daß nach ihrer Überzeugung Spanien trotz allem zum ersten Trupp gehören werde, da »alle Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages erfüllt werden« könnten.

Nach der in offiziellen Kreisen am häufigsten geäußerten Ansicht birgt eine Union mit verschiedenen Geschwindigkeiten die Gefahr, einen Monetarismus zu fördern, der wenig gemein hat mit der Idee eines solidarischen Europas, und der die Unterschiede zwischen den reichen und armen Ländern der Gemeinschaft noch vergrößert.

Nach Meinung des spanischen Außenministeriums verbietet der Vertrag von Maastricht im Widerspruch zu dem CDU-Papier, daß Deutschland oder irgendein anderes Land bestimmt, wer zur Währungsunion gehören soll und wer nicht. Es wird auch daran erinnert, daß bei der nächsten Regierungskonferenz 1996 jede Entscheidung zu diesem Thema einstimmig getroffen werden muß.

Obwohl Spanien noch recht weit von den derzeitigen wirtschaftlichen Konvergenzkriterien entfernt ist – wie alle anderen Gemeinschaftsmitglieder mit Ausnahme Luxemburgs auch! –, hält Madrid daran fest, daß die Anpassungspolitik der Regierung dem Land ermöglichen wird, zur Spitzengruppe zu gehören.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Spaniens liegt immer noch bei 7,2 % (gegenüber 3 % des BSP nach dem Vertrag von Maastricht), die staatlichen Schulden belaufen sich auf 61,4 % (gegenüber festgesetzten 60 %), und die 5 %ige Inflation übersteigt die auf 3 % festgesetzte Obergrenze.

Der Optimismus Madrids liegt vielleicht darin begründet, daß letztlich die Währungsunion und die Schaffung einer

einheitlichen europäischen Währung nicht 1997, sondern sehr wahrscheinlich erst 1999 oder noch später beschlossen wird. Bonn und die Bundesbank in Frankfurt verteidigen diese Verzögerung ebenfalls, wenn auch aus anderen Gründen, nämlich aus Angst vor dem Verlust der Deutschen Mark im Tausch gegen eine europäische Währung.

Um den hervorragenden deutsch-spanischen Dialog nicht zu gefährden, zeigte Madrid bei diesem dornigen Papier zum Kerneuropa wenige Tage nach seiner Veröffentlichung Entgegenkommen, indem es darauf verwies, daß es sich lediglich um eine Parteilenvorlage in Bonn handelte und nicht um eine offizielle Stellungnahme der Regierung Kohl. Aber auch die Kritik des deutschen Außenministers Klaus Kinkel an dem Papier konnten den Zorn auf spanischer Seite nicht beruhigen.

Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Alfredo Pastor, war wohl einer der wenigen, der auf die Gefahr hinwies, daß Spanien aus dem »harten Kern« oder der »ersten Klassifikation« ausgeschlossen bleiben könne, was negative Konsequenzen für den Rest der EU hätte. Nach Pastors Ansicht spielen die Länder im Süden Europas im Hinblick auf den Maghreb und den Mittleren Osten eine ebenso entscheidende Rolle für den Kontinent wie Deutschland im Hinblick auf die Länder Osteuropas. »Die Stimmen Spaniens und Italiens sind grundlegend für die Stabilität im Europa«, erklärte Pastor, und fügte sogleich hinzu, daß es ohne eine engere Koordinierung unter den derzeitigen Mitgliedstaaten schwierig würde, die Währungsunion erfolgreich zu bewältigen.

Mit diesen offiziellen Argumenten versuchte Madrid, den jüngsten diploma-

Kohl begrüßt Felipe González auf dem Gipfeltreffen in Wien, 1993

Foto: dpa



tischen Konflikt, der durch das Schäuble-Papier zwischen den europäischen Hauptstädten ausgebrochen war, zu entschärfen. Es war sogar die Rede von einer Dringlichkeitssitzung zwischen González und Kohl in Bonn, um das Thema abschließend zu behandeln.

Die Kritik in der spanischen Gesellschaft war hingegen deutlicher; einige Medien sprachen vom Kampf gegen das Diktat aus Bonn, das vom Willen, Europa zu germanisieren, geprägt sei. Nicht die Regierung, sondern die spanische Öffentlichkeit – Vertreter aus Finanz-, Hochschul- und Unternehmerkreisen – gab zu verstehen, daß dieses Europa der »konzentrischen Kreise« niemals akzeptiert werden könnte.

Am häufigsten war zum Schäuble-Dokument, das offenbar schon vor der Sommerpause mit Kohl abgesprochen worden war, zu vernehmen, daß nach der Wiedervereinigung das europäische Aufbauwerk den Deutschen zu Kopf gestiegen sei. Diese Tatsache zusammen mit der festen Absicht Deutschlands, sich zum Anwalt der osteuropäischen Länder zu machen, nährte spanische Befürchtungen, daß Bonn die Einführung einer einheitlichen Währung noch weiter hinausschieben wolle.

Ein blinder Glaube an Europa als Allheilmittel für viele strukturelle und konjunkturelle Probleme in Spanien birgt vielleicht auch die Gefahr, daß der EU-Prozeß in Ungnade fällt, weil alle gleichzeitig und Hand in Hand mitziehen sollen. Letztlich sind aber die derzeitigen Ungleichheiten in der europäischen Integration eine Realität, und man muß vermuten, daß dies noch eine Weile so bleiben wird, solange man nicht zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik findet oder das Vereinigte Königreich und Italien wieder dem Wechselkursmechanismus des EWS beitreten.

Die gleiche Kritik von spanischer Seite am CDU/CSU-Papier gilt auch für die jüngsten Andeutungen von seiten der SPD im Wahlkampf, die Währungsunion zu vertagen und den Vertrag von Maastricht nachzuverhandeln. Letztendlich ist

diese Haltung der SPD nichts Neues, bedenkt man, daß vor 20 Jahren Willy Brandt persönlich einmal sagte: »Die Gemeinschaft braucht eine Politik der Abstufung der Integration.«

Wer aber heute ein Europa mit mehreren Geschwindigkeiten fordert, um die übrigen mitzureißen, bereitet – vielleicht ohne es zu wollen – den Nährboden für neue Herde der inneren Instabilität, für Krisen und Währungsspekulation wie in der Vergangenheit, für Interventionen der Zentralbanken und sogar für mögliche weitere Änderungen bei den Schwankungsbreiten, was längerfristig genau das Gegenteil von Konvergenz bedeutet.

Andererseits überzeugt die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung letztlich jedoch nicht diejenigen Historiker, die den ECU als Währung in Erinnerung haben, welche während des Ancien Régime für die Kosten von Kriegen und für den Luxus bei Hof des französischen Monarchen Ludwig XIV. aufkam, und daß Frankreich nach dessen Tod unter einer der schwersten Schulden- und Inflationskrisen seiner gesamten Geschichte litt. Wenn der ECU zum Symbol für Währungsstabilität in Europa werden soll, wie es die Bundesrepublik fordert, dann scheint dieser Begriff aus historischer Sicht unangebracht.

In weiten Kreisen Spaniens herrscht Unverständnis für den wiederholten Wunsch Bonns, die Länder Osteuropas mit solcher Eile an Brüssel heranzuführen, so daß sich der Eindruck aufdrängte, es geschähe in der heimlichen Absicht, das Verschwinden der Mark hinauszuzögern. Eine andere Erklärung könnte nur lauten, daß eines Tages die EU einstimmig beschlösse, die Peseta, den Franc, das Pfund, die Krone usw. durch die Deutsche Mark als einzige europäische Währung zu ersetzen.

Wenn es zutrifft, daß für Deutschland die Europäische Währungsunion mehr politische und wirtschaftliche Kosten mit sich bringt als Nutzen, wie dies aus gewissen Kreisen in Wissenschaft und Bundesbank verlautet, dann ist die Haltung einiger Politiker innerhalb und

außerhalb der CDU/CSU allerdings verständlich.

Horst Ungerer, Dozent am Institut für Europarecht der Universität des Saarlandes, bestätigt die spanischen Befürchtungen im Hinblick auf die Europapolitik Deutschlands. Die in Maastricht verhandelten Konvergenzkriterien hätten lediglich politischen Nutzen für Deutschland, wenn die Zahl der Länder einer künftigen Währungsunion so gering wie nur möglich zu halten, um die Mark bis zum Schluß zu konservieren.

Sollten die Pläne, Europa auf verschiedene konzentrische Kreise zu reduzieren, Bestand haben, dann steht für Spanien der Verlust von sehr viel Ansehen auf dem Spiel, wenn es nicht in den Entscheidungsgremien der Gemeinschaft mitwirken kann, in denen die Normen auch für spanische Produkte gesetzt werden. Zudem könnte Spanien bei den Debatten über die Haushalte der Gemeinschaft nicht mehr mitreden, und die Zuweisungen aus dem Kohäsionsfonds wären in Frage gestellt. Spanien würde an finanz- und währungspolitischer Glaubwürdigkeit einbüßen; eine Peseta außerhalb der Währungsunion würde schwächer (und der Gefahr einer erneuten Abwertung ausgesetzt); dies schreckt ausländische Investoren ab, führt zu Zinserhöhungen seitens der *Banco de España*, wir würden uns von der Konvergenz in Europa weiter entfernen, wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze würden gebremst.

Aus politischer Sicht ist es Spanien – gemeinsam mit anderen Ländern – durch die Währungsunion möglich, die dominierende Rolle Deutschlands in Währungsfragen zu begrenzen, und zugleich davon zu profitieren, selbst am Verhandlungstisch zu sitzen.

Wird diese Union jedoch nicht verwirklicht, wären die schlimmsten Folgen »psychologischer« Natur. Als bisher europäischstes Land der EU würde mit Spanien der Anteil der von Europa Desillusionierten wohl erheblich anwachsen. Zugleich ginge der Glaube an die rigorosen Konvergenzmaßnahmen verloren,

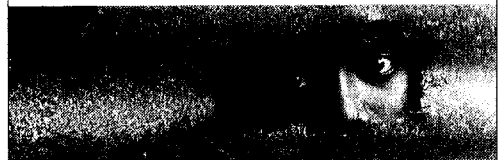
die Inflation würde angeheizt und sich der Abstand zu den weiter fortgeschrittenen Ländern vergrößern.

Doch damit nicht genug. Madrid würde auch seine derzeitige Rolle in der Welt aufs Spiel setzen, wenn es nicht länger der wichtigste Gesprächspartner in den Brüsseler Institutionen für Nordafrika und ganz Lateinamerika sein kann.

Wenn Bonn mit dem CDU/CSU-Papier etwas erreicht hat, dann sicher, daß es im Hinblick auf das näher rückende Datum der nächsten Regierungskonferenz im Jahre 1996 den Dialog über die Zukunft des Kontinents in den europäischen Hauptstädten angeregt hat. Bedauerlicherweise wurde dabei ein Teil des bisher positiven Bildes der Spanier von den Deutschen getrübt, weil sich einmal mehr bestätigt hat, daß die nunmehr erwachsen gewordene Bundesrepublik Europa seinen Willen aufzuzwingen versucht, indem sie wie eine Dampfwalze über den Kontinent rollt.

Übersetzung: Edith Völker

SCHÖNE AUSSICHT.



Ein Leben auf dem Land ist für Millionen Menschen der Dritten Welt unmöglich geworden. Das Land ist ausgelaugt, die Macht von Großgrundbesitzern zu groß. Die Hoffnung liegt in der Stadt, doch die Hoffnung trägt. Am Rande, dort, wo niemand wohnen will, ist für sie gerade mal Platz genug. Viele können nicht einmal eine schäbige Blechhütte ihr eigen nennen, sind obdachlos. Ein düsteres Bild für die Ärmsten der Armen. Caritas und Diakonie helfen, wo es nur geht. Helfen Sie mit. Danke.



Postbank
Karlsruhe
202-753



Postbank
Stuttgart
502-707

Bei Banken u. Sparkassen liegen vorgedruckte Zettelscheine aus.

HANS DIETER ZIMMERMANN

Die Literaten und der Erste Weltkrieg

Der Große Krieg, wie der Erste Weltkrieg heute noch in Großbritannien genannt wird, geht in unseren Tagen in Sarajewo zu Ende, so steht zu hoffen, wo er 1914 mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger begann. Seit Mitte der achtziger Jahre haben vor allem serbische Intellektuelle den Krieg ideologisch vorbereitet durch ihre Arbeit am Mythos von Groß-Serbien; der Krieg selbst entbehrt jeglicher politischer oder ökonomischer Vernunft; er ruiniert die Grundlagen der Länder, die in ihn verwickelt sind. Die intellektuelle Vorbereitung des Krieges durch den Mythos der Nation, die Taktik der »Ausblutung« des Gegners, die totale Erfassung der Bevölkerung, das erinnert an den Großen Krieg, der ja auch ein Nationalitätenkrieg war und ein »Kulturkampf«.

Anders als 1914 wurde diesmal aus dem Balkankonflikt kein europäischer Konflikt, obwohl einige zu Anfang eine alte Konfrontation – hier Kroaten, Österreicher und Deutsche, dort Serben, Franzosen und Engländer – wieder herzustellen versuchten. Bei aller berechtigten Kritik an der Europäischen Gemeinschaft: sie hat zielbewußt verhindert, daß dieser Krieg zu einem europäischen Konflikt wurde und daß er Fronten, die in 40 Jahren politischer Arbeit überwunden wurden, wieder aufriß.

Der Erste Weltkrieg geht insofern in Sarajewo nun zu Ende, weil in diesem ersten totalen Krieg 1914 bis 1918 der Totalitarismus entstand; der Leninismus wurde vom deutschen Generalstab zum anhaltenden Schaden Rußlands initiiert und brach erst 1990 zusammen; mit den Folgen haben wir noch zu tun; siehe der Nationalitätenkonflikt im ehemals kommunistischen Jugoslawien.

Der Erste Weltkrieg lag nicht im ökonomischen Interesse einer der Parteien; es war klar, daß er mehr zerstören würde, als je eine Partei gewinnen konnte. Wirtschaftsführer warnten vor ihm; die FRANKFURTER ZEITUNG wies noch am 14. Juli 1914 auf die fatalen wirtschaftlichen Folgen der permanenten Kriegsdrohungen hin; daß es tatsächlich zu einem Krieg kommen könnte, hielt sie anscheinend nicht für möglich. Es waren Genfer Bankiers, die schließlich die pazifistische Zeitung LA FEUILLE finanzierten!

Die Verflechtungen des internationalen Handels zu durchschneiden, mußte allen Nationen Schaden bringen. So ist Deutschland ja nicht zuletzt ökonomisch in die Knie gezwungen worden; seit 1916 herrschten in Deutschland Hungersnöte, denen Tausende von Menschen zum Opfer fielen.

Wie wir inzwischen wissen, stand auch führenden preußischen Generälen das schreckliche Ausmaß eines neuen Krieges vor Augen. Schon 1905 warnte Helmuth von Moltke:

... wir werden es nicht mehr wie früher mit einem feindlichen Heer, dem wir mit Überlegenheit entgegentreten können, zu tun haben, sondern mit einer Nation in Waffen. Es wird ein Volkskrieg werden, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein wird, sondern ein langes, mühevollcs Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird.

Warum kam es trotzdem zum Krieg? Natürlich weil es Interessengruppen gab, die sich Illusionen machten und sich deshalb vom Krieg raschen Gewinn versprachen. Möglich wurde der Krieg aber vor allem wegen einer über Jahre, über Jahrzehnte geführten ideologischen Kampagne. Für den Volkskrieg mußte das Volk mobilisiert werden. Hier leisteten die Gebildeten ihre Arbeit. Es waren die Akademiker, Publizisten, Historiker und Militärs, die in nimmermüdem Einsatz den Kampf der Nationen als Kampf der Kulturen darzustellen suchten. Insofern ist der Erste Weltkrieg ein literarischer Krieg, da er wie kein Krieg bisher von Literatur begleitet wurde, aber vor allem weil er durch Literatur überhaupt erst ermöglicht wurde.

Zwei Beispiele für Militärschriftsteller. Der französische General Montaigne veröffentlichte 1911 ein dreibändiges Werk, zweite Auflage 1913, mit dem Titel *Vaincre*, das den rücksichtslosen Haß gegen den Feind und dessen gnadenlose Vernichtung predigte. Was Nietzsche zur Überwindung der verweichlichten jüdisch-christlichen Kultur empfahl, die Rückkehr zu den tierischen Instinkten, das wurde



Georg Trakl (1887–1914)

Foto: AKG, Berlin

hier empfohlen: »l'appel aux appetits bruteaux« Und: »Der wahre Geist des Krieges ist der Geist der Zerstörung und des Mordens. Das unmittelbare Ziel des Kampfes ist nicht der Sieg, sondern das Töten.« Der Abschied von jeglicher Moral, wie er den totalen Krieg kennzeichnet, ist hier vollzogen. Ein deutsches Pendant »Deutschland und der nächste Krieg« stammt von General von Bernhardt und ist 1912 erschienen. Bernhardt brachte die kulturelle Legitimation: der Krieg sei ein Weltgericht, das die Schwachen ausmerze, den Kulturfortschritt beförderte und insofern der überlegenen deutschen Kultur endlich zum Sieg ver helfe. Es ist eine Mischung aus nationaler Arroganz und primitivem Sozialdarwinismus. Was Bernhardt schrieb, war in Deutschland weit verbreitet; es wurde auch von Schriftstellern vertreten, nicht zuletzt von Thomas Mann, der das ideologische Gebräu noch 1917 in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* zusammenfaßte; es beherrschte also die öffentliche Meinung, so daß man den Fall von Debität, den man bei dem General feststellen könnte, verallgemeinern muß: es war ein öffentlicher Wahn.

Robert Musil hat Jahre seines Lebens damit zugebracht, die Situation, die zum Ersten Weltkrieg führte, in seinem Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* darzustellen und zu analysieren: nicht nur die Unfähigkeit der Habsburger Gesellschaft, die moderne Zeit zu begreifen, son-

dern auch den Realitätsverlust und die Wahnsysteme. Musil schildert ausführlich den Frauenmörder Moosbrugger, nicht nur weil ihn der Fall interessierte, sondern weil er ihm zum Exempel diente: wollte man die europäische Geschichte jener Jahre in einer Person verkörpern, mußte man auf die Person des paranoiden Moosbrugger kommen.

«Man kann den psychischen Zustand der Völker Europas vor dem Großen Krieg nicht anders als latenten Massenwahn bezeichnen, der, wie die Ereignisse bei Kriegsausbruch zeigten, seiner Aktualisierung harrte«, so Wolfgang Rothe. Ob dieser Wahn wirklich ganze Völker erfaßt hatte, darf bezweifelt werden. George L. Mosse meint, daß er nur die Eliten erfaßt hatte, die tonangebend waren; deren Arbeit am nationalen Mythos indoktrinierte und dominierte die kleinen Leute, die durchaus nicht so versessen waren auf einen Krieg wie die Bürgersöhne. Mosse:

Es war jedoch nicht die Durchschnittsbevölkerung, sondern eine Elitegruppe von Jugendlichen, die im wesentlichen darüber entschieden, wie der Krieg von der Nachkriegswelt aufgefaßt wurde: Sie schrieben die Bücher oder Gedichte, fotografierten und veröffentlichten ihre Kriegserinnerungen. Wie in früheren Kriegen gehörten die Mythenschöpfer einer Minderheit der jüngeren Menschen an – im Ersten Weltkrieg unterstützt von vielen älteren Schriftstellern, die nie an der Front gekämpft hatten.

Es waren also die Gebildeten, deren literarische und publizistische Erzeugnisse den Mythos schufen, der den Krieg gegen alle Vernunft und wohl auch gegen große Teile der Bevölkerung herbeiführte, weil er ein Klima des Nationalismus erzeugte, das jede Politik des Ausgleichs und der Verständigung im Keim erstickte.

Hier liegt ein Gutteil der Verantwortung bei den Literaten, und zwar bei zwei Gruppen von Literaten: da sind einerseits die Apologeten des herrschenden Machtapparats, die dem preußischen Militärg Geist ihre Stimme gaben, also die vielen Zeitungsschreiber, doch auch Schriftsteller von Rang, die sich in nationalem Pathos der Kriegsbegeisterung anschlossen, etwa Werner Sombart, dessen Buch *Händler und Helden* ein Beispiel für viele ist: allen Auswuchs des Kapitalismus teilt er den englischen *Händlern* zu, die deutschen *Helden* sieht er als Erretter von allen Übeln der modernen Welt, wiewohl doch Deutschland auch kapitalistisch war und die Grausamkeiten der Kriegsmaschinerie genauso in Gang setzte wie England. Die andere Gruppe von Literaten sind diejenigen, die gerade mit dem Machtapparat unzufrieden waren, die den

Kaiser, die Bourgeoisie, die wilhelminische Gesellschaft ablehnten, gerade diese ersehnten sich den Krieg als Erlösung von allen Übeln in einer geradezu apokalyptischen Hoffnung.

Georg Heyms Gedicht *Der Krieg*, Georg Trakls Gedicht *Menschheit*, beide von 1912, sind deshalb nicht nur Vorahnungen, sondern auch Herbeirufung des Kommenden. Heym in seinem Tagebuch 1910:

Dieser Friede ist so faul ölig und schmierig wie eine Leimpolitur auf alten Möbeln. Was haben wir auch für eine jammervolle Regierung, einen Kaiser, der sich in jedem Zirkus als Harlekin sehen lassen könnte, Staatsmänner, die besser als Spucknapfhalter ihren Zweck erfüllten, denn als Männer, die das Vertrauen des Volkes tragen sollen. (. .) Es ist immer das gleiche, so langweilig, langweilig, langweilig. Es geschieht nichts, nichts, nichts. Wenn doch einmal etwas geschehen wollte, was nicht diesen faden Geschmack der Alltäglichkeit hinterläßt. (. .) Würden einmal wieder Barrikaden gebaut. Ich wäre der erste, der sich darauf stellte, ich wollte noch mit der Kugel im Herzen den Rausch der Begeisterung spüren. Oder sei es auch nur, daß man einen Krieg begänne, er kann ungerecht sein.

Der junge Heym spricht hier für viele, die gerade aus Opposition gegen den Wilhelminismus sich den Krieg, den dann dieser Wilhelminismus in Gang setzte, wünschten. Die Stimmung, mit der die jungen Bürgersöhne in den Krieg zogen, hat Arnold Bronnen vortrefflich bezeichnet:

Ich aber spürte in meinem Herzen, daß der Krieg kommen mußte. Er mußte kommen, weil ich wollte. Er mußte kommen, weil ich keinen anderen Ausweg sah. Ich fühlte dies an jenem 31. Juli so deutlich, wie ich es heute noch fühle, – und als Schuld fühle: nie ist ein Krieg so herbeigesehnt worden von unzähligen jungen Menschen, von Bürgers-Söhnen, die sich verwirrt hatten in ihrer Welt. Sie alle wollten, was auch ich wollte: ein Ende. Ein Ende dieser Zeit. Ein Ende ihrer Leben in dieser Zeit. Eine Lebensform hatte sich aufgebraucht.

Es war der Schock der Modernisierung durch die Industrialisierung in Europa, der dermaßen wirkte: die Orientierungslosigkeit, die Vereinzelung, die zunehmende Differenzierung einer ursprünglich agrarisch-feudalen Welt sollte überwunden werden. Viele sehnten sich nach einer neuen Einheit, die alle Zwietracht vergessen machte, einer geradezu mystischen Einheit, die das Leiden am Bewußtsein überwand: sei es die Einheit der Nation, die Einheit der Rasse, schließlich die Einheit der Klasse. Selbst ein so kluger Beobachter wie Robert Mu-

sil konnte sich 1914 diesem falschen Mythos nicht entziehen.

Als gieriger mit jeder neuen Stunde Todesfinsternis um unser Land aufzog und wir, das Volk im Herzen Europas und mit dem Herzen Europas, erkennen mußten, daß von allen Rändern dieses Weltteils eine Verschwörung herbrach, in der unsere Ausrottung beschlossen worden war, wurde ein neues Gefühl geboren: die Grundlagen, die wir sonst im Leben nicht eigens empfanden, die gemeinsamen waren bedroht, die Welt klappte in Deutsch und Widerdeutsch, und eine betäubende Zugehörigkeit riß uns das Herz aus den Händen, die es vielleicht noch für einen Augenblick des Nachdenkens festhalten wollten.

Es gab nur wenige, denen es nicht das Herz aus den Händen riß: Hermann Hesse in Deutschland (»O Freunde, nicht diese Töne«), Romain Rolland in Frankreich (*Über dem Getümmel*), Bertrand Russell in England; aus Russells Brief an »Nation«:

Sir, entgegen der großen Mehrheit meiner Landsleute protestiere ich selbst in diesem Augenblick im Namen der Menschlichkeit und Zivilisation gegen unsere Beteiligung an der Zerstörung Deutschlands.

Vor einem Monat war Europa ein friedlicher Verband von Nationen: wenn ein Engländer einen Deutschen tötete, wurde er gehängt. Wenn jetzt ein Engländer einen Deutschen tötet oder wenn ein Deutscher einen Engländer tötet, so ist er ein Patriot, der sich um sein Land sehr verdient gemacht hat. (. .)

All dieser Wahnsinn, all diese Wut, dieser flammende Tod unserer Zivilisation und unserer Hoffnungen sind über uns gekommen, weil eine Anzahl Herren in Amt und Würden, die ein luxuriöses und meist stumpfsinniges Leben führen und allesamt weder Phantasie noch Herz besitzen, beschlossen hat, daß lieber das eintreten solle, als daß einer von ihnen auch nur die geringste Beeinträchtigung seines nationalen Stolzes erlitt.

Die Stimme der Menschlichkeit, der Zivilisation verstummte. Erst allmählich mit den Erfahrungen des massenhaften Sterbens an den Fronten erwachte sie wieder; einige, die enthusiastisch in den Krieg gezogen waren, kamen zur Besinnung. Freilich waren sie in der Minderheit. Noch am 27. Juli 1916 wandten sich Berliner Universitätsprofessoren *An unser Volk*, um es zum Durchhalten aufzurufen. Gerade aus dem Appell geht jedoch hervor, daß dieses Volk genug hatte von Hunger und Tod.

Thomas Manns Schrift *Betrachtungen eines Unpolitischen*, 1917 entstanden, ist deshalb so bedeutsam, weil sie mit den Worten ei-

nes großen Schriftstellers den deutschen Sonderweg gegen den demokratischen Westen behauptet, der als oberflächlich diffamiert wird und mit dem deutschen Tiefsinn konfrontiert wird. Es ist ja gerade dieser deutsche Sonderweg, der in das Verderben des 1. und dann des 2. Weltkriegs führte. Thomas Mann wendet sich gegen seinen Bruder Heinrich Mann und gegen Romain Rolland, die »Zivilisationsliteraten«, die an den Prinzipien der westlichen Demokratie sich orientierten. Daß sich hier der Bruder gegen den Bruder richtet, ist ein Indiz dafür, daß der Große Krieg tatsächlich ein europäischer Bruderkrieg war. Eine Frontlinie verlief nicht nur längs der Schützengräben, sondern auch zwischen denen, die dem Haß des Nationalismus anhingen und denen, die Verständigung und Humanität forderte.

Mit den blutigen Materialschlachten, in denen Hunderttausende fielen – in der Schlacht an der Somme starben allein 400 000 Briten –, ohne daß nennenswerte Landgewinne gemacht wurden, beginnt bereits die Nachkriegsliteratur: es beginnt der ideologische Kampf um die Bewertung des Krieges. All das, was man sich vom Krieg erhofft hatte, hatte er nicht gebracht, weder den Kriegstreibern noch den Kriegsbegeisterten, die der bourgeoisen Langeweile überdrüssig waren. Er brachte weder Gewinne und Siege, noch Erlösung und Erneuerung, er brachte nur Blut und Tränen. Als dann auch absehbar wurde, daß Deutschland und Österreich diesen Krieg nicht gewinnen konnten, folgte wiederum die Arbeit am Mythos: dem offensichtlich Sinnlosen mußte ein Sinn aufgedrückt werden. Ernst Jünger:

Wir, denen es obliegt, die Erinnerung nicht zu verwischen, sondern zu verwalten und zu verwerten, müssen uns bemühen, ihn (den Krieg) von dieser Seite aus zu unserem Eigentum zu machen. Dem Sinn zu geben ... ist eine heilige Pflicht gegenüber den Gefallenen wie gegenüber den Werdenden, die fortbauen sollen an einem Werk, in dem sie das Gewachsene und die innere Einheit erkennen müssen ...

Hier wurden wieder die Nationalisten tätig, die den Krieg mit allen Mitteln zu rechtfertigen suchten; ihnen widersprachen die Pazifisten, die aus der Schilderung des Elends die Konsequenz des *Nie wieder* zogen. Es war ein ideologischer Kampf, der in der Literatur ausgetragen wurde: in Deutschland gewannen ihn die Nationalisten, was einen noch schlimmeren Krieg zur Folge hatte.

Der Franzose Henri Barbusse schilderte als erster die Schrecken des Krieges in *Le feu* von 1916, in Deutschland traten erst spät Erich Ma-

ria Remarque mit *Im Westen nichts Neues* (1929) und Edlef Köppen mit *Heeresbericht* (1930) hervor. Ernst Jünger antwortete schon 1920 auf Barbusse mit seinen Aufzeichnungen *In Stahlgewittern*; von der 1. bis zur 3. Bearbeitung ist die Ästhetisierung des Krieges zu erkennen. Das namenlose Leid wird weitgehend ausgespart, soziales Empfinden, Mitgefühl wird ausgemerzt, übrig bleiben Heldengestalten, in der Mitte natürlich Jünger selbst als hochdekorierter *Superman*: der Kampf wird zum schönen »inneren Erlebnis«. Was die akademische Jugend 1914 erhoffte – Reinigung und Erneuerung – behauptet Jünger weiterhin wider alle Erfahrung. Die im Krieg Gehärteten hätten nun, meint Jünger, als die Überlegenen – dabei waren es doch nur die zufällig Überlebenden – den anderen zu sagen, wie die Gesellschaft aufgebaut werden sollte: nach dem Prinzip des Frontkampfes. Das hatte Einfluß; der behäbige Philosoph Martin Heidegger sah sich noch 1933 als Jüngerscher »Stoßtruppführer« in der deutschen Universität. In seinen Vorworten machte Jünger aus seiner Gesinnung keinen Hehl:

Die Vorarbeiten sind geschehen, ... das Wesen des neuen Staates ... tritt klar hervor. Vaterlandsliebe, Kameradschaft, Mut und Disziplin werden in ihm zum Ausdruck gebracht werden, oder mit anderen Worten, er muß national, sozial, wehrhaft und autoritativ gegliedert sein. Auf diesen vier Grundsätzen erhebt sich das nationalistische Programm.

Aus dem totalen Krieg entwickelte Jünger die »totale Mobilmachung« der gesamten Gesellschaft; der Ausnahmezustand des Krieges sollte auf die Zivilgesellschaft übertragen werden. Jünger setzte in den zwanziger Jahren die Wegmarken für den totalitären Staat.

Das beste Heilmittel gegen diesen Jüngerschen Wahn ist der brave Soldat Švejk von Jaroslav Hašek. Der Stilisierung ins Erhabene bei Jünger antwortet Hašek mit der Übersteigerung ins Groteske. Die kleinen Leute, die nicht gefragt wurden, werden mit diesem Švejk bedrückt, der immerfort redet und in dieser Rede seine kleine Welt mit der großen Welt der Politik konfrontiert, die, recht betrachtet, genauso klein, dreckig und gemein ist. Die Reden Švejks dekouvrieren das Mißverhältnis von ideologischer Behauptung und gesellschaftlicher Realität; indem er die Ideologie beim Wort nimmt, macht er sie lächerlich.

Mit der Frage des Švejk an Frau Müller, welchen Ferdinand sie denn erschlagen hätten, den Diener beim Drogisten Puscha oder den Koboschka, der den Hundedreck einsammelt, antwortet Frau Müller: Den Herrn Erzherzog

Ferdinand. Darauf Švejk: »Das ist gelungen«. Hier wird sogleich zu Beginn des Romans die Welt der kleinen Leute mit der Welt der großen konfrontiert, die diese kleine Welt stört und zerstört. Die große Welt ist eine tendenziell totalitäre, das stellt auch Hašek dar, sie ergreift schließlich alle; der Staat setzt Mittel ein, die Bevölkerung zu kontrollieren, auch schon die Denunzianten der Geheimpolizei.

Hašeks Švejk ist das eine große Werk über den Ersten Weltkrieg aus der ehemaligen Habsburger Monarchie, das die gesamte Militärgesellschaft darstellt und entlarvt. Daß die Groteske Hašeks der Realität nicht nur nahe ist, sondern von ihr noch übertroffen wird, zeigt das andere große Werk: *Die letzten Tage der Menschheit* von Karl Kraus. Kraus sammelte Dokumente, Zeitungsausschnitte, Briefe, Kriegsberichte und schmiedete aus diesen Dokumenten ein riesiges Theaterstück. Hier kommen alle Beteiligten selbst zu Wort, der Dichter zitiert sie und liefert sie damit der Kritik aus. Kraus stellt die Gesellschaft dar, die in den Ersten Weltkrieg führte und die ihn überlebte, denn der Epilog, in dem Gott diese Welt zurücknimmt, hat ja nicht (noch nicht?) stattgefunden:

Der Optimist: Aber wenn der Friede kommt -

Der Nörgler: - so wird der Krieg beginnen!

Der Optimist: Jeder Krieg wurde noch durch den Frieden beendet.

Der Nörgler: Dieser nicht, er hat sich nicht an der Oberfläche abgespielt, sondern im Leben selbst gewütet. Die Front ist ins Hinterland hineingewachsen. Sie wird dort bleiben.

Kraus behielt recht: der latente Krieg, der den Ersten Weltkrieg ablöste, ist schließlich im Bolschewismus und im Faschismus manifest geworden. Der kriegsrische Ausnahmezustand ist nach 1917 in Rußland und nach 1933 in Deutschland zum Normalzustand geworden; die deutsche Kriegswirtschaft war Vorbild der sowjetischen Planwirtschaft und nach 1933 begannen die Nazis sogleich mit einer Kriegswirtschaft. Es gab nur noch Freunde und Feinde und unversöhnlichen Kampf mit allen Mitteln bis zur Vernichtung der Feinde; die gesamte Bevölkerung wurde einem mächtigen Apparat unterworfen: einem Beamten- und Maschinenapparat. Die technische Rationalität, die zu den Materialschlachten geführt hatte, trug ihre Früchte.

Etliche der Literaten, die gegen den Großen Krieg protestiert hatten, sind späterhin aus Opposition gegen die Nationalisten Anhänger oder Sympathisanten des linken Totalitarismus geworden. Henri Barbusse wurde Kommunist und rechtfertigte Stalins Verbrechen, Heinrich

Mann lobte nach 1945 in seinen Erinnerungen *Ein Zeitalter wird besichtigt* den weisen Stalin, einen der größten Verbrecher der Geschichte. Arnolt Bronnen wurde nach dem Ersten Weltkrieg linksradikal und ein Freund von Bert Brecht, dann wurde er rechtsradikal und ein Anhänger von Joseph Goebbels, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er wieder Kommunist, er starb schließlich im ersten deutschen »Arbeiter- und Bauernstaat«. Er war also immer auf der Seite der Totalitären. Ein Gegenbeispiel könnte der sanfte Anarchist Erich Mühsam sein, der 1914 nach kurzem Zögern gegen den Krieg protestierte: 1934 brachten ihn Nazis im KZ Oranienburg um, seiner Frau Zenzl Mühsam gelang die Flucht nach Prag, mit falschen Versprechungen wurde sie nach Moskau gelockt und verschwand in einem sibirischen KZ. Die Stimme der Menschlichkeit wurde in beiden totalitären Systemen gleichermaßen erstickt.

Zwischen 1914 und 1990 liegen die Katastrophen unseres Jahrhunderts, die blutigsten Massenmorde der menschlichen Geschichte, übertroffen von der systematischen Ausrottung der europäischen Juden. Diese Massenmorde sind nicht aus ökonomischen oder sonstigen Notwendigkeiten geschehen, etwa um irgendeinen Fortschritt zu bewerkstelligen, wie uns immer noch einige glauben machen wollen. So wie der Erste Weltkrieg eine sinnlose Katastrophe war, so waren auch die über 70 Jahre des Kommunismus »eine einzige sinnlose Katastrophe«, wie der französische Historiker François Furet bestätigt. So wie der Erste Weltkrieg durch die Arbeit der Literaten am Mythos überhaupt erst möglich wurde, so auch der Kommunismus. Hätten nicht so viele hervorragende Schriftsteller die Sowjetunion verherrlicht, einen ideologischen Nebel erzeugt, hinter dem die stalinistischen Verbrechen stattfanden, wären diese Verbrechen früher wahrgenommen worden in der Weltöffentlichkeit und nicht erst mit dem »Archipel Gulag« Solschenyzyins; möglicherweise wären sie dann sogar eingedämmt worden.

Die westlichen Demokratien, die den Ersten und den Zweiten Weltkrieg überstanden, haben auch den Bolschewismus überstanden. Alle, die heute noch und wieder verächtlich gegen die Oberflächlichkeit der westlichen Zivilisation wettern, gegen deren Korruption und Sinnleere, sollten sich ihrer Vorfahren erinnern, jener Bürgersöhne, die 1914 begeistert in den Krieg zogen und damit die Kette von Katastrophen unseres Jahrhunderts auslösten.

Das Geburtsjahr vereint drei Schriftsteller, die bei genauerer Betrachtung mehr verbindet als dieser äußerliche Zufall. Im selben Jahr wie der galizische Jude Joseph Roth, 1894, wurden auch der russische Jude Isaak Babel und der väterlicherseits deutschstämmige Russe Boris Wogau, der sich später Pilnjak nannte, geboren. Alle drei – die beiden Russen als Repräsentanten einer avantgardistischen Moderne, Roth eher traditionell – haben in ihren Werken schon frühzeitig Probleme angesprochen, die sich als die zentralen in unserem Jahrhundert erweisen sollten.

Im selben Jahr wie Roth, Babel und Pilnjak, dem Jahr des Dreyfus-Prozesses, wurde übrigens auch der Schriftsteller und Literaturtheoretiker Tynjanov geboren, ein Jahr davor Majakovskij und Šklovskij, ein Jahr danach Zoščenko, Paustovskij, Kisch, Brecht und – wenn diese Personifikation gestattet ist – der Film. Es ist dies eine Generation, die ihre Kindheits-erfahrungen noch in der monarchistischen Vorkriegsgesellschaft machte, ihre Sozialisation noch in brüchig gewordenen überkommenen Strukturen, in zumeist konservativem Milieu erlebte und sich während der großen revolutionären Umbrüche in ihren besten Jugendjahren befand, also – mit 22 bis 24 Jahren – in einem Alter, wo man dem Neuen gegenüber aufgeschlossen, ja zugeneigt, aber doch vom Alten hinreichend geprägt ist, um es nicht einfach aus der Biographie herauseskamottieren zu können.

Zwei Themenkreise drängten sich dieser Generation geradezu auf: 1. Die Notwendigkeit oder Vermeidbarkeit von Gewalt in der Revolution. 2. Die Segnungen und Gefahren einer raschen Industrialisierung in den ökonomisch zurückgebliebenen Regionen Europas. Für die jüdischen Intellektuellen, zumal dort, wo erst wenige Jahre zuvor blutige Pogrome stattgefunden hatten, kam noch die existentielle Frage hinzu, ob die Revolution den Antisemitismus beseitigen, ob sie den Juden ein angstfreies Leben ermöglichen würde.

Fast alle Autoren sahen diese Probleme in ihrer Widersprüchlichkeit. Sie begriffen, daß die alte Ordnung nicht freiwillig abtreten würde, daß sie ohne Gewalt nicht zu besiegen sei, aber sie sahen auch, wie hoch die Opfer waren, wo Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten zugelassen ist. Sie erkannten, daß ohne Technik, ohne Urbanität, ohne Schwerindustrie

eine ökonomische Sicherung ebenso wenig möglich war wie die Überwindung obskurantistischer provinzieller Denkweisen, aber sie befürchteten auch die Verluste, die die Zerstörung traditioneller Formen des Zusammenlebens und jahrhundertealter Mentalitätsprägungen mit sich bringen mochte. Sie erhofften sich von einer sozialistischen Gesellschaft die Emanzipation aller bis dahin unterdrückten und verfolgten Minderheiten, aber die Geschichtserfahrung riet doch zu einer mehr oder weniger bewußten Skepsis.

Diese Themenkreise wurden von den Schriftstellern der hier zur Rede stehenden Generation vielfach behandelt. Die Fragestellungen waren ähnlich. Die Verfahren aber, mit denen sie literarisch umgesetzt wurden, und die Antworten, die die Autoren vorschlugen, differierten beträchtlich. An den Jahrgangsgenossen Roth, Babel und Pilnjak soll das hier ansatzweise betrachtet werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die thematisch und motivlich vergleichbaren Texte unterschiedlichen Gattungen angehören, die der Darstellungsweise ihre Gesetzmäßigkeiten aufnötigen. So sind die benutzten Reportagen von Joseph Roth nicht belletristische, sondern journalistische Arbeiten, die 1920 bzw. 1926, aktuell, für Zeitungen – die NEUE BERLINER ZEITUNG – 12-UHR-BLATT und die FRANKFURTER ZEITUNG – geschrieben wurden. Bei Babel handelt es sich um hochelaborierte künstlerische Texte aus dem Erzählungszyklus *Die Reiterarmee*, die vereinzelt zwischen 1923 und 1926 erschienen, die freilich ergänzt werden durch jene noch nicht überarbeiteten Tagebuchaufzeichnungen von 1920, auf die Babel in diesem Zyklus zurückgriff. Für Pilnjak schließlich wird der Roman *Maschinen und Wölfe*, 1923/24 geschrieben und 1925 erstveröffentlicht, herangezogen. Die Passage von Pilnjak ist also nur kurz vor den ihr gegenübergestellten Texten von Roth erschienen, die Texte von Babel haben ihre reale historische Grundlage wie die verglichenen von Roth im Jahre 1920, es dauerte aber noch einige Zeit, bis sie ihre in der *Reiterarmee* vollendete Form erhielten.

Beide, Roth wie Babel, begaben sich als Berichterstatter in den Polnisch-Russischen Krieg von 1920, Roth freilich nur kurzfristig als Mitarbeiter einer deutschen Zeitung – der NEUEN BERLINER ZEITUNG eben –, Babel als an den Kämpfen von Budennyjs Reiterarmee beteilig-

ter Korrespondent des ROTEN KAVALLERISTEN. Roth näherte sich den Schlachtfeldern von Westen, begegnete also den Resten der aufgeriebenen polnischen Armee, ehe er auf Russen stieß, während Babel mit eben dieser russischen Armee in das damalige Polen gekommen war. Im Mittelpunkt von Roths Interesse stehen – wohl seinem Auftrag entsprechend – die militärischen Aktionen und deren Folgen, in Babels ausgearbeiteten Erzählungen liefern diese nur noch den Hintergrund: nicht das Faktische einer Tageschronik zählt nun, sondern das in ihm enthaltene Verallgemeinerbare, menschliche Verhaltensweisen, archetypische Muster, zum Leben erweckt in einer drastischen bildreichen Sprache.

Roth versichert seinen Leser immer wieder, daß die Russen die deutsche Grenze nicht zu überschreiten beabsichtigen. Eine Sympathie für die Russen und die Ziele der Revolution ist, ähnlich wie etwa im Roman *Flucht ohne Ende* von 1927, nicht zu übersehen. So zeigt Roth Verständnis für die Sozialisierungsansätze im eroberten polnischen Gebiet, und er relativiert ausdrücklich die über die Russen kursierenden Terrorgerüchte. Wo Roth Stimmungen wiedergibt, sind die erstaunlich friedlich, fast idyllisch. Da heißt es etwa: »Es fängt an zu regnen. Es ist merkwürdig still. Irgendwo in der Ferne wiehert ein Pferd. Ein halberbrochenes Wägelchen kollert über den Weg. Verschwindet hinter der Biegung eines Karrenweges, der, quer über die Chaussee laufend, sich im Wald verliert. Sonst nichts. Zweimal hörte ich im ganzen Gewehrschüsse knallen. Einmal knatterte irgendwo ein Maschinengewehr auf, verstummte plötzlich. Es war nur eine Übung. Von der Richtung Grodno her war nichts zu vernehmen.« (Roth: Werke 1, 310 f.) Nur einmal erzählt Roth, knapp, von einem Massaker, und zwar einem polnischen, das er schon in einem sechs Tage zuvor erschienenen Bericht einen russischen Offizier in einem Satz erwähnen ließ. Diese Schilderung hat die Funktion, die freundliche Aufnahme der Russen durch die Bevölkerung plausibel zu machen: »Die Bevölkerung, die in den letzten zwei Wochen sich nicht auf die Straße gewagt hatte, ist über den Einmarsch der Russen herzlich froh. Man versteht das, wenn man hört, daß die Polen in *Suwalki* auch bei Stammesgenossen, polnischen Bauern, nicht nur Juden und etwa dort wohnenden Russen, Vieh requirierten, Pferde, Geld, Materialien, ohne zu bezahlen, und Tiere und Gegenstände, die man ihnen nicht überlassen wollte, auf der Stelle vernichteten bzw. totschlügen. Vor ihrem Abzug aus *Suwalki* veranstalteten sie, wie ich schon berichtete, ein kleines Mord-



Joseph Roth (1894–1939)

Foto: AKG, Berlin

fest. In *Grodno* brachten die Polen sechzig jüdische Familien um. Nach bewährten Mustern wurden junge Männer geblendet, schnitt man Frauen die Brüste ab und vergewaltigte Minderjährige. Auch die katholische Bevölkerung kam schlimm weg. Nun, da selbst von der gefürchteten Sozialisierung nichts zu sehen ist, freuten sich Jud und Christ über die Sowjetarmee.« (Roth: Werke 1, 319 f.)

Am 3. August 1920 veröffentlicht die NEUE BERLINER ZEITUNG – 12-UHR-BLATT unter dem Titel *Ein Tag bei den Bolschewiken* und dem Untertitel *Besuch in Suwalki – Sowjet-Verwaltung – Die Propaganda* einen Bericht Joseph Roths, der ganz offensichtlich die deutsche Leserschaft beruhigen und antisowjetische Einstellungen korrigieren sollte. Zunächst charakterisiert Roth *Suwalki*, eine »der kleinen Grenzstädte, die sich in russischen Händen befinden«, als Ort, der »die typische polnisch-jüdische Einwohnerschaft des Ostens« beherberge, (Roth: Werke 1, 314) – ein Milieu, das bekanntlich zu einem zentralen in Roths Romanen und Erzählungen wurde, in der Realität aber bekanntlich nicht mehr anzutreffen ist. Offenbar gegen das Bild von der Rückständigkeit der in Polen einmarschierten Armeen gerichtet, erwähnt er, daß die Uniformen der Litauer aus »durchaus modernem Feldgrau« sind. (a.a.O.) Kursiv (was freilich auf das Konto der Redak-

tion gehen kann) stellt er dem Hauptmann, der die Litauer befiehlt, die Sowjetkommissare gegenüber, die als Zivilbeamte fungieren. Er empfindet es als »überraschend, wie schnell und prompt die russische Verwaltungsorganisation arbeitet« (a.a.O.), und kennzeichnet damit wohl weniger seine eigene als vielmehr die Erwartung seiner Leser. Wieder kursiv hervorgehoben ist die Tatsache, daß in der Verwaltung nichts geändert wurde, daß also polnische Beamte in ihrem Amt belassen wurden. Dementsprechend verknüpft Roth eine Beobachtung mit einer Vermutung: »Die Bevölkerung verhält sich ruhig und scheint offenbar mit der Lage der Dinge durchaus zufrieden zu sein.« (a.a.O.) Bauern aus der Umgebung hätten sogar erklärt, sie seien »mit dem Sowjetsystem einverstanden« (a.a.O.), eine Aussage, die Roth freilich, wenn auch durch ein »wohl« relativiert, als »Folge der russischen Propaganda« (a.a.O.) ansieht. Er registriert Flugschriften, Broschüren und Plakate, die verkünden, »daß die Juden im Handel nicht beeinträchtigt würden und überhaupt nichts geändert werde« (a.a.O.). Ausdrücklich betont Roth: »Es wurde nichts requiriert.« (a.a.O.) Leute, die vor der polnischen Armee geflohen seien, um nicht eingezogen zu werden, hätten sich zur russischen Armee gemeldet. Zwischen den Russen und den Litauern, die als unverlässlich gelten, gebe es einen politischen, nicht aber einen militärischen Widerstreit. Das Leben in Suwalki, so versichert Roth fast euphorisch, sei »nach jeder Richtung hin frei«, und die Bevölkerung fühle sich nach dem Abzug der Polen »sichtlich erlöst« (Roth: Werke 1, 315). Mit der Todesstrafe würden lediglich der Verkauf und Genuß von Schnaps sowie Plünderung verfolgt. Roths Resümee: »Die Stimmung ist jedenfalls ausgezeichnet, nur herrscht Mangel an Rauchtabak« (a.a.O.).

Ganz anders ist das Bild, das Isaak Babel zeichnet. Mit »August 1920« war der Erstdruck seiner Erzählung *Berestečko* datiert, und die Tagebuchaufzeichnungen, die dieser Erzählung zugrunde liegen, stammen vom 7. und 8. August 1920, also aus der selben Woche, in der Roths zitierter Bericht erschien. Wenn die russische Armee – und mit ihr der Erzähler Ljutov – in *Berestečko* einreitet, findet sie folgende Situation vor: »Die Bewohner hatten die Fensterläden mit Eisenstangen verrammelt, und Stille, eine unumschränkt herrschende Stille hatte im Shtetl den Thron bestiegen.« (Babel: *Reiterarmee*, 98) Das ist ganz offenbar etwas anderes als die sich ruhig verhaltende Bevölkerung bei Roth. Die Stille hier ist eine Stille der furchtsamen Erwartung. Dem Motiv der Propaganda begegnen wir auch bei Babel. Unmittelbar nach

der Ankunft kündigen Plakate einen Vortrag über den zweiten Kongreß der Komintern an. Doch gleich auf den Satz, der das berichtet, folgt kontrastierend dieser: »Direkt vor meinen Fenstern waren einige Kosaken dabei, wegen Spionage einen alten Juden mit silbernem Bart zu erschießen.« (Babel: *Reiterarmee*, 98 f.) Es folgt nun eine detaillierte Schilderung der Ermordung des Juden, die an der Grausamkeit der Kosaken keinen Zweifel läßt. Scheinbar großzügig gestattet der Mörder, die Leiche wegzuschaffen. Stark an Joseph Roths belletristische Werke erinnert Babels Beschreibung des jüdischen Lebens in *Berestečko*. Die Juden im Grenzgebiet waren Schankwirte, Hausierer, Makler oder Schmuggler, die mit russischen Bauern und polnischen Gutsherren, mit tschechischen Kolonisten und mit Fabrikanten in Lódz Geschäfte machten. Babel beschreibt die Geheimgänge, die hinter den Häusern der Juden in Keller und Ställe führen und in die sich die Juden vor den Bedrohungen des Krieges flüchten. Nichts bleibt da von »erlösteter Bevölkerung«, wenn Babel registriert: »Trübsinn und Entsetzen erfüllen diese Katakomben mit ätzendem Gestank und der fauligen Säure von Exkrementen.« (Babel: *Reiterarmee*, 100) Dieses Motiv des Gestanks nimmt Babel wenig später mit einer für seinen Stil charakteristischen paradoxen Formulierung auf: »Das Shtetl stinkt in Erwartung der neuen Ära, und anstelle von Menschen schleichen in ihm die verblichenen Schemen des Grenzlandelends.« (a.a.O.) Was da also stinkt, bis die »neue Ära«, der säkularisierte Messias, kommt, ist ja, wie wir zuvor erfuhren, Produkt der Furcht vor den Vor-Reitern dieser neuen Ära. Aus dem Gestank, der ja auch ein metaphorischer ist, gibt es, so deutet Babel an, keinen Ausweg. Schließlich kommt es zum angekündigten Treffen. Mit jener Ambivalenz, die Babels *Reiterarmee*-Geschichten kennzeichnet, schwärmt der Erzähler von dem Redner vor Bauern, Juden und Gerbern aus der Vorstadt: »Über ihnen entbrannte die begeisterte Stimme Vinogradovs und der zärtliche Klang seiner Sporen.« (Babel: *Reiterarmee*, 101) Und wieder folgt unmittelbar der melancholische Kontrapunkt: »Er sprach über den zweiten Kongreß der Komintern, ich dagegen streifte an Wänden entlang, auf denen Nymphen mit ausgestochenen Augen einen alten Reigen tanzten.« (a.a.O.) Die »ausgestochenen Augen« lassen ein idyllisches Bild vom Krieg nicht zu. Und während der Erzähler einen aufgefundenen französischen Brief aus dem Jahre 1820, also von exakt hundert Jahren zuvor, zitiert, in dem eine eben zur Mutter gewordene Frau ihren Mann fragt, ob Napoleon

tatsächlich gestorben sei, predigt Vinogradov den Kleinbürgern und Juden, was Roth für bare Münze nahm: »Ihr seid die Macht. Alles, was hier ist – es gehört euch. Es gibt keine Pans. Ich schreite zur Wahl des Revolutionskomitees. . .« (a.a.O.)

Was geht nun bei Babel auf das Konto der künstlerischen Stilisierung? Diese Frage können wir bequem beantworten, weil uns seit einiger Zeit das erwähnte Tagebuch vorliegt. Manche Episode, die Babel am 7. und 8. August 1920 in Berestečko notierte, ist in andere Erzählungen des *Reiterarmee*-Zyklus eingegangen – und übrigens, zugunsten der russischen Armee relativiert, auch in Askoldovs überschätzten Film *Die Kommissarin*. Aber da steht dann auch, isoliert, ein Satz wie dieser: »Die Leiche eines getöteten Polen, eine furchtbare Leiche, aufgequollen und nackt, ungeheuerlich.« (Babel: Tagebuch, 97) Die »stinkenden Höfe« kommen hier bereits vor, aber anders als in der Erzählung, wird die Vergangenheit durchaus positiv gekennzeichnet: »Hier hat es sich leben lassen – angesehene Juden, reiche Ukrainer, sonntags Märkte, eine besondere Klasse russischer Kleinbürger – die Gerber, Handel mit Österreich, Schmuggel.« (a.a.O.) Und dann wieder, unvermutet, nach einer Folge positiver Sätze: »das Städtchen ist gesättigt von der blutigen Geschichte des jüdisch-polnischen Ghettos. Der Haß auf die Polen ist einhellig. Sie haben geplündert, gefoltert, dem Apotheker glühende Eisen an den Körper gehalten, Nadeln unter die Fingernägel, die Haare ausgerissen – dafür, daß man auf einen polnischen Offizier geschossen hatte – Idiotie. Die Polen haben den Verstand verloren, sie richten sich selbst zugrunde.« (a.a.O.) Hier kommt Babel Roth recht nahe. Der Vinogradov der Erzählung ist im Tagebuch noch »der stumpfsinnige Vinokurov«, und wo von der Wahl des Revolutions-Komitees die Rede ist, wird die Reaktion der Anwesenden so beschreiben: »die Juden wickeln ihre Bärte auf, die Jüdinnen hören zu – über das Paradies in Rußland, die internationale Lage, den Aufstand in Indien.« (Babel: Tagebuch, 100). Das läßt die Rede des Kommissars wesentlich glanzloser erscheinen als in der ausgearbeiteten Erzählung.

Verglichen mit Babels Schilderungen wirken Roths Berichte vom Polnisch-Russischen Krieg erstaunlich kühl und zurückhaltend. Wie Babel muß auch ihn gerade in diesem Zusammenhang das Schicksal der Juden interessieren. Anders als Babel, stammt Roth sogar aus der Gegend, aus der er seine Meldungen nach Deutschland schickt, sie ist ihm vertraut. Babel mißt das jüdische Milieu im polnisch-russischen

Grenzland immer am südlichen, farbigen, sonnendurchdrungenen, vitalen jüdischen Milieu von Odessa. Aber er scheint sowohl zu den einzelnen jüdischen Menschen in Polen und Wolhynien, wie auch zu deren Problemen direkteren Zugang zu finden als Roth. Mag sein, daß das am Genre der Reportage, zumal für eine Berliner Zeitung, liegt. In Roths *Juden auf Wanderschaft* und in seinen belletristischen Werken, zumal im *Hiob*, sieht das ja ganz anders aus.

1926 bereist Joseph Roth im Auftrag der FRANKFURTER ZEITUNG die Sowjetunion. Am 23. November dieses Jahres erscheint der Bericht *Rußland geht nach Amerika*. Darin heißt es: »Traktoren! Traktoren! Traktoren! – ruft es im ganzen Land. Zivilisation! Maschinen! Abe-Bücher! Radio! Darwin! – man verachtet »Amerika«, das heißt den seelenlosen großen Kapitalismus, das Land, in dem Gold Gott ist. Aber man bewundert »Amerika«, das heißt den Fortschritt, das elektrische Bügeleisen, die Hygiene und die Wasserleitung. Man will die vollkommene Produktionstechnik. Aber die unmittelbare Folge dieser Bestrebungen ist eine unbewußte Anpassung an das geistige Amerika. Und das ist die geistige Leere. Die großen Kulturleistungen Europas, das klassische Altertum, die römische Kirche, die Renaissance und der Humanismus, ein großer Teil der Aufklärung und die ganze christliche Romantik – sie alle sind bürgerlich. Die alten Kulturleistungen Rußlands: der Mystizismus, die religiöse Kunst, die Poesie, die Slawophilie, die Romantik des Bauerntums, die gesellschaftliche Kultur des Hofes, Turgenjew und Dostojewski: sie alle sind selbstverständlich reaktionär. Woher also geistige Grundlagen für eine neue Welt nehmen? Was bleibt übrig? – Amerika! Die frische, ahnungslose, gymnastisch-hygienische rationale Geistigkeit Amerikas – ohne die Hypokrisie der protestantischen Sektiererei: aber dafür mit der Scheuklappenfrömmigkeit des strengen Kommunismus.« (Roth: Werke 2, 631 f.) Am 4. Oktober, also sieben Wochen vor Erscheinen dieses Artikels, notiert Roth: »Rußland strebt nach Amerika, dort wo es am evangelischsten und provinziellsten ist. Maschinen und Moral nach amerikanischem Muster. Das bleibt zurück vom großen Feuer, dessen Widerschein wie eine Morgenröte war.« (Roth: Werke 2, 1016) Und zwei Tage später, am 6. Oktober: »Rußland liegt heute eher zwischen Asien und Amerika, als zwischen Asien und Europa. Da die europäische Kultur für die Reformatoren des zwanzigsten Jahrhunderts eine schädliche »bourgeoise Kultur« ist, die Technik, die Vernunft, der Fortschritt, die Hygiene, die sexuelle Aufklärung, die primitive Moral im Privat- und öffentlichen

Leben erstrebt wird, aber die Sitten und Gebräuche, die Menschen und die Einrichtungen, die Charaktere und Neigungen asiatisch-byzantinisch wenigstens bis heute geblieben sind, ist die geographische Lage Rußlands nunmehr und seine psychologische die von mir oben erwähnte.« (Roth: Werke 2, 1016 f.)

Mit der letzten Überlegung nimmt Roth manches vorweg, was Rußland-Kritiker von Dutschke bis Kundera Jahrzehnte später formuliert haben. In der vorausgehenden Einschätzung aber begegnen wir einem Motiv, das wir auch aus belletristischen und essayistischen Werken Roths kennen. Man denke etwa an seine Auseinandersetzung mit dem Kino oder an die Amerika-Kapitel im *Hiob*. Amerika, das Roth bekanntlich nie besucht hat, ist für ihn – und damit befindet er sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Meinung – der Hort einer technischen Zivilisation, die er, zumal sie mit einer kapitalistischen Erwerbsmentalität verknüpft ist, mit Skepsis betrachtet. Freilich ist auch in der zitierten Passage Roths Ambivalenz manifest. Wenn er neben den Maschinen Abc-Bücher, Radio und Darwin, also Chiffren der Aufklärung, neben dem elektrischen Bügeleisen, Hygiene und Wasserleitung nennt, so kann keine eindeutig negative Bewertung zugrunde liegen. Und ob die Kennzeichnung von Mystizismus oder Slawophilie als reaktionär lediglich ironisch gemeint ist, darf bezweifelt werden. Immerhin mogelt sich Roth nicht um einen Widerspruch herum, den einige seiner Zeitgenossen nicht wahrhaben wollten. Egon Erwin Kisch oder Ernst Toller, die beide in den zwanziger Jahren sowohl die USA wie die Sowjetunion bereisten, gerieten offenbar in keinen Konflikt, wenn sie über Folgen der Technisierung in Amerika – etwa bei Ford, in den Schlachthöfen von Chicago oder auch in Hollywood – mit einer völlig anderen Wertung schreiben als über die industriellen Errungenschaften der UdSSR. Majakowskij, der damals einer Einladung nach Amerika gefolgt war, meinte durchaus, die Sowjetunion könnte von den Vereinigten Staaten lernen, und Amerikaner, wie Dos Passos, Dreiser und später Steinbeck, lobten oder kritisierten die UdSSR eher mit den affirmativen Maßstäben einer Technik-euphorie. In seiner ambivalenten Haltung zu den Folgen einer Technisierung und Industrialisierung Rußlands berührt sich Roth jedoch mit einigen sowjetischen Autoren, wie Platonov und allen voran Pilnjak, übrigens auch, ahistorisch verglichen, mit heutigen nationalistischen und tatsächlich einer auferstandenen Slawophilie huldigenden Dorfschriftstellern wie Rasputin oder Belov.

Wenn Joseph Roth eine unbewußte Anpassung Rußlands an das geistige Amerika befürchtet, so meint er damit den Verlust von ihm idealisierter Traditionen zugunsten der omnipräsenten Herrschaft des Geldes. Aber es kann nicht übersehen werden, daß nicht erst diese Folge, sondern die Technisierung selbst Roth eine eher unangenehme Vorstellung war. Es gehört zu den Besonderheiten Roths, daß er schon in seiner sozialistischen Phase eine starke nostalgische Neigung hatte und die Begeisterung vieler sozialistischer Zeitgenossen für die großen Städte, für Intensität und Modernität einer technisierten urbanen Umwelt nicht teilte. Zwar fand er in den Städten sein Milieu, aber das waren eher Orte des Rückzugs als der Teilhabe an der durch Technik ermöglichten Akzeleration. Der in den Westen verschlagene galizische Jude hat eine Sympathie für die Rückständigkeit der östlichen Provinzen und – darin gleicht er wieder Babel – selbst derer, die Pogrome veranstaltet oder geduldet hatten, nie verloren. Die Bewahrung des traditionell Slavischen, für das er früh plädiert und hinter der sich wohl auch die Bewahrung des Ostjüdischen verbirgt, die vorausweist auf die später eifrig, aber illusorisch beschworene Bewahrung des Habsburgischen, ist mit einer Moderne, für die die Technik steht, nicht vereinbar.

Roth erkennt erstaunlich hellsichtig, daß es eine der schwierigsten Aufgaben der Revolution sei, »die Bauern zu revolutionieren – aber vorher alle die zivilisatorischen Leistungen zu vollbringen, die das Werk des Kapitalismus sind. Die Revolution muß gewissermaßen im Namen des Sozialismus »kapitalistische Kultur« verbreiten.« (Roth: Werke 2, 644) Die sich daraus ergebenden Widersprüche sind offenbar: »Wie soll man die Erziehung zur kapitalistisch-rationellen Ausnützung des Besitzes mit der zum »kollektivistischen Gefühl« vereinigen?« (a.a.O.) Der Bauer, so Roth, verwechsle Zivilisation und Kommunismus. »Sozialismus gedeiht nur bei der Musik der Maschine. Also, Maschinen her! Traktoren! Aber der Traktor ist stärker als der Mensch – ungefähr wie das Gewehr stärker ist als der Soldat. Das Instrument der Gewinnvergrößerung erzeugt eben »bourgeoise Psychologie« – beim Bauern, der ohnehin für das »kollektivistische Gefühl« gerade nicht prädestiniert erscheint.« (a.a.O.) Roth nähert sich, ganz untypisch für die Denkweise westlicher Sozialisten knapp ein Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution, damit jenen Russen, die eine kollektivistische bäuerliche Kultur eher aus der Tradition des »mir« als aus einer technischen Moderne begründbar sahen. Er führt seinen

Gedankengang aus: »Das sind also die zwei Prinzipien der russischen Bauern-Kulturpolitik: Mechanisierung des Betriebs und Urbanisierung des Menschen; Industrialisierung des Feldes und Proletarisierung des Bauern; Amerikanisierung des Dorfs und sozialistische Revolutionierung seiner Bewohner. Das sind Widersprüche, aus denen alle sogenannten »inneren Schwierigkeiten« entstehen. Ja, das ist das Problem der russischen Revolution. Hier wird es sich entscheiden, ob sie zu einer neuen Weltordnung führt oder ob sie die stärksten Reste einer alten vernichtet hat; ob sie der Anfang einer neuen Epoche ist oder das verspätete Ende einer alten; ob sie nur die Herstellung eines gewissen Gleichgewichts zwischen der Kultur des Westens und der des Ostens bewirkt oder ob sie daran ist, die westliche Welt aus dem Gleichgewicht zu heben.« (Roth: Werke 2, 645) Das wie gesagt, schreibt Roth 1926. Knapp sieben Jahre danach werden diese Fragen erst in ihrer Bedeutung erkannt, immer noch und erneut diskutiert.

In Boris Pilnjaks Roman *Maschinen und Wölfe*, einem der großen avantgardistischen Werke der europäischen Literatur, geht es um nichts anderes als den Konflikt zwischen den Maschinen, der modernen Technik also, und der archaischen Kraft der russischen Bauern, für die Pilnjak das Bild der Wölfe wählte. An einer charakteristischen Stelle spricht der Ingenieur Andrej Rostschislowski zur schlafenden Pferdehirtin Marja, die kurz zuvor mit Rußland gleichgesetzt wurde: »Rußland? – aber die ganze Welt lebte doch jahrhundertlang ruhig, ohne Eisenbahnen, Maschinen und Fabriken und war nicht unglücklicher als jetzt. . . Rußland, das bäuerische, Ackerbau treibende, kanonische, stille Rußland, voller Lerchen, Lieder und Aberglauben, – es lebte doch so ein Jahrtausend. Der Bauer pflügte die Erde ohne Hast und war Gott und der Sonne nahe, ging übers grüne Gras mit dem Pflug, sang seine herrlichen Lieder, und nach Moskau fuhr man einmal im Jahr, wochenlang, und wochenlang lauschte man den Erzählungen, und die Liebe war herrlich, das war Glück, da gab es noch geistiges Leben, – und Wind, Erde, Himmel und Unwetter kannte man; ist man nun glücklicher geworden, weil der Samowar erfunden worden ist, den die Bauern bis heute noch nicht alle besitzen, und die Lokomotive, vor der die Pferde nicht umsonst scheuen, denn sie bringt uns um, und der sich die Menschen nähern, wie einem Pestkranken und sich bekreuzigen, und das Kabarett, wo das Herrlichste, Menschlichste erniedrigt wird – die Liebe?. . . Da entstand also unsere Fabrik, und die alten Lieder wurden ver-

gessen, Schänken gibt es an die hundert, den Arbeitern werden keine Kinder geboren, sie sterben aus, in der ersten Generation hat jeder Arbeiter drei Geliebte und jede Arbeiterin ist eine Prostituierte, und abends dröhnen alle Straßenecken von schamlosen Tschastuschki. . .« (Pilnjak, 149) Dies sind die Überlegungen eines fiktiven Protagonisten, nicht des Autors. Aber daß Pilnjak einen großen Teil dieser Argumente durchaus bedenkenswert findet, läßt sich seinem Roman mühelos ablesen. Er befindet sich damit in unmittelbarer Nachbarschaft zu Joseph Roths zitiertem Bericht.

Joseph Roths grundsätzliche Sympathie für die Sowjetunion ist zwischen 1920 und 1926 nicht abhanden gekommen. Aber seine Skepsis – zwischen den beiden Daten liegen die Deformationen durch die Neue Ökonomische Politik und Lenins Tod – hat zweifelso zugenommen. Wie die »Weggenossen« Babel und Pilnjak, wie eine Generation zuvor Tschechov und Schnitzler oder auch Tomasi di Lampedusa, erkannte er zwar die historische Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Erneuerung, ohne aber zu übersehen, was an Liebenswertem verloren gehen würde. Dies hält sich beim Roth der frühen zwanziger Jahre noch die Waage. Später senkte sie sich zugunsten der versunkenen Vergangenheit. Babel und Pilnjak wurden Opfer einer zunehmend totalitären Gesellschaft, die die Formulierung von Widersprüchen, wie die beiden sie in ihren Werken gestaltet hatten, nicht ertragen konnte.

GYÖRGY KONRAD

Der Wellenschlag der Zeit

Wir wollen an dieser Stelle auf das vierte Regional-Treffen des Ungarischen P.E.N.Clubs seit der Wende hinweisen, das vom 12. bis zum 15. Oktober d. J. – mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung – in Budapest stattfand. Fünfunddreißig namhafte Schriftsteller, unter ihnen György Konrád, trafen sich und trugen ihre Gedanken und neuesten Texte zum Thema »Der Boden der Tradition und der Modernität im 20. Jahrhundert: Mitteleuropa« vor. So entstand auch ein Aufruf an den ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Horn, sich für bessere Bedingungen des Kulturtransfers von und nach Ungarn einzusetzen. Den Festvortrag, den der

Vizepräsident des Internationalen P.E.N. Clubs, György Konrád, hielt, drucken wir mit freundlicher Erlaubnis des Autors im folgenden ab.

Tradition und Modernität. Nehmen wir an, daß diese bloß zwei oft gebrauchte Wörter sind und wir zu ihnen überhaupt keine Wertvorstellungen zufügen sollen. Wir müssen davon ausgehen, daß das eine genauso gut ist wie das andere, und es fällt uns nicht im Traume ein, uns mit *Henne-oder-Ei*-Dilemmata abzumühen, nun, welchen der beiden Brückenköpfe einer Brücke wir lieben sollen. Es ist eine Tatsache, daß sie ins Wasser stürzt, egal welchen wir unter der Brücke wegreißen. Die beiden Begriffe können nur in einem, miteinander in Bezug gebrachten, kämpfenden-oppoierenden-dialektisch-dialogisch-ambivalenten und paradoxen Verhältnis existieren, einander gegenüber sozusagen, ja ineinander hineinspielend; getrennt, jedoch nicht an sich allein wie der Mann und die Frau, wie die Geburt und der Tod oder wie der Morgen und der Abend.

Es ist natürlich, daß die Modernität, die jeweilige Avantgarde ein Privileg der Jugend ist; es ist ein statistisches Faktum, daß im allgemeinen die Jugend oder die sogenannten Ewigjungen das eine vertreten und die ältere Generation das andere. Das eine weist auf die Zukunft hin, das andere auf die Vergangenheit, jeder mag sich darauf berufen, was er besitzt, gewöhnlich reden wir zum eigenen Nutzen.

Als Programm, als Vorschrift, als Manifest, als Rechtsgrundlage für irgendeinen zusätzlichen Respekt, als Garantie der Prominenz – sind beide überaus verdächtig.

Denn alle beide existieren jenseits der Person. Sie reihen den Neubeginn von Minute zu Minute in irgendeine Anpassung ein. Ihr Wesen ist das Hinzugehören. Es gibt zwei Arten von Zugehörigkeit, das, was über uns gesagt wird, und das, was wir über uns behaupten.

Man kann uns hin- und herklassifizieren – je nach Laune der Klassifizierenden, das ist ihr Spiel. Wer publiziert, der ist publik, darüber kann allerlei gesagt werden. Den kann man auf verschiedene Arten loben oder beschimpfen.

Das Traditionelle kann »Klassiker« bedeuten, aber auch »langweilig« beziehungsweise »alter Trottel«. Das Moderne, oder gerade Post- und Supermoderne kann »originell« bedeuten, aber auch »verworfen« beziehungsweise »junger Fatzke«. Beide beinhalten das Sprudeln und die Eingeschränktheit des Mannschaftsgeists. Beide unterwerfen die Begabung den Regeln.

Der eine sagt: solange die Welt besteht, muß man so schreiben. Dem anderen nach nicht so, sondern so. Da ist es am besten, unseren

Hut zu nehmen und irgendwo wegzugehen, wo wir allein bleiben.

In unserem Winkel schreiben wir so, wie wir können, ich sage es noch einmal, nicht so, wie wir möchten, sondern so, wie es wir schaffen, wie unser Gehirn arbeitet, wie es uns gelingt, nach unserer mit Tagesbefehlen wenig beeinflusbaren Denkart, in welcher all das inbegriffen ist, was wir gelernt haben und die Freiheit des Neugeborenen.

Falls wir ernsthaft arbeiten, bleibt uns wenig Zeit dazu übrig, uns hin- oder herzuklassifizieren. Die Zugehörigkeit ist nicht wichtig, sie ist nicht unsere Angelegenheit, sie ist sekundär. Jetzt zählt das, was durch uns entsteht, womit wir uns allein messen müssen, wo die Mannschaft nicht helfen kann, zumindest im Handwerk der Poeten, Essayisten und Novellisten.

Die Rezeption, das Urteil der anderen, ihr Gefallen und Mißfallen, ihr Kommentar und ihre Klassifizierung, ihr und Hin- und Herplazieren ist eine solche Frage, welche unsere Kräfte übersteigt.

Es ist auch unwahrscheinlich, daß wir in der Lage sind, uns selbst aus der nötigen Entfernung unbefangen zu betrachten, unsere Selbstzuordnung ist also eine Illusion, ja vielleicht Bekenntnis oder Reklame.

Zu unserer menschlichen Wirklichkeit, zu unserer Fehlbarkeit gehören das Gemüt, sich zuzugesellen, die Neigung, sich anzufreunden, die Entdeckung der Gleichartigen, die sich herausstellende Identifikation mit der Gruppe der Sympathischen, unsere Veranlassung zu irgendeiner Zugehörigkeit, und das, was davon schwer zu trennen ist: unsere sich nach außen richtende kollektive Arroganz und unsere vor der inneren Rangordnung sich verbeugende Gruppendisziplin.

In einer normalen Literatur gibt es Akademie und Avantgarde. In einer normalen Literatur entsteht die Akademie aus der Avantgarde. Gleichwohl kann man einfach jung oder alt sein ohne Akademie und Avantgarde.

Der Schlachtenbummleransatz kann Sportvereine, Parteien, künstlerische oder wissenschaftliche Schulen wählen. Unsere Interessen, unsere Ängste, unsere Sympathien und Antipathien gebären mit verschwenderischer Fruchtbarkeit die sich nach unseren Wahlen richtende Theorien, Sprachen und Rhetoriken. Die Avantgarde ist die Emanzipation der Kunst und der Literatur. Von wem, wovon? Vom Banalen, vom bürgerlichen, nüchternen Verstand. Die Intelligenz wird von der Bourgeoisie, der Schriftsteller vom Leser unabhängig.

Welche von ihnen bestimmt den Markt?

Welche von ihnen bestimmt, was Kunst sei? Welche von ihnen bestimmt den anderen? Die Avantgarde ist die Intelligenz der Intelligenz, der sich nach der Fachwelt richtende Künstler.

Seine Souveränität will sowohl der Schriftsteller als auch der Leser steigern. Ich schreibe, was ich schreibe, sagt der eine. Ich lese, was ich lese, sagt der andere.

Das Selbständigwerden hat seine Grenzen, wenn wir den Text in einigen Hundert oder Tausend Exemplaren aus unserer Hand geben, das bedeutet soviel, daß wir einen Dialog mit bekannten Mitmenschen initiieren haben. Es gibt Generationssprachen, es gibt verwandte Denkarten, jede neue Betrachtungsweise erscheint sporadisch, jedoch an mehreren Stellen, mit zufälligen Koinzidenzen führt die Gemeinschaft der Redensart, der Denkart und des Humors die Gesellschaft zusammen.

Der Junge hält zum Jungen, der Alte zum Alten, weil er mit den Gleichaltrigen gemeinsame Erlebnisse hat, denn auch der Elende wird sympathischer, weil er uns so bekannt vorkommt, so, wie wir auch den langweiligen Verwandten ertragen, nicht weil er erfrischend wirkte, sondern weil er mit uns verwandt ist.

Auch das ist klar, daß die Zäsur zwischen Tradition und Modernität willkürlich ist, und sie wird mit jeder Generation, mit jeder Clique und jeder Person weitergeschoben.

Die Schützer der Tradition können mit Recht sagen, daß die Kunst keine Wissenschaft sei, also finde keine Entwicklung in ihr statt. Man kann nicht behaupten, daß die eine Entdeckung sich auf eine andere oder auf ihre Widerlegung stützt. Das Frühere oder Spätere bedeutet nicht, daß es besser oder schlechter wäre.

Das Frühere bekommt mit der Zeit einen gewissen Seltenheitswert, aber der Markt und die posthume Erinnerung sind eingeschränkt, von den Autoren, und von den Werken kann nur ein Bruchteil seine eigene Zeit überleben, daher ist es verständlich, daß das ritterliche oder unritterliche Turnier für die Unsterblichkeit voll im Gange ist, deren Verheißung uns alle erreicht, jedoch auch das möglich ist, daß sie uns alle übertölpelt.

Die Avantgardismen zu Beginn des Jahrhunderts haben sehr viel mit den politischen – zumal mit den rechtsradikalen und linksradikalen – Avantgardismen zu tun gehabt, ihre Utopien mündeten in die verwirklichten National-, beziehungsweise Staatssozialismen.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als der Hitlerismus und der Stalinismus sich in ihrer Blöße vorgestellt hatten, mußte man sich nach etwas anderem umsehen.

Es kam die zweite Welle des wissenschaftlich-technischen Futurismus, die Identifizierung des Modischen mit dem Entwickelten, da die Literatur sich angeblich, genauso wie die Industrie, fortentwickeln muß. Wenn die Literatur irgendein Erkenntnisverfahren darstellt, dann soll sie im Interesse der Effektivität so oder so sein.

Sie soll zum Beispiel radikal objektiv und unpersönlich (dann, wiederum radikal subjektiv und persönlich), sie soll unsetzung, fragmentarisch, heterogen, oder wiederum das Gegenteil von all diesem sein.

Soll es oder soll es keinen Heroen geben, soll es oder soll es keine Geschichte, Erzählung geben, soll die Essenz viel sein, die Anforderungen, die die Gruppen zusammenhalten.

Auch soll sogar zweifelhaft sein, ob der Schriftsteller wissen muß, was er macht. Denn in Wirklichkeit kapiert er es meist erst hinterher. In der Kunst gibt es keine Progression, denn die Meisterwerke sind nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit gleichrangig.

Die Modernität hat genauso wie der Akademismus in jeder Zeit dogmatische Voreingenommenheit bedeutet. Sie bedeutete, daß der Künstler mit der Verlautbarung seines Verfahrens seine eigene Bedeutung steigern möchte. Wenn das Werk an sich nicht genügend beachtenswert ist, kann es einen Überschuß an Aufmerksamkeit erringen durch seine solche oder solche Zugehörigkeit.

Die künstlerische Gruppierung oder Clique steht oft anstelle von etwas anderem, und das Verhalten der Mitglieder ähnelt dem Verhalten von Parteien-, Kirchen-, Zunftmitgliedern, nicht das ist die Frage, wie deine Arbeit ist, sondern das, ob du drin bist.

Dieses vertraute Lobbyinteresse hat sich nach 1989 noch verstärkt, früher konnte man zumindest im Verhältnis zu einer Sache, drinnen oder draußen sein, jetzt gibt es zuviele Bezugsmöglichkeiten, was zu Orientierungsschwierigkeiten und Verkehrsstörungen führt.

Die Wettkämpfer ziehen einander ins Pantheon oder ins Panoptikum hinein, beziehungsweise sie schubsen den anderen von dort hinaus.

Jenseits der traditionalistischen und modernen Dogmatik ist auch das postmoderne *Sowohl dieses, als auch jenes* eingetroffen, das Mischen, das Zickzacken, daß Naschen, was als enorm persönlich erscheint, solange es nicht erweist, wie gleichförmig die Kollegen mischen, zickzacken und naschen. Die Gruppe befreit sich von den vorherigen, bereits lästigen ähnlichen oder gleichen Normen, mit ähnlichen oder gleichen Normen.

Da es Übersetzungen gibt und sie möglich sind, da sich in allen Regionen der Welt Verlage und Leser finden können, gibt es auch einen internationalen Markt, gibt es Export und Interesse für die neuen Schwärme. Mal wird der eine Kontinent, die eine Region, Nation, Stadt oder eben nur ein Freundeskreis für die große Welt interessant, mal der andere, denn sie sagen etwas Neues, so etwas, was anderen noch nicht eingefallen ist, weil sie etwas hervorgebracht haben, was andere noch nicht hervorgebracht haben.

Jedoch gerade nach wem sich der Markt drängelt, über wen man Aufsätze schreibt, das ist genauso unsicher, wie der Schlager oder der Börsenkurs, und das ist ein genauso flüchtiges Phänomen, wie wir selbst es sind. So viel ist sicher, jeder Klassiker ist irgendwann mit etwas Neuem hervorgetreten.

Das Unannehmliche, das Radikale, das verdrängt Machende ist heimisch geworden.

Erfreut und mit dem Gefühl der Enge ums Herz beobachten wir den Wellenschlag der Zeit in der Literatur genauso wie in den langlebigen Familien.

Da die Erkenntnis, daß wir durch die Dohr hierherkommen und dann durch sie wieder hinausgehen werden, einen Bart hat, erscheint das Beispiel der generationenübergreifenden Zusammenkünfte, die Wärme der Onkel-Großeltern-Beziehungen, als interessanter, die Beherzigung jenes Vorschlags von Goethe wird also desto unerwarteter, daß wir uns gegen den Neid mit Liebe wehren können, was wir hier und da auch in unserer Stadt als Zeugen erleben konnten.

Und vielleicht wird jene Zeit kommen, in welcher dem Neuesten nicht die Vorausgegangenen oder die, die diesen vorausgegangen sind, den Feind bedeuten, sondern die überernährte Gleichgültigkeit, die Tradition und Moderne gleicherweise mit Asche bedeckt.

Sie müssen sich vor irgendetwas Drittem fürchten, damit diese zwei miteinander auskommen.

Der Glückliche ist im Frieden, den die Gegenüberstellung der Tradition und der Modernität in der Literatur interessiert.

Zu Jahreszeiten anderer Konfrontationen, wenn aus Menschen und Büchern unerwarteterweise Flugasche wird, bringt diese schöne, alte Frage eine solche Wirkung hervor wie das Hochzeitsphoto auf der Ruinenmauer, aber da hier und jetzt Frieden herrscht, gebe Gott, daß wir darüber noch lange nachsinnen können.

*Deutsch von Eve-Marie Kallen
und Tibor Fazekas*

Kritik

ROLF WIGGERSHAUS

Péter Nádas und Richard Swartz im Dialog

Von einem Experiment sprechen Péter Nádas und Richard Swartz am Ende ihres viertägigen Dialogs selber. Herausgekommen ist, was man einen Essay in Dialogform nennen könnte. Er kann sich durchaus messen mit den Essays jenes ersten großen Meisters dieses Genres: Montaigne. Er kann es vor allem dank des so diskreten wie unsentimentalen und gelegentlich schonungslosen Drängens von Nádas. So machen er und sein Freund sich zum Objekt und Instrument einer Analyse, die, das Private und Individuelle als Prägung und Schauplatz allgemeiner Entwicklungen begreifend, von der Scheide des Jahres 1989 aus in immer neuen Ansätzen Klarheit über die eigenen Existenzweisen zu gewinnen sucht – über deren Zustandekommen im Zeichen der Teilung Europas, über die gegenwärtige Situation, über das, was von der Zukunft zu fordern ist.

Die Konstellation erscheint ungewöhnlich und ist doch günstig für die Aufdeckung von Exemplarischem. Swartz, schwedischer Journalist, lebt seit den frühen 70er Jahren vorwiegend in Osteuropa und ist seit langem Osteuropa-Korrespondent einer konservativen schwedischen Tageszeitung mit Sitz in Wien, hat dort, in Osteuropa, seine Freunde und ist mit einer kroatischen Schriftstellerin verheiratet. Sohn aus großbürgerlicher, aber von Dekadenz und Abstieg nicht verschonter Familie, ist er bei aller Antibürgerlichkeit und allem Außenseitertum doch überzeugter Anhänger westlicher elitedemokratischer Vorstellungen und marktwirtschaftlich-technologischen Fortschrittsdenkens. Nádas, ungarischer Schriftsteller, hat Ungarn trotz der alpträumhaften Geschichte seiner väterlicherseits ebenfalls großbürgerlichen und deshalb unterm Stalinismus diskriminierten und zugrunde gerichteten Familie kaum je verlassen, auch nicht nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Er sieht seit langem die Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern kritisch, aber die in den westeuropäischen ebenfalls. Er erweist sich als linker Kulturkritiker, der zwar ohne sozialistische Perspektive auskommen muß, für den aber der Rückgriff auf die Ideen von 1789 mehr als ein bloßer Ersatz dafür ist, nämlich eine Korrektur der Einseitigkeiten, denen West- und

Osteuropa huldigten mit der Erzeugung des Scheins von Freiheit im einen Fall, des Scheins von Brüderlichkeit im anderen – eine Korrektur aber auch erst recht der gemeinsamen Einseitigkeit, der gehuldigt wird, seitdem auf den Schein von Brüderlichkeit und Gleichheit allgemein verzichtet wird.

Im Gespräch der beiden Freunde wird aus sich gegenseitig ergänzenden Perspektiven deutlich, daß es sich bei der Intimität und Intensität der kleinen Gesprächskreise und informellen Freundesgruppen im Osten weitgehend um den Schein von Brüderlichkeit handelte. »Ich muß«, so Nádas, »durch Brüderlichkeit meine Versklavung und Gefangenschaft verneinen, auf diese Art hoffe ich zu retten, was zu retten ist, aber es wird die Brüderlichkeit von Sklaven und Gefangenen sein, hinter der die Echtheit des Zwangs steht.« (74) Dem Besucher, der aus einer mit materiellen und geistigen Gütern reichlich versorgten Welt selbstsüchtiger Individuen kommt, erscheint die »Solidarität der Mangelleidenden« als die Vertrautheit von Freunden. Wenn er bleibt oder häufig wiederkehrt, wandelt sich sein Gefühl von Wärme, in der zu versinken er genießt, allmählich in ein Gefühl des Unbehagens über ein Ghettodasein. »Die niedrige Decke des Zimmers«, so Swartz, »bedrückte mich langsam mehr als das, worüber wir unter der bedrückenden Decke sprachen. . . . Hier, unter der niedrigen Decke, konnte ein Ich nicht Gestalt annehmen. Nichts von dem, was sie sagten, hinterließ in der Welt eine Spur. . .« (72)

Schwieriger als die nüchterne Sicht des Scheins von Brüderlichkeit in den Ländern des Mangels an materiellen Gütern und staatsbürgerlichen Rechten ist die nüchterne Sicht des Scheins von Freiheit in den Ländern des Westens. »In den Augen dieser Ostmenschen«, so Swartz, »war ich, der Westmensch, frei und leicht, und doch war ich nicht so leicht und frei, wie sie glaubten. Schließlich hatte mich an der Intimität dieser Gespräche gerade das angezogen, was meiner Freiheit fehlte.« (73) Aber fehlte es bloß? Ließ es sich einfach ergänzen? Oder wurde und wird Brüderlichkeit durch die im Westen praktizierte Form der Freiheit verhindert? Wird sie verhindert durch bestimmte Formen liberaler Demokratie? Oder sind Freiheit und Brüderlichkeit prinzipiell unvereinbar? Eben dieser Ansicht scheint letztlich Swartz zu sein, dessen Lebensform wie ein fast instinktiver Kompromiß wirkt: nahe den traditionell offenen Stellen der Grenze zwischen West und Ost lebend, vereinigte er die Freiheit des Westens mit den Freundschaften des Ostens und zehrt noch heute davon.

Nüchterner gegenüber den Gegebenheiten und anspruchsvoller in seinen Forderungen ist Nádas. Er benennt als Preis für den freiheitlichen Wohlfahrtsstaat die Hierarchien schaffende ausgeprägte Ungleichheit zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft. Er faßt die Dreierlösung der Französischen Revolution als Ausdruck tiefsitzender kollektiver Sehnsüchte auf, wonach »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zusammen und im gleichen Zusammenhang vorhanden sein müssen« (75) – oder das isoliert Vorhandene eben Schein und Selbstbetrug bleibt.

Zu den Besonderheiten und Stärken des Buches gehört, daß immer wieder angesetzt wird bei Gesten, beim Unbewußten und zutiefst Verinnerlichten, und allgemeine Aussagen vielfach einem Gesten-Test unterworfen werden oder das Ergebnis von Gesten-Analysen sind. Ein charakteristisches Beispiel ist eine Szene in einem Wiener Hotel, an die Nádas erinnert. Er war auf einen Sprung mit in Swartz' Hotelzimmer hinaufgegangen. Sie wollten noch etwas trinken. Swartz öffnete den Kühlschrank. Sie erblickten den üblichen westlichen Komfort: eine Palette aller erdenklichen Getränke in kleinen Fläschchen. Nádas bekam Appetit auf einen Whisky, Swartz auf einen polnischen Wodka. Nádas' Whisky-Fläschchen hatte Swartz im Nu geöffnet und in ein Glas gefüllt. »Dann«, so Nádas, »hast du dich darangemacht, auch das gleich aussehende polnische Fläschchen zu öffnen, nur war das nicht so einfach. Zumindest nicht so, wie du es gewöhnt bist: eine Drehung, ein Knall, der kleine Verschuß springt ordentlich ab. Nun, dieser nicht. Löste sich weder nach der ersten noch nach der zweiten Drehung. Du schobst das Fläschchen völlig instinktiv beiseite. So wie jemand, der gar nicht bemerkt, daß er auf ein Hindernis gestoßen ist, da er ja daran gewöhnt ist, daß die ihm zur Verfügung stehenden Dinge gehorchen. Du nimmst dir also auch einen Whisky und schenktest dir ein.«

An einem solchen Beispiel tritt außer der wirtschaftlichen und technischen Misere der osteuropäischen Länder auch die unterschiedliche Prägung der Verhaltensweisen bis in die kleinsten und alltäglichen Gesten zutage. Zutage tritt aber auch ein Bequemlichkeitsreflex, der die von den westlichen Erfolgen ausgehende Bedrohung jener kollektiven Sehnsüchte verdeutlicht, die Nádas zum Maßstab seiner Urteile macht. Swartz muß nicht, wie Nádas, Mineralwasserflaschen mit dem Nußknacker öffnen. Doch seine Gesten zeigen einen weitaus gefährlicheren Rückzug der Kultur an, nämlich den der sozial-moralischen Wertung wirtschaft-

lich-technischen Fortschritts. Gewöhnt an die stets weiter zunehmende Verfügbarkeit von Dingen und Dienstleistungen finden sich die Menschen des westlichen Gesellschaftssystems letztlich eher mit großen Risiken als mit dem geringsten Verzicht auf das ab, was technisch möglich ist und zum Konsumieren angeboten wird.

Mit seiner hartnäckigen Skepsis und seinen hartnäckigen Ansprüchen legt Nádas den Finger auf den wunden Punkt von Swartz' Zufriedenheit mit dem westlichen Verständnis von Demokratie als Methode der Kompromißbildung, die sich nicht anmaßt, Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Ganzen geben zu können. In eben dieser Bescheidung sieht Nádas nicht die Tugend des Verzichts auf totalitäre Beglückungsmaßnahmen, sondern die Ausschaltung öffentlicher Verständigung über die Ziele eines Fortschritts, der den Lebensstil bis in die Intimsphäre und die Gesten hinein prägt – eine Ausschaltung, erkaufte und gleichzeitig betrieben durch die Gewährleistung der alltäglichen kleinen Freiheiten und materiellen Genüsse.

Für das schwierige und von gegenseitigen Ressentiments bestimmte Verhältnis von Ost- und Westdeutschen ist Nádas' und Swartz' Dialog ein Modell, ein anregendes Beispiel, das wie gerufen kommt: unsentimental und verständnisbereit, eigenen Erfahrungen auf den Grund gehend und über den eigenen Tellerrand hinaussehend. Sogar als warnendes Beispiel vermag dieser Dialog zu dienen. Die Penetranz, mit der ausschließlich von »Brüderlichkeit« die Rede ist und Frauen nur am Rand als dienstbare Wesen auftauchen, sollte empfindlich machen für die Gefahr, daß Bereiche und Bedürfnisse, die gegenüber dem kommunistischen Staat Autonomieansprüche verkörperten, der Aufwertung überholter Traditionen durch konservative demokratische Regierungen dienstbar gemacht werden.

Péter Nádas/Richard Swartz: Zwiesprache. Vier Tage im Jahr 1989, Deutsch von Christina Viragh; Essay, rororo aktuell, Reinbek 1994, 208 S., DM 18,-

UDO SCHEER

»Kann ein Gedicht die Welt verändern?«

Gespräche mit Reiner Kunze

Ein Gedicht kann nicht die Welt verändern, aber für das Leben des Autors kann es Folgen haben.

Nicht nur für das Leben des Autors, sondern auch für diejenigen, die sein Gedicht handschriftlich oder auf der Schreibmaschine vervielfältigten, in einem Land, in dem jeder Kopierer Verschlusssache war. So wurde die Berliner Schriftstellerin Annegret Gollin 1982 zu einem Jahr und 10 Monaten, und der Reichenbacher Autor Utz Rachowski 1979 zu 27 Monaten Haft verurteilt für die »Herstellung und Verbreitung von Hetzliteratur«, zu der auch Texte von Reiner Kunze zählten.

Der Autor erfuhr die Wirkung seiner Gedichte ähnlich. Nach einer ersten Rundfunksendung mit frühen Liebesgedichten fand sich der Philosophie- und Journalistikstudent als Hilfschlossler wieder. Denn diese Verse »entpolitisierten«, ihnen fehle der Klassenstandpunkt, hieß es im Exmatrikulationsbeschluß. Das war Ende der 50er Jahre. Doch jene Sendung führte auch zum Briefkontakt mit einer Tschechin. Sie wurde später seine Frau, »mein erster und kostbarster Literaturpreis«.

Neben dieser Episode gehört der Einblick, den der Dichter in seine Kindheit gewährt, zu den emotional eindringlichsten Passagen des Buches. Krank, gehänselt und ausgegrenzt, begann das Kind, zunehmend in der Phantasie zu leben. Die bewahrte Fähigkeit zur Phantasie, gepaart mit einer hohen Sensibilität für die Prozesse in der Gesellschaft, bilden den Raum für Kunzes Poetik. Den Raum zu betreten, wird zum Erlebnis.

Der vorliegende Band mit Auskünften und Interviews aus den Jahren 1977 bis 1993 bietet kaum weniger, als eine Autobiographie zu leisten vermag. Zu den bekannten zeitkritischen Positionen fügen sich neue Facetten, wie etwa die der doppeldeutschen Blindheit nach der Vereinigung.

Reiner Kunze kokettiert keineswegs, wenn er sagt, er habe den Kampf nicht gesucht, er sei kein Märtyrer gewesen. Er brach »nur« konsequent mit dem System. Welchen Drangsalen die Familie in den Jahren vor ihrer Ausreise 1977 ausgesetzt war, läßt sich in der 1990 veröffentlichten Dokumentation »Deckname Lyrik« nachvollziehen. Wie vielschichtig die Verunsicherungsstrategien waren, belegt ein ARD-Ge-